

APuZ

Aus Politik und Zeitgeschichte

1–2/2011 · 3. Januar 2011



Postdemokratie?

Chantal Mouffe

„Postdemokratie“ und die zunehmende Entpolitisierung

Paul Nolte

Von der repräsentativen zur multiplen Demokratie

Dirk Jörke

Bürgerbeteiligung in der Postdemokratie

Petra Böhnke

Ungleiche Verteilung politischer Partizipation

Sabine Schiffer

Informationsmedien in der Postdemokratie

Birgit Sauer

Feministische Anmerkungen zur „Postdemokratie“

Axel Honneth

Kampf um Anerkennung im frühen 21. Jahrhundert

Editorial

Die Diskussionen um eine schwelende Krise der Demokratie westlicher Prägung wurden in den vergangenen Jahren vom britischen Politikwissenschaftler Colin Crouch mit dem Begriff der „Postdemokratie“ popularisiert. Kritisiert wird der Legitimitätsverlust der politischen Akteure und Institutionen, da sie zunehmend unter dem Einfluss privater und partikularer Interessengruppen agieren statt als gewählte Repräsentanten im Sinne des Gemeinwohls zu handeln. Anstelle des Aushandelns von divergierenden gesellschaftlichen Interessen gerate Politik so zum bloßen „Management von Sachzwängen“. Politische Spannungslosigkeit breite sich aus: Die Responsivität „der Politik“ auf gesellschaftliche Missstände nehme ab, das Gefühl der Ohnmacht und eine Verdrossenheit gegenüber der „institutionellen Politik“ zu, und es schwinde das Vertrauen in die repräsentative Demokratie.

Diesem Befund stehen auch positive Trends gegenüber: Neben neuen Legitimationsmustern politischer Herrschaft auf internationaler und europäischer Ebene entstehen unkonventionelle Formen der Bürgerbeteiligung wie Foren oder Konsensuskonferenzen. Sie bergen aber auch das Risiko, die gesellschaftliche Polarisierung voranzutreiben, da ihre Akteure mehrheitlich Angehörige der gut ausgebildeten Mittelschichten sind. Dagegen findet politische Interessenartikulation durch diejenigen, deren Lebensumstände besonders prekär sind, kaum mehr statt; die Folgen ihrer sozialen Ausgrenzung sind „Resignation und Apathie“ statt „Protest und Engagement“.

Da Wahlen allein noch keine Demokratie machen (Barack Obama), gilt es, die Prinzipien der demokratischen Kultur – wie Anerkennung oder gleiche Einfluss-, Zugangs- und Beteiligungsmöglichkeiten am politischen Prozess unabhängig vom sozioökonomischen Status einer jeden Bürgerin und eines jeden Bürgers – neu zu buchstabieren und die Politik in die Verantwortung zu nehmen für ein neues „Gleichgewicht“ zwischen Freiheit und Gleichheit der Individuen.

Asiye Öztürk

Chantal Mouffe

„Postdemokratie“ und die zunehmende Entpolitisierung

Essay

Eine der zentralen Thesen in den aktuellen Diskussionen über „Postdemokratie“ besagt, dass moderne Demokratien

Chantal Mouffe

Dr. phil., geb. 1943; Mitglied am Collège International de Philosophie in Paris, Professorin für Politische Theorie am Centre for the Study of Democracy an der Westminster Universität in London, 32–38 Wells street, London W1T 3UW, England/UK. mouffec@wmin.ac.uk

hinter einer Fassade formeller demokratischer Prinzipien zunehmend von privilegierten Eliten kontrolliert werden. Die Umsetzung neoliberaler Politik habe zu einer „Kolonisierung“ des Staates durch die Interessen von Unternehmen und Verbänden geführt, so dass wichtige politische Entscheidungen heute außerhalb der traditionellen demokratischen Kanäle gefällt werden. Der Legitimitätsverlust demokratischer Institutionen zeige sich in einer zunehmenden Entpolitisierung.

Ich widerspreche dieser Theorie nicht, glaube aber, dass, wenn wir die Gründe für dieses Phänomen im Hinblick darauf untersuchen, wie diese Entwicklung wieder umgekehrt werden könnte, auch die Rolle hervorzuheben ist, die Parteien des linken Spektrums für den Prozess der Entfremdung von demokratischer Politik gespielt haben.

„Postpolitische“ Perspektive der liberal-demokratischen Gesellschaften

In meinem Buch „Über das Politische“¹ habe ich die Gründe für die „postpolitische“ Perspektive, die in liberal-demokratischen Gesellschaften mittlerweile überwiegt, untersucht. Meine These ist, dass die „post-

politische“ Perspektive damit zusammenhängt, dass die sozialdemokratischen Parteien in Europa in den vergangenen Jahrzehnten die Strategie verfolgt haben, sich zur politischen Mitte hin zu bewegen.

Erstmals wurde diese Strategie von Anthony Giddens, einem britischen Soziologen, unter dem Etikett „Der dritte Weg“ für *New Labour* in England ausgearbeitet. Diesem Ansatz zufolge haben die westlichen Gesellschaften eine zweite Stufe der Modernität erreicht, diejenige der „reflexiven Modernisierung“, in welcher das für die erste Stufe, die „einfache Modernisierung“, charakteristische, auf Gegensätzen (das heißt gesellschaftlichen Antagonismen) beruhende Politikmodell obsolet geworden sei. Giddens erklärt, dass es nunmehr erforderlich sei, „jenseits von ‚Links‘ und ‚Rechts‘“² zu denken, und eine neue Politik der „radikalen Mitte“ anzustreben, die diese überkommene Teilung überwindet.

Eine solche Ansicht ist später von anderen sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien übernommen worden, die begannen, sich als „linke Mitte“ zu präsentieren und sich dabei deutlich von früheren antikapitalistischen Elementen zu distanzieren. Tatsächlich aber haben die Parteien der linken Mitte – mit dem Anspruch, das sozialdemokratische Projekt zu modernisieren, um es an die globalisierte Welt anzupassen – gegenüber dem Neoliberalismus „kapituliert“. Davon überzeugt, dass es keine echte Alternative für politisches Handeln mehr gibt, haben sie das geschaffene System akzeptiert. Sie haben alle Versuche aufgegeben, die bestehenden Machtverhältnisse infrage zu stellen, und beschränken sich nun darauf, Möglichkeiten aufzuzeigen, die neoliberale Globalisierung „menschlicher“ zu gestalten. Darum aber ist die Politik der verschiedenen Parteien so schwer voneinander zu unterscheiden.

Übersetzung aus dem Englischen von Georg Danckwerts, Krefeld.

¹ Vgl. Chantal Mouffe, *On the Political*, London 2005 (deutsche Übersetzung: Chantal Mouffe, *Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion*, Frankfurt/M. 2007).

² Vgl. Anthony Giddens, *Jenseits von Links und Rechts*, Frankfurt/M. 1997 (Originalausgabe: Anthony Giddens, *Beyond Left and Right. The Future of Radical Politics*, Cambridge 1994).

Folgen für die demokratische Politikgestaltung

Dieser „Konsens in der politischen Mitte“ hat negative Folgen für die demokratische Politikgestaltung. Tatsächlich ist die derzeitige Politikverdrossenheit, die zum drastischen Rückgang der Wahlbeteiligung geführt hat, durch das Fehlen einer echten Wahl zwischen klar unterscheidbaren Alternativen zu erklären. Die Annäherung zwischen den Parteien rechts und links der Mitte hat außerdem in mehreren Staaten das Aufkommen rechtsgerichteter populistischer Parteien gefördert. Ihr Erfolg beruht nicht zuletzt darauf, dass sie als die einzigen erscheinen, die eine wirkliche Alternative zur bestehenden Ordnung anbieten.

In der Diskussion über „Postdemokratie“ scheint mir die Rolle dieser „postpolitischen“ Situation nicht ausreichend berücksichtigt zu werden. Natürlich ist es wichtig, die Veränderungen des kapitalistischen Systems zu begreifen, welche die wirtschaftlichen Voraussetzungen für den Erfolg der neoliberalen Globalisierung geschaffen haben. Diese erklären jedoch nicht das Verschwinden von lebhaften demokratischen Debatten über die vielfältigen Möglichkeiten der Organisation sozialer und gesellschaftlicher Beziehungen sowie öffentlicher Einrichtungen.

Eben hier müssen sich die Volksparteien ihrer Verantwortung für diesen Prozess bewusst sein: Indem sie es versäumten, zu erkennen, dass Politik ihrem Wesen nach parteiisch sein muss, und dass demokratische Politik agonistische Debatten zwischen widerstreitenden Projekten und die Wahlmöglichkeit zwischen realen Alternativen braucht, hat die Politik des „dritten Weges“ zu der „Entpolitisierung“ beigetragen, die im Zentrum unseres „postdemokratischen“ Zustands steht.

Wenn Bürgerinnen und Bürger den Eindruck haben, dass sie bei den grundsätzlichen Entscheidungen über ihre gemeinsamen Angelegenheiten nicht mehr mitreden können, und dass sich nur noch Experten mit politischen Fragen beschäftigen, weil sie als komplexe technische Probleme angesehen werden, werden demokratische Institutionen

ihrer Substanz entblößt und ihrer Legitimität beraubt. Wahlen werden darauf reduziert, der Absegnung von Maßnahmen unterschiedlicher Akteure zu dienen, deren Interessen nicht öffentlich verantwortet werden müssen. Damit verliert der demokratische Prozess seine Daseinsberechtigung.

Freiheit und Gleichheit

Selbstverständlich nehmen unsere Gesellschaften immer noch für sich in Anspruch, demokratisch zu sein. Aber was bedeutet „Demokratie“ in unserer „postpolitischen“ Zeit noch? Als ich in „Das demokratische Paradox“[¶] das Wesen der liberalen Demokratie untersuchte, habe ich das Spannungsverhältnis zwischen ihren beiden ethisch-politischen Prinzipien *Freiheit* und *Gleichheit* in den Vordergrund gestellt. Liberale Demokratie ist als Synthese aus zwei verschiedenen Traditionen zu verstehen: der liberalen Tradition der Herrschaft des Gesetzes und individueller Rechte sowie der demokratischen Tradition der Volkssouveränität. Der kanadische Politikwissenschaftler Crawford Brough Macpherson hat gezeigt, wie durch diese Synthese, die im Laufe des 19. Jahrhunderts zustande kam, Liberalismus demokratisiert und Demokratie liberalisiert wurde.

Es gab jedoch immer ein Spannungsverhältnis zwischen den Erfordernissen der Freiheit und denen der Gleichheit – eine Spannung, die bis jetzt für Dynamik in der Konfrontation zwischen der politischen Linken und der politischen Rechten sorgt. Die Geschichte demokratischer Politik kann dargestellt werden als das Ringen um die Vorherrschaft eines dieser Prinzipien über das andere. Zu manchen Zeiten überwog der liberale Aspekt, zu manchen der demokratische Aspekt, aber die Streitfrage blieb offen.

Unter der derzeitigen Hegemonie des Neoliberalismus allerdings ist die liberale Komponente so dominant geworden, dass die demokratische fast verschwunden ist. Demokratie wird heute lediglich als Rechts-

¶ Vgl. Chantal Mouffe, *The Democratic Paradox*, London-New York 2000 (deutsche Übersetzung: Chantal Mouffe, *Das demokratische Paradox*, Wien 2008).

staatlichkeit und die Verteidigung der Menschenrechte verstanden, während die Idee der Volkssouveränität als überholt gilt und aufgegeben worden zu sein scheint. Wer sich gegen die Regeln der Eliten auflehnt und darauf besteht, dem Volk ein Mitspracherecht einzuräumen und seinen Bedürfnissen Raum zu geben, wird als „Populist“ abgewiesen.

Ich halte diese Verdrängung der demokratischen Tradition für eines der Hauptmerkmale unserer „postdemokratischen“ Situation. Ohne dass die Politik des „Konsenses in der gesellschaftlichen Mitte“ aufgegeben wird, die eine der Ursachen für die zunehmende Bedeutungslosigkeit der demokratischen Institutionen ist, besteht keine Hoffnung, dem „postdemokratischen“ Trend zu entkommen. Gegen die Verwischung der Grenzen zwischen Links und Rechts muss politisch gekämpft werden.

Demokratie neu beleben

Bei allem Respekt gegenüber den Theoretikern des „Dritten Wegs“ könnte eine solche Verschleierung, statt einen Fortschritt zu bewirken, einen Schritt hin zu einer vermeintlich „reiferen“ Demokratie, zu ihrem Untergang beitragen. Der demokratische Prozess muss dringend neu belebt werden, und dies kann nur dadurch geschehen, dass die Parteien des linken Spektrums eine antihegemoniale Offensive gegen die Versuche starten, die zentralen Institutionen des Wohlfahrtsstaates zu zerstören und das gesamte soziale Leben zu privatisieren und den Regeln des Marktes zu unterwerfen. Wenn die politische Linke es nicht schafft, die Hoffnungen und die Leidenschaft der Menschen für eine gerechtere und egalitäre Gesellschaft zu mobilisieren, so besteht die ernste Gefahr, dass rechtsgerichtete populistische Parteien versuchen werden, dieses Feld zu besetzen. Was uns dann erwartet, wird allerdings schlimmer sein als „Postdemokratie“.

Paul Nolte

Von der repräsentativen zur multiplen Demokratie

Die Demokratie ist *nicht mehr* selbstverständlich. Im vergangenen Jahrzehnt ist eine neue Debatte über die Demokratie entbrannt, die grundsätzliche Fragen an die Zukunftsfähigkeit demokratischer Regierungsformen aufgeworfen hat, ihrer Institutionen wie der Parteien und Parlamente ebenso wie des tieferen Fundaments von demokratischer Gesellschaft und Kultur. In Deutschland *war* die Demo-

Paul Nolte

Dr. phil., geb. 1963; Professor für Neuere Geschichte und Zeitgeschichte an der Freien Universität Berlin, zurzeit Gastprofessor an der University of North Carolina, Chapel Hill/USA, Freie Universität Berlin, Friedrich-Meinecke-Institut, Koserstraße 20, 14195 Berlin. paul.nolte@fu-berlin.de

kratie lange Zeit nicht selbstverständlich: Die Weimarer Republik ist gescheitert, auch an einem Mangel an demokratischer Gesinnung, die nach 1945 in der jungen Bundesrepublik erst gelernt werden musste, zumal von den Eliten und den bürgerlichen Schichten. Die DDR versuchte bis 1989, einen sozialistischen Gegenentwurf zur liberal-pluralistischen Demokratie aufzubauen. Von einer Selbstverständlichkeit, einer voraussetzungslosen Unbestrittenheit der Demokratie kann man insofern erst seit etwas mehr als zwei Jahrzehnten sprechen.

Für Westdeutschland aber markieren die frühen 1970er Jahre den Übergang in die Vorbehaltlosigkeit der Demokratie. Die Aufforderung Willy Brandts in seiner Regierungserklärung im Oktober 1969, mehr Demokratie zu wagen, kann als symbolische Marke dafür gelten. Über die grundsätzliche Rechtfertigung der Demokratie musste man jetzt nicht mehr streiten: weder im konservativ-kulturkritischen Sinne der alten Frage, ob diese vermeintlich „westliche“ Regierungsform den Deutschen überhaupt angemessen sei, noch im linken, marxistischen Sinne der Zweifel, ob die Bundesrepublik denn überhaupt eine Demokratie sei oder nicht vielmehr ein autoritäres Regime auf dem Weg in einen neuen Faschismus, wie

während der ersten Großen Koalition (von 1966 bis 1969) viele Kritiker befürchtet hatten. Der westdeutsche Staat und seine Bürger – so lässt sich Brandts berühmte Formel deuten – waren in der Demokratie angekommen, sollten sich damit aber nicht zufrieden geben, sondern in ihr neue Möglichkeiten erproben.

Der Aufstand der Bürgerinnen und Bürger in der DDR gegen das SED-Regime und die daraus folgende Entstehung eines demokratischen Nationalstaats schienen diese Selbstverständlichkeit zu besiegeln. War die deutsche Geschichte, die zweihundert Jahre um das Problem der vermeintlichen Unvereinbarkeit von Einheit und Freiheit gekreist hatte, damit nicht zu einem guten Ende gekommen,¹ in eine auch international stabile Lage, die jedes neue Zweifeln an der Demokratie für immer unmöglich machte? Vordergründig gesehen ist ein solches Urteil nicht einmal falsch, denn das politische System Deutschlands ist stabil, auch wenn sich die Parteienlandschaft rapide wandelt; die Zustimmung der Bevölkerung ist groß, auch wenn die Zweifel an den politischen Eliten wachsen; und irgendeine Alternative ist schon gar nicht in Sicht, wie es zwischen 1918 und 1989 immer der Fall war.

Sieht man etwas genauer hin, ergeben sich allerdings beunruhigendere Befunde. Es mag sogar mit der Alternativlosigkeit einer gegebenen Ordnung zusammenhängen, wenn sich diffuse Unzufriedenheit vermehrt artikuliert. Die Emphase der demokratischen Kultur in der alten Bundesrepublik vor 1989 war ja immer auch ein Ausrufezeichen an das Andere der Demokratie: gegenüber der eigenen Geschichte im „Dritten Reich“ ebenso wie im Zeichen des Kalten Kriegs über die Mauer hinweg. Dennoch kann man eine schleichende demokratische Ermüdung oder Auszehrung nicht auf die leichte Schulter nehmen. Sie äußert sich in sinkender Wahlbeteiligung, in Alterung und Schrumpfung der Parteienmitgliedschaft, aber auch im rapide nachlassenden Vertrauen in die Glaubwürdigkeit der politischen Führung und der klassischen Institutionen der liberal-repräsentativen Demokratie, vor allem der Parlamente und Regierungen.

¹ Vgl. Heinrich August Winkler, *Der lange Weg nach Westen*, München 2000.

Das neue Unbehagen in der Demokratie ist allerdings nicht bloß ein deutsches Phänomen, auch wenn in älteren westlichen Demokratien das historisch gewachsene Vertrauen größer und die Neigung, während einer Wirtschaftskrise oder nach einer Korruptionsaffäre gleich die demokratische Grundsatze Frage zu stellen, geringer ausgeprägt ist. Die neue Debatte über die Demokratie ist eine allgemein-westliche, sogar eine globale Debatte geworden. Sie wird auch nicht nur in den Medien und der Öffentlichkeit geführt; sie ist nicht nur am Wandel von Einstellungen oder politischem Alltagshandeln ablesbar. Vielmehr finden Wandel und Zukunft der Demokratie seit ein bis zwei Jahrzehnten auch in den Wissenschaften mehr Aufmerksamkeit als früher.

Dabei trifft man auf ein charakteristisch gespaltenes Bild. Zum einen überwiegt in der empirischen Politikwissenschaft ein Optimismus, der im Gefolge der demokratischen Transformation um 1990 bisweilen sogar euphorische Züge angenommen hat. So hat Samuel Huntington drei globale Wellen der Demokratisierung im 20. Jahrhundert identifiziert, in denen trotz Rückschlägen die globale Ausbreitung der Demokratie immer weitere Fortschritte gemacht habe.² Neue Zeitschriften wie das „Journal of Democracy“ oder „Democratization“ widmen sich demokratischen Transformationsprozessen und demokratischen Bewegungen in autoritären Regimes in der Erwartung, dass der globale Siegeszug der Demokratie weitergehen und sich über kurz oder lang in einer vierten Welle – in Ostasien, im Mittleren Osten? – manifestiert. Auch zahlreiche historische und politiktheoretische Bücher haben neue Anläufe der Erklärung und Rechtfertigung der Demokratie unternommen, die über den Stand des mittleren 20. Jahrhunderts hinausgehen, als die Rechtfertigung der Demokratie im Zeichen der Abwehr von Nationalsozialismus und sowjetischem Kommunismus stand.³

² Vgl. Samuel P. Huntington, *The Third Wave: Democratization in the late Twentieth Century*, Oklahoma 1991.

³ Vgl. John Dunn, *Democracy. A History*, New York 2006; Robert A. Dahl, *On Democracy*, New Haven 1998; John Keane, *The Life and Death of Democracy*, New York 2009.

Eine weiterführende Alternative zu den Diagnosen?

Zum anderen macht sich eine neue Kritik der Demokratie geltend, vor allem in der Demokratietheorie und der politischen Philosophie, die gegenüber früherer, etwa neo-marxistischer Demokratiekritik der 1960er und 1970er Jahre weniger scharf und aggressiv auftritt, sondern in bisweilen sogar eher elegischen Tönen eine Erosion der Demokratie beklagt. Colin Crouchs Manifest zur „Postdemokratie“, dessen Titel schnell zum griffigen Schlagwort wurde, ist das beste Beispiel dafür.¹⁴ So wie die positive Sicht auf die globale Ausdehnung der Demokratie heute überwiegend von Wissenschaftlern vertreten wird, die man dem liberalen oder dem konservativen Lager zurechnen kann, ist die neue Demokratiekritik überwiegend auf der Linken verankert, in einem breiten Spektrum von sozialdemokratischen bis zu neokommunistischen Ansätzen. Anders als in der „Neuen Linken“ steht diese Kritik häufig auf dem Fundament der klassischen, der „bürgerlichen“ Demokratie, die jedoch – so die Diagnose – angesichts neuer Herausforderungen etwa des globalisierten Kapitalismus zunehmend erodiert und bestenfalls eine Hülle der Schein-Demokratie zurücklässt: einen Zustand der „Postdemokratie“, in denen den Bürgerinnen und Bürgern nur noch die Illusion demokratischer Rechte bleibe.

Neben diese innere Diagnose tritt häufig ein Gegenakzent zur positiven Erzählung über die Globalisierung der Demokratie: Die Demokratie westlichen Typs werde sich keineswegs weltweit und in nicht-westlichen Kulturen wie denen Ostasiens oder der islamisch-arabischen Welt ausbreiten; sie könne, normativ gesehen, auch gar keinen Anspruch auf universale Geltung oder Überlegenheit beanspruchen. Sie bleibt also auf ihre historischen Ursprungsregionen beschränkt und verliert auch dort zusehends Dynamik, Legitimation und kohärente Überzeugungskraft.

¹⁴ Vgl. Colin Crouch, *Postdemokratie*, Bonn 2009 (Schriftenreihe der bpb, Bd. 745). Ebenfalls mit der Diagnose einer Tendenz zur Entdemokratisierung der westlichen Gesellschaften, doch zugleich theoretisch weiterführend die Arbeiten von Chantal Mouffe (vgl. ihren Beitrag in dieser Ausgabe) und Martin Nonhoff (Hrsg.), *Diskurs, radikale Demokratie, Hegemonie*. Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe, Bielefeld 2007.

Einer solchen Alternative bedarf es, weil beide skizzierten Sichtweisen wichtige Veränderungen in der Praxis von Demokratie während der vergangenen drei bis vier Jahrzehnte nicht hinreichend abbilden, und weil sie, auf unterschiedliche Weise, eine kritische Auseinandersetzung mit Geschichte und Zukunft der Demokratie zu blockieren drohen: Die liberal-konservative Sicht deshalb, weil sie ein allzu glattes, konfliktfreies Bild der Demokratie zeichnet, der Gefahr nur von äußeren Gegnern drohe; die linke, „postdemokratische“ Perspektive, weil sie den Zustand der Demokratie in ein düsteres Licht taucht, das eher resignative Einstellungen zu befördern droht. Wenn anonyme Kräfte wie der globale, neoliberale Kapitalismus die Demokratie zur Postdemokratie aushöhlen, bleibt die Handlungsmacht der Bürgerinnen und Bürger, ihre kritische und konstruktive demokratische Energie schon in der Theorie auf der Strecke.

Paradoxerweise leiden beide Sichtweisen unter ganz ähnlichen Blindstellen: Sie unterschätzen die Weiterentwicklung der Demokratie jenseits ihres klassischen Institutionengefüges. So wie der liberal-positive Ansatz das Muster der liberal-repräsentativen Demokratie basierend auf Parlament und freien Wahlen zum Maßstab für die globale Durchsetzung der Demokratie macht, misst auch der links-skeptische Ansatz den (Miss-)Erfolg der Demokratie am Bedeutungsverlust ihres klassischen Institutionen- und Handlungsrepertoires. Die Demokratie des beginnenden 21. Jahrhunderts ist aber nicht mehr diejenige, die nach dem Zweiten Weltkrieg begründet worden ist. Die westlichen Gesellschaften haben sich rapide gewandelt und mit ihnen das Arsenal demokratischer Partizipation und Legitimation. Da diese Dynamik häufig von Bewegungen getrieben wurde, die eher auf der linken Seite des politischen Spektrums angesiedelt sind, ist der „Demokratie-Defätismus“ eines großen Teils der gegenwärtigen linken Politiktheorie umso überraschender.

Historisch sollte man die gegenwärtige Debatte ohnehin im Horizont einer langen Krisengeschichte verstehen. Demokratie

definiert sich geradezu als eine „schwache“ Regierungsform, als ein Modell mit offenen Flanken, und vor allem als ein reflexives und darum selbstkritisches Muster der politisch-sozialen Organisation. Schon in der Gründungs- und Erfindungsphase der modernen Demokratie im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert finden sich, bei aller typisch aufklärerischen Selbstgewissheit und Fortschrittsemphase, immer wieder Zweifel auch der republikanisch-demokratischen Protagonisten, welche Zukunft dieses Modell langfristig haben könne. Von der bisher tiefsten Krise der Demokratie war ebenfalls schon die Rede: In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts war fast überall auf der Welt die Überzeugung verbreitet, dass der historische Bogen der Demokratie nun dem Ende entgegengehe. So bilanzierte 1927 John Dewey: „Optimism about democracy is today under a cloud.“⁵ Andere wie der deutsche Staatsrechtler Carl Schmitt sahen dieselbe Entwicklung euphorisch: Der liberale Parlamentarismus werde durch zeitgemäßere Formen von Führertum im Verein mit plebiszitärer Akklamation abgelöst.⁶

Das Ergebnis ist bekannt: Die bestenfalls pseudo-demokratischen, faschistischen Diktaturen sind gescheitert; die Demokratie trat in eine neue Phase des Selbstbewusstseins – auch gegenüber dem sowjetisch-kommunistischen Modell –, des globalen Erfolgs und der Revitalisierung, die von den späten 1940er Jahren bis in die 1980er Jahre dauerte; spätestens wenige Jahre nach dem triumphalen Moment von 1989 dauerte dieser Zyklus.⁷ Es mag noch zu früh für ein sicheres Urteil sein, aber vieles spricht dafür, dass die Demokratie nur wenige Jahre später wieder in eine Phase der Ermüdung und der Selbstzweifel trat – eben jene Phase, in der wir uns momentan befinden. In dieser Perspektive lassen sich also die gegenwärtigen Krisendiskurse historisieren: Welche Parallelen sind zwischen der demokratischen Endzeit-

stimmung der 1920er und der 1930er Jahre und den heute umlaufenden Befürchtungen erkennbar, die Demokratie werde durch die Macht ökonomischer Umwälzungen, die diesmal unter Stichworten wie „Neoliberalismus“ und „Globalisierung“ laufen, vermeintlich unwiderruflich und unrettbar ausgehebelt?

Das Schlagwort von der Postdemokratie jedenfalls wäre, hätte es schon existiert, vor achtzig Jahren auf fruchtbaren Boden gefallen. Mit anderen Worten: Eine bessere Kenntnis der Geschichte demokratischer Krisendiskurse und ihres Verhältnisses zur realen Geschichte der Demokratie könnte heute davor schützen, diese Geschichte voreilig für beendet oder auch nur für im Abstieg begriffen zu erklären. Und noch schärfer: Wer heute das Ende der Demokratie ausruft und damit den Beifall vordergründig Unzufriedener findet, sollte um seine historischen Vorläufer wissen. Dass die Demokratie sich in Krisen und Konflikten selber infrage gestellt, neu erfunden und „kreativ“ erweitert hat, vor allem seit den 1960er Jahren, steht dazu keineswegs im Gegensatz.

Partizipation, Protest und mehr: eine neue Phase

Historisch gesehen bildete die repräsentative Demokratie seit dem späten 18. Jahrhundert – klassisch seit ihrer Begründung in den amerikanischen *Federalist Papers* – den wichtigsten Fluchtpunkt der demokratischen Entwicklung. Sie war politisch-kulturelles Leitbild und institutionelles Grundschema: in der Transformation nicht-demokratischer Regime ebenso wie in der Ausweitung von Teilhaberechten der frühen Demokratien Großbritanniens oder der USA. Diese Phase ging jedoch nach dem Zweiten Weltkrieg ihrem Ende entgegen. Vor allem seit den 1960er Jahren artikulierten sich, vehement und oft konfliktreich, neue Handlungsformen und Mechanismen, die zumeist durch die direkte Partizipation von Bürgerinnen und Bürgern, durch den Protest gegen politische Entscheidungen beziehungsweise das protestförmige Eintreten für politische Ziele sowie durch den neuen institutionellen Rahmen einer „Bewegung“ gekennzeichnet waren.

⁵ John Dewey, *The Public and Its Problems*, New York 1927, S. 110.

⁶ Vgl. Carl Schmitt, *Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus*, München 1926².

⁷ In der Forschung wird diese Phase heute oft unter Stichworten wie „Konsensliberalismus“ und „Cold War Democracy“ behandelt. Vgl. Anselm Doering-Manteuffel, *Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert*, Göttingen 1999.

Zum wohl einflussreichsten Modell dieser Protest- und Bewegungsdemokratie wurde die amerikanische Bürgerrechtsbewegung, die seit der Mitte der 1950er Jahre gegen Segregation sowie gegen die bürgerliche und politische Entrechtung der Afroamerikaner vor allem im Süden der USA auftrat.⁸ Ihre Ursprünge reichen weiter zurück und über den klassischen „Westen“ hinaus. Vor allem die indische Unabhängigkeitsbewegung mit Mahatma Gandhi als charismatischer Führungsperson erprobte neue Methoden des zivilen Ungehorsams und gewaltfreien Protests, die nach Nordamerika und Europa zurückwirkten.⁹

Die internationale Protestwelle der 1960er Jahre markierte einen ersten Höhepunkt der Formen, Ziele und Legitimationsmuster dieser neuen Demokratie, die als generationelle Revolte von „1968“ zu einer oft scharfen Zurückweisung durch die traditionelle Demokratie führte.¹⁰ Tatsächlich musste in den 1960er und 1970er Jahren erst in immer neuen, nicht selten auch gewalthaften und häufig kulturkämpferische Züge tragenden Konflikten ausgehandelt werden, in welchem Verhältnis die partizipatorische Protestdemokratie zur repräsentativ-parlamentarischen stand. So dominierte in den USA, aufs Ganze gesehen, ein eher pragmatischer Grundzug, der auf die Erweiterung der klassischen Demokratie zielte.

In vielen westeuropäischen Ländern wie in Frankreich und der Bundesrepublik spielte dagegen die fundamentale Kritik liberaler Demokratie eine wesentliche Rolle, und nicht wenige glaubten an deren historische Überwindung und ihre Ablösung aus dem Geist des Protests und einer romantischen Utopie.¹¹ Ein Jahrzehnt später jedoch, im Übergang in die 1980er Jahre, wurde deutlich, dass die „Demokratie von unten“¹² mehr bedeutete als eine historische Episode. Nicht zuletzt an der westdeutschen Geschichte der

⁸ Vgl. Taylor Branch, *Parting the Waters: America in the King Years, 1954–1963*, New York 1988.

⁹ Vgl. J. Keane (Anm. 3).

¹⁰ Vgl. Norbert Frei, *1968. Jugendrevolte und globaler Protest*, München 2008.

¹¹ Vgl. Johannes Agnoli/Peter Brückner, *Die Transformation der Demokratie*, Frankfurt/M. 1968.

¹² Ruud Koopmans, *Democracy from Below. The New Social Movements and the Political System in West Germany*, Boulder 1995.

„Neuen sozialen Bewegungen“ und der Partei Die Grünen lässt sich eine Verfestigung und Institutionalisierung der partizipatorischen Protestdemokratie verfolgen, die ihre anfangs prinzipielle *Opposition* zum repräsentativen System, zum Parteien- und Wahlregime allmählich aufgab, ohne auf ihre *Differenz* zu diesem traditionellen Ensemble zu verzichten. Dazu gehören ein Verständnis des demokratischen Bürgers, das über den „Wahlbürger“ deutlich hinausgeht, die Mobilisierungsfähigkeit der Bewegung in für kritisch gehaltenen Situationen und der Anspruch, darin die Legitimität repräsentativ getroffener Entscheidungen zu kontrollieren und gegebenenfalls zu revidieren.

Die Bürgerbewegungen der 1980er Jahre in den damals kommunistischen Ländern Mittel- und Osteuropas bilden eine weitere historische Wurzel der Konsolidierung dieses neuen demokratischen Musters. Sie haben ganz wesentlich zu seiner Verallgemeinerung beigetragen, in einem doppelten Sinne: Zum einen traten sie im Vergleich zu den sozial, kulturell und generationell eher partikularen Bewegungen des Westens (Stichworte: Jugendkultur, Alternative, *Counterculture*) breiter auf, als Anspruch der gesamten, bis dahin unfreien Gesellschaft gegenüber dem autoritären Staat. Zum anderen entwickelten sie daraus ein erweitertes Verständnis einer demokratischen *civil society* oder Zivilgesellschaft, die mehr sein sollte als ein gesellschaftlicher Vorhof der Politik, mehr als ein bloßes Rekrutierungsfeld für Repräsentanten in Parlamenten oder als deren Spiegelung in der „Öffentlichkeit“. So ist in den vergangenen drei bis vier Jahrzehnten das schon früher oft verfolgte Ziel näher gerückt, die Demokratie in die Gesellschaft auszudehnen und sie in der Lebensführung der Menschen zu verankern.

Die partizipatorische Protest- und Bewegungsdemokratie ist die historisch vermutlich wichtigste Innovation in der Geschichte der Demokratie des vergangenen halben Jahrhunderts. Sie hat die repräsentative Demokratie nicht abgelöst, aber sie zu einem Zeitpunkt ergänzt und überlagert, als deren „Erfüllungsgeschichte“ zu Ende ging, also ihre *innere* Erweiterungsfähigkeit aufgebraucht war. Die repräsentative Demokratie hat ihre zentrale Bedeutung und Kernfunktion damit keineswegs verloren. Im Protest

gegen autoritäre Regime und Diktaturen und in der primären Transformation zur Demokratie stehen bis heute – ob in Osteuropa oder Ostasien, in Afrika oder demnächst im Mittleren Osten – die institutionelle Sicherung von parteipolitischen Pluralismus, freie Wahlen und eine durch sie legitimierte Regierung ganz vorne auf der Agenda. Aber in den entwickelteren demokratischen Nationen hat sie ihren Alleinvertretungsanspruch verloren – oder anders formuliert: Auf ihr ruht nicht mehr die gesamte Last der demokratischen Legitimation. Die Demokratie ist insofern zu einem komplexen Gefüge verschiedener Handlungsformen und institutioneller Arrangements geworden, zu einer multiplen Demokratie.

Sicher kann man argumentieren, dass Demokratie seit dem 18. Jahrhundert nie einen monolithischen Charakter hatte und auf den repräsentativen Typus beschränkt blieb. Nationale und regionale Varianten lassen sich ebenso anführen wie eine lange Geschichte von Konflikten um die „richtige“ Auslegung von Selbstregierung und Volksherrschaft. Soziale Bewegungen und Proteste etwa sind keine Erfindung der Mitte des 20. Jahrhunderts, sondern führen zurück in die Geschichte des 19. Jahrhunderts (mit seinen bürgerlichen und religiösen Reformbewegungen, mit Arbeiterbewegung und bäuerlichem Protest) und in die Aktionsformen der Revolutionen des späten 18. Jahrhunderts.

Aber das spätere 20. Jahrhundert scheint doch eine grundsätzlichere Zäsur in der Geschichte der Demokratie zu markieren. Nicht nur gewannen die partizipatorischen Formen erst jetzt funktionale Selbstständigkeit, statt vor allem Vehikel im Kampf um die traditionelle Demokratie zu sein. Auch etablierten sich in derselben Zeit weitere Muster von Demokratie außerhalb der repräsentativ-parlamentarischen Ordnung: Die Entfaltung der Konsumgesellschaft ließ einen neuen Typus des Konsumbürgers entstehen, der durch private ökonomische Entscheidungen politische Präferenzen zum Ausdruck bringt und politische Entscheidungen steuert bis hin zu Konsumboykotten gegen einzelne Länder, politische Regime oder Unternehmen.¹³ Dabei

spielen ethische Gesichtspunkte eine wichtige Rolle, wie man überhaupt von einer Tendenz zur (Re-)Moralisierung der Demokratie seit dem letzten Drittel des 20. Jahrhunderts sprechen kann.

Neue Legitimationsmuster

Jenseits des überwiegend noch immer nationalstaatlich verfassten Rahmens der repräsentativen Demokratie haben sich international, europäisch und global nicht nur neue Institutionen und Organisationen, sondern auch neue Legitimationsmuster der „Herrschaft des Volkes“ etabliert. Das gilt für die EU jenseits des Europäischen Parlaments: Was in klassischer Perspektive ein europäisches Demokratiedefizit ist, lässt sich auch als ein Netzwerk neuer, intergouvernementaler und delegativer Demokratie interpretieren. Erst recht gilt es für ein globales Netzwerk, dessen demokratische Akteure Regierungen, intergouvernementale Organisationen wie die Vereinten Nationen und internationale Nichtregierungsorganisationen wie Greenpeace sind. Das historische Grundmuster ist dabei ähnlich wie bei der innergesellschaftlichen Demokratisierung: Die ursprüngliche Erwartung einer Ausdehnung des repräsentativen Prinzips hat sich nicht erfüllt; globale Demokratie hat nicht die Form einer „Weltregierung“ angenommen, wie man sie in der Mitte des 20. Jahrhunderts vielfach anstrebte.

Die jüngste Entwicklung in dieser Phase eines Innovationsschubes der Demokratie lässt sich bisher nur in Umrissen beschreiben: Die Kommunikationsrevolution der digitalen Technologien und des Internets ist dabei, der multiplen Demokratie eine wiederum neue Schicht hinzuzufügen. Dabei ist weniger an das „e-Government“ gedacht, das eher eine technische Ergänzung der klassischen Demokratie bildet; auch nicht primär an Phänomene wie die „Twitter-Revolution“ im Iran, also die Rolle des Twitter-Dienstes bei der Mobilisierung der Proteste nach den Präsidentschaftswahlen im Juni 2009. Vielmehr und noch grundsätzlicher scheint das Internet eine Reorganisation sozialer Beziehungen und politischer Willensbildung zu konstituieren, die über mediale und instrumentelle Funktionen hinausreicht und die Bedeutung von Autonomie und Assoziation sowie das Verhältnis von Deliberation und Dezisi-

¹³ Vgl. Lawrence B. Glickman, *Buying Power. A History of Consumer Activism in America*, Chicago 2009.

on, von gesellschaftlichem Diskurs und politischer Willensbildung neu definiert.

Probleme und Chancen der multiplen Demokratie

Unser politisches Bewusstsein hat mit dieser rapiden Ausdifferenzierung demokratischer Möglichkeiten bisher wohl nicht ganz Schritt gehalten. In unserer Vorstellungswelt sind wir – die Bürgerinnen und Bürger demokratischer Gesellschaften – immer noch zu eng an das alte Gerüst der repräsentativen Demokratie gebunden. Das gilt bisweilen für deren Repräsentanten, für die „politische Klasse“, aber auch für unterschiedliche Varianten der Demokratiekritik, die angesichts einer multiplen Demokratie nicht mehr überzeugen können: Wer wegen sinkender Wahlbeteiligung oder dem Mitgliederschwund in Parteien der Demokratie per se ein schlechtes Zeugnis ausstellt, übersieht den komplementären Zuwachs von Partizipation an anderen Stellen; wer immer noch darüber klagt, man dürfe ja nur alle vier Jahre sein Kreuzchen machen, dem sind offenbar andere Handlungsoptionen entgangen.

Ein schöngefärbtes Bild ergibt sich damit dennoch nicht. Denn der Übergang der Demokratie in einen neuen Aggregatzustand wirft neue Konflikte auf und grundsätzliche Fragen, die noch nicht geklärt sind. Wird die repräsentativ-parlamentarische Legitimation demokratischer Willensbildung ausgehöhlt, wenn solche Entscheidungen – wie es in Deutschland bei großen Infrastrukturvorhaben geradezu die Regel zu werden scheint – einer zweiten Legitimation durch die partizipatorische Protestdemokratie bedürfen, die durch das unmittelbare öffentliche Handeln auf der Straße erzwungen oder durch ein nachgelagertes Schieds- oder Mediationsverfahren herbeigeführt wird? Denn hier geht die Erweiterung der Demokratie noch über das hinaus, was John Keane sehr treffend als *monitory democracy* analysiert hat: als eine Erweiterung der repräsentativen Demokratie in der permanenten Beobachtung und Kontrolle durch die Zivilgesellschaft.¹⁴

¹⁴ Vgl. J. Keane (Anm. 3); Wolfgang Merkel, Embedded and Defective Democracies, in: Aurel Croissant/Wolfgang Merkel (eds.), Consolidated or Defective Democracy?, Democratization, 11 (2004), S. 33–58.

Die Kontrolle verschafft sich eine eigene Legitimationsbasis, die in den Verfassungen nicht vorgesehen ist. Sollen wir deshalb die Verfassung, etwa das Grundgesetz, umschreiben, um der multiplen Demokratie Rechnung zu tragen? Abwegig ist dieser Gedanke nicht, denn die berühmte Erwähnung der Rolle der politischen Parteien im Grundgesetz (Artikel 21 Absatz 1) geht auf eine ähnliche historische Erfahrung zurück, nämlich die Einsicht aus dem Kaiserreich und der Weimarer Republik, dass Demokratie nicht nur in der unmittelbaren Staatsordnung begründet sein kann. Verstehen wir also die Verfassung als das Grundbuch einer demokratischen Lebensorganisation in allen ihren Dimensionen oder als das Regelwerk der nationalstaatlich-repräsentativen Ebene einer vielschichtig gewordenen Demokratie?

Die Liste der Probleme und offenen Fragen einer multiplen Demokratie lässt sich leicht fortsetzen. In der Geschichte von Partizipation und Protest in den westlichen Gesellschaften während der vergangenen Jahrzehnte stößt man einerseits auf einen neuen Altruismus: das Engagement für den Anderen, jedenfalls jenseits der unmittelbaren Eigeninteressen, welche die repräsentative Demokratie als grundlegend für Interessenartikulation und Pluralismus ansah. Humanitäres und ökologisches Engagement sind wichtige Beispiele dafür. Doch gerade darin wird die Grenze zu einem neuen Partikularismus, der nur im Gewand eines vermeintlich unwiderlegbaren Gemeinwohls auftritt, leicht überschritten. Im lokalen Protest von Betroffenen gegen eine neue Straße, ein Kraftwerk oder eine Gewerbeansiedlung steckt ein produktives Element einer lebensweltlichen Auffassung von Demokratie, aber auch die Gefahr einer Aushebelung der Mehrheitsregel; eines partikularen Veto-Prinzips,¹⁵ das sich nicht selten auf einen Konsens der „Betroffenen“ gegen die „Herrschenden“ (die gewählten Repräsentanten) beruft.

Und ein letztes Beispiel: Die neuen, post-repräsentativen Dimensionen der Demokratie begünstigen überwiegend die gebildeten

¹⁵ Bekannt als „St. Florians-Prinzip“ oder, wie die Amerikaner sagen, NIMBY („Not in my Backyard!“).

und artikulierten Mittelklassen. In Bürgerinitiativen und Nichtregierungsorganisationen, in der europäischen und globalen Politik ebenso wie in der Nutzung des Internets sind die Arbeiter- und Unterschichten, die formal weniger Gebildeten, oft auch Migranten wesentlich seltener anzutreffen, weil sie die materiellen und kulturellen Zutrittsschwellen nur schwer überschreiten können. Das ist historisch ebenso bemerkenswert wie politisch bedenklich. Gerade in Deutschland ist die Demokratie lange Zeit mehr ein Projekt der Arbeiterbewegung als des Bürgertums gewesen, besonders zwischen 1870 und 1933. Jetzt verstärken sich Misstrauen und Rückzug der unteren Schichten, die Mühe haben, ihren Platz in der multiplen Demokratie zu finden.

Über Verfallstheorien und Appelle zu einer Wiederbelebung

Auf diese Weise entsteht ein facettenreiches, gewiss oft kompliziertes und auch widerspruchsvolles Bild, das gegenüber anderen Deutungen nicht zuletzt den Vorzug hat, realitätsgerechter zu sein. Verfallstheorien der Demokratie sind angesichts einer dynamischen Entwicklung ebenso wenig überzeugend wie Appelle zu einer Wiederbelebung des repräsentativen Systems oder wie die Diagnose eines unaufhaltsamen globalen Siegeszugs der Demokratie. Von Triumphalismus und Untergang sind wir gleich weit entfernt. In ihrer Geschichte seit dem 18. Jahrhundert stand die Demokratie immer wieder im Zentrum von Erwartungen und Enttäuschungen, von Konflikten und Aushandlungsprozessen mit offenem Ausgang.

Mit einer solchen Perspektive auf Demokratie ließe sich auch eine weiterführende Position in den zwei wichtigsten Kontroversen entwickeln, die derzeit die Demokratietheorie umtreiben: Ist die Demokratie universell oder eine westliche Eigenart? Sie ist überwiegend im „Westen“ entstanden und hat sich dort lange Zeit am erfolgreichsten durchgesetzt. Aber ihre Geschichte ist auch die von Expansion und Universalisierung, so dass historisch viel für eine Fortsetzung dieses Prozesses spricht, auch wenn man die Universalität der Demokratie nicht prinzi-

piell wie etwa aus der normativen Überlegenheit oder anthropologischen Universalität des Diskursprinzips zu begründen bereit ist.¹⁶

Die andere Konfliktlinie verläuft zwischen „prozeduralistischen“ und „dezisionistischen“ Auffassungen einerseits, „substantzialistischen“ und „deliberativen“ andererseits: Ankert die Demokratie in einem Verfahrens- und Institutionenkern, wie ihn vor allem das repräsentativ-parlamentarische Set bereitstellt, und in der Fähigkeit zur Herstellung kollektiv verbindlicher Entscheidungen? Oder ist sie ein allgemeines Lebensprinzip, das in der freien Privatsphäre beginnt und sich in der kommunikativen Konsensfindung fortsetzt, von der die parlamentarische Deliberation nur ein Sonderfall ist?¹⁷

Historisch scheint eine Tendenz zur deliberativen Demokratie zu führen, in der politischen Praxis ebenso wie in den Ideen und Theorien von Demokratie. Aber historisch hat sich bisher noch keine moderne Demokratie so etablieren oder reformieren können, dass sie auf Repräsentation und Mehrheitsregel, geschweige denn auf die Ausübung von Herrschaft, verzichten könnte. Vielmehr haben historisch alle Projekte, die diesen Verzicht dezidiert verfolgt haben, die Demokratie substantziell gefährdet oder abgeschafft. Wohin diese Aushandlungsprozesse in Zukunft führen werden, ist offen. Das heißt aber nicht, dass die Zukunft der Demokratie beliebig ist oder uns egal sein könnte.

¹⁶ Vgl. Chantal Mouffe, *Über das Politische*, Bonn 2010, S. 108–117 (Schriftenreihe der bpb, Bd. 1039); Jürgen Habermas, *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*, Frankfurt/M. 1992.

¹⁷ Vgl. Ch. Mouffe (Anm. 16); Jürgen Habermas, *Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur politischen Theorie*, Frankfurt/M. 1996.

Bürgerbeteiligung in der Postdemokratie

Seit einigen Jahren geistert ein Begriff durch das politische Feuilleton, der sich der geläufigen Selbstcharakterisierung politischer Systeme westeuropäischer

Dirk Jörke Staaten als „demokratisch“ entgegenstellt. Gemeint ist der Begriff der „Postdemokratie“ als Ausdruck eines diffusen empfundenen Epochenumbruchs. Zwar kann keine Rede von einem Ende der Demokratie sein, doch die Idee der Demokratie und vor allem ihre

PD Dr. phil., geb. 1971; Heisenberg-Stipendiat der Deutschen Forschungsgemeinschaft, zurzeit Vertretungsprofessor für Politikwissenschaft, insbesondere Politische Theorie und Ideengeschichte an der Universität Hamburg, Allende-Platz 1, 20146 Hamburg.
joerke@uni-greifswald.de

zentralen Institutionen und Praktiken wie allgemeine und gleiche Wahlen, Parlamente und programmatisch unterscheidbare Parteien scheinen sich im Zeitalter der Transnationalisierung und eines europäischen Mehrebenensystems erschöpft zu haben.¹ So zeichnet sich laut dem gleichnamigen Buch von Colin Crouch² (ein britischer Politikwissenschaftler und Soziologe) ein postdemokratisches Regime durch folgende Struktur aus: Die Institutionen der parlamentarischen Demokratie – periodische Wahlen, Wahlkämpfe, Parteienkonkurrenz, Gewaltenteilung – sind auf der einen Seite formal gesehen völlig intakt; und eben dadurch unterscheidet es sich grundlegend von prädemokratischen Gesellschaften. Doch auf der anderen Seite stimmt die dahinter stehende Figur der Legitimation politischen Handelns durch die Partizipation des Volkes nicht mehr mit den realen Gegebenheiten überein.

Der öffentliche Wahlkampf ist Crouch zufolge ein von rivalisierenden Teams professioneller *Spin Doctors* kontrolliertes Spektakel. Sie bestimmten die politische Agenda durch die Auswahl und Inszenierung von wenigen Themen, die zudem immer stärker personalisiert werden. Die meisten Bürger spielten lediglich eine passive, stille, bisweilen gar apathische Rolle, unfähig zur eigenen Gestaltung der politischen Auseinandersetzung. Im Rücken dieser Inszenierung

des „Wahlspiels“ fände der tatsächliche politische Prozess statt und zwar in Form einer privatisierten Interaktion zwischen gewählten Regierungen und Eliten, die größtenteils die Interessen wirtschaftlich starker Akteure vertreten würden. An die Stelle einer durch Wahlen vermittelten Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an den politischen Entscheidungen sind laut Crouch intransparente Verhandlungen getreten und der demokratische Prozess diene einzig der Erzeugung von Massenloyalität.

Crouchs Diagnose kann sich auf eine Reihe von empirischen Belegen berufen. Die Verlagerung der Entscheidungsgewalt von demokratisch legitimierten Parlamenten in supranationale und nicht-öffentliche Arenen ist seit langem Gegenstand politikwissenschaftlicher Arbeiten. Der Rückgang der Unterstützung demokratischer Institutionen und ihrer Repräsentanten seitens der Bürgerinnen und Bürger ist ebenfalls gründlich dokumentiert; ein Vertrauensverlust, der sich in Phänomenen wie Politikverdrossenheit, mangelnder Bereitschaft zur Mitarbeit in Parteien und dem Rückgang der Wahlbeteiligung niederschlägt und bisweilen gar zu Demokratiefrust führt.³ Auch der von Crouch diagnostizierte Trend zu Politainment und zur Personalisierung wird in der politikwissenschaftlichen Literatur seit längerem thematisiert.⁴

¹ Für einen Überblick vgl. Hubertus Buchstein/Frank Nullmeier, Einleitung: Die Postdemokratie-Debatte, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, 19 (2006) 4, S. 16–22.

² Vgl. Colin Crouch, *Postdemokratie*, Frankfurt/M. 2008 (siehe auch Schriftenreihe der bpb, Bd. 745).

³ Vgl. Arthur Benz, *Postparlamentarische Demokratie?*, in: Michael Greven (Hrsg.), *Demokratie – eine Kultur des Westens*, Opladen 1998, S. 201–222; Julia von Blumenthal, *Auswanderung aus den Verfassungsinstitutionen. Kommissionen und Konsensrunden*, in: *APuZ*, (2003) 43; Colin Hay, *Why we hate Politics*, Cambridge 2007; Serge Embacher, *Demokratie! Nein danke? Demokratieverdrossen in Deutschland*, Berlin 2009.

⁴ Vgl. Andreas Dörner, *Wahlkämpfe – eine rituelle Inszenierung des „demokratischen Mythos“*, in: ders. (Hrsg.), *Wahlkämpfe*, Frankfurt/M. 2002, S. 16–42; András Körösiényi, *Political Representation in Leader Democracy*, in: *Government and Opposition*, 40 (2005) 3, S. 358–378; Thomas Meyer, *Populismus und Medien*, in: Frank Decker (Hrsg.), *Populismus in Europa. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?*, Bonn 2006, S. 81–97.

Alles halb so schlimm?

Derartigen Krisendiagnosen stehen indes Autoren gegenüber, die weniger von einem Ende der Demokratie als von einem Formwandel ausgehen.¹⁵ Sie verweisen darauf, dass neue Beteiligungsverfahren wie Mediationsverfahren, Bürgerforen oder Konsensuskonferenzen zunehmen. Auch werden in den vergangenen beiden Jahrzehnten im wachsenden Umfang auf Ebene der Länder und Kommunen Referenden durchgeführt. Zu nennen sind zudem Formen des Konsumboykotts oder eines politischen Konsums, durch den Bürgerinnen und Bürger politische Entscheidungen zu beeinflussen trachten.

Demokratische Beteiligung erfolgt mithin in unterschiedlichen Kanälen und beschränkt sich nicht länger auf die traditionellen Formen des Wählens und des Engagements in Parteien. Zu beobachten – so die Argumentation – ist vielmehr eine Ausdifferenzierung, die von verfassungsrechtlich gerahmten Formen wie Referenden über Mediationsverfahren unter Beteiligung staatlicher Repräsentanten bis hin zur Mitarbeit in Bürgerinitiativen, der Beteiligung an Demonstrationen und eben auch einem politisch bewussten Konsum reicht. Zielten formalisierte Verfahren direkt auf die Entscheidungsfindung des Staates, so richten sich die neuen Beteiligungsformen mehr auf eine bürgergesellschaftliche Aneignung des Politischen.

Die in diesen neuen Formen zum Ausdruck kommende *participatory revolution* tritt, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß, in allen OECD-Staaten auf und ist als Anzeichen einer quantitativen wie qualitativen Zunahme unkonventioneller Formen der Beteiligung auf Kosten repräsentativer Institutionen, ja als Beleg für die Lebendigkeit der Demokratie gedeutet worden. Wir seien zwar Zeugen eines Bedeutungsverlustes von klassischen demokratischen Entscheidungsprozessen durch deren Auslagerung in Expertengremien und auf die internationale Ebene, gleichzeitig lasse sich aber auch eine Ausdehnung von neuen Partizipationsformen beobachten.¹⁶

¹⁵ Vgl. dazu auch den Beitrag von Paul Nolte in dieser Ausgabe.

¹⁶ Vgl. Russel D. Dalton/Hans-Dieter Klingemann, *Citizens and Political Behaviour*, in: dies. (eds.), *The Oxford Handbook of Political Behaviour*, Oxford

Der Wandel demokratischer Beteiligung wird oftmals als Reaktion auf gesellschaftliche Veränderungen gedeutet. Breit diskutierte Phänomene wie die Pluralisierung und Individualisierung sozialer Lebenswelten lassen traditionelle Formen politischer Partizipation veraltet erscheinen. Insbesondere die Volksparteien scheinen immer weniger in der Lage zu sein, die unterschiedlichen Interessen zu bündeln und zu artikulieren. Bereits Anfang der 1990er Jahre hat Ulrich Beck deshalb von einer „(Neu-)Erfindung des Politischen“ gesprochen. An die Stelle von Parteien und Parlamenten seien zunehmend neue Formen der politischen Auseinandersetzung und Willensbildung getreten: „Das Politische bricht jenseits der formalen Zuständigkeiten auf und aus.“¹⁷ Diese flexiblen Kanäle zivilgesellschaftlicher Teilhabe – so Becks Überzeugung – besitzen das Potenzial, die Praxis der Demokratie nicht nur an die neuen gesellschaftlichen Gegebenheiten anzupassen, sondern diese darüber hinaus in einem viel umfassenderen Sinne demokratisch zu gestalten. Erst in der „zweiten Moderne“ komme es mithin zu einer wahrhaft demokratischen Aneignung des Politischen.

Mit Blick auf die jüngste Geschichte der Bundesrepublik Deutschland scheint diese optimistische Diagnose bestätigt zu werden. Denn auch hierzulande sind in den vergangenen Jahren nicht nur eine Vielzahl von Mediationsverfahren und runden Tischen wie zu Fragen der Elbvertiefung in Hamburg, zum Ausbau des Frankfurter Flughafens oder zu Fragen der Bioethik durchgeführt worden. Hinzu kommen Bürger- und Volksentscheide, die auf der Ebene der Länder und der Kommunen deutlich zugenommen haben. Die erfolgreichen Volksentscheide in Bayern über den Nichtraucherschutz und in Hamburg gegen die Schulreform der schwarz-grünen Koalition sind dabei nur die prominentesten Beispiele. Und sind nicht auch die jüngsten Bürgerproteste gegen die Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke und gegen den Bau eines unterirdischen Bahnhofs in Stuttgart Zeichen einer lebendigen demokratischen Kultur?

2007, S. 3–26; John Keane, *The Life and Death of Democracy*, London 2009; Pierre Rosanvallon, *Demokratische Legitimität. Unparteilichkeit – Reflexivität – Nähe*, Hamburg 2010.

¹⁷ Ulrich Beck, *Die Erfindung des Politischen*, Frankfurt/M. 1993, S. 156.

Dabei kam der massive Protest gegen den Neubau des Stuttgarter Bahnhofs für viele Beobachter überraschend. Waren doch bislang die Bürgerinnen und Bürger der schwäbischen Metropole nicht durch eine allzu große Demonstrationsfreudigkeit oder gar durch Akte des zivilen Ungehorsams, wie sie bei der Besetzung des Schlossparks zum Vorschein kamen, aufgefallen. Aus Städten wie Berlin und Hamburg kennt man derartige Formen des Protestes, jedoch nicht aus Stuttgart. Was diesen Protest so besonders machte, war der Umstand, dass er bis weit in die Mitte des Bürgertums reichte, also gerade nicht durch jene Politikaktivisten getragen wurde, die sich zu den größtenteils ritualisierten Demonstrationen am 1. Mai in Berlin-Kreuzberg oder anlässlich der Castor-Transporte im Wendland zusammenfinden. So passen die Stuttgarter Ereignisse in das Bild einer Demokratie, die vornehmlich von den Angehörigen der gut ausgebildeten Mittelschichten getragen wird.

Demokratie der gut ausgebildeten Mittelschichten

In nahezu allen westlichen Demokratien, aber ebenso – und besonders deutlich ausgeprägt – in vielen der neuen Demokratien Mittel- und Osteuropas lässt sich seit gut zwei Jahrzehnten ein deutlicher Trend zum Rückgang der Wahlbeteiligung feststellen. Es ist indes nicht allein der quantitative Rückgang, der aus demokratietheoretischer Perspektive Anlass zur Sorge gibt. Wenn die empirischen Befunde nach soziostrukturellen Faktoren aufgeschlüsselt werden, tritt auch ein qualitativer Unterschied hervor. Dass eine Person nicht zur Wahl geht, ist nämlich umso wahrscheinlicher, je niedriger der Bildungsabschluss und das Einkommen sind. Jene Bürgerinnen und Bürger, die sich kaum noch von den politischen Eliten verstanden und respektiert fühlen, ziehen sich nachweislich aus den demokratischen Beteiligungsverfahren zurück.¹⁸

Die Angehörigen der „neuen Unterschichten“ mussten in der jüngeren Vergangenheit immer wieder die Erfahrung machen, dass ihre Stimmabgabe nicht den gewünschten Einfluss auf die politischen Entwicklungen hat. Betrachtet man beispielsweise die Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern

¹⁸ Vgl. S. Embacher (Anm. 3).

seit 1990, so haben die Wähler dort nacheinander nahezu sämtliche Regierungsbündnisse ausprobiert: schwarz-gelb, schwarz-rot, rot-rot und jetzt rot-schwarz. Auch waren sie während dieser Zeit an der Wahl unterschiedlicher Koalitionen im Bund beteiligt. Doch waren mit diesen Wahlen keine spürbaren Verbesserungen in den Lebensbedingungen jener Menschen verbunden, die sich den neuen Anforderungen wie hinsichtlich der Berufsmobilität oder des „lebenslangen Lernens“ nicht anpassen konnten oder wollten. Wer es irgendwie schaffte, ging Richtung Westen; es blieben die Alten und die sogenannten bildungsfernen Bürgerinnen und Bürger. Es sind diese ländlichen Gegenden, aber auch städtischen Plattenbausiedlungen, in denen die Wahlbeteiligung dann auch besonders niedrig ausfällt. Viele der Menschen, die dort leben, erhoffen sich offensichtlich nichts mehr von der Politik. Und eine Wahlbeteiligung von unter 40 Prozent ist in den entsprechenden Vierteln keine Seltenheit.

Ähnliches lässt sich über viele ehemalige Industriestandorte im Westen der Republik sagen. Auch hier sind es vornehmlich die Opfer des Übergangs zur Dienstleistungsgesellschaft, die den Gang zur Wahlurne verweigern. So lag die Wahlbeteiligung bei den jüngsten Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen etwa in Oberhausen, einer Stadt, die besonders stark vom Strukturwandel betroffen ist, bei 46 Prozent, in der Beamtenstadt Münster dagegen bei 58 Prozent.¹⁹ Differenziert man das Ergebnis nach Stadtteilen, so fällt die Beteiligung dort besonders niedrig aus, wo die „neuen Unterschichten“ leben.

Dieser Trend, dass sich die Unterschichten aus den Kanälen der demokratischen Beteiligung zurückziehen, gilt jedoch nicht nur für Wahlen. Im stärkeren Maße lässt er sich bei den erwähnten unkonventionellen Formen der Beteiligung wie Bürgerkonferenzen, runden Tischen oder Konsensuskonferenzen beobachten.¹⁰ Denn nicht alle Bürgerinnen und Bürger verfügen über jene Ressourcen, derer es für die erfolgreiche Partizipation an argu-

¹⁹ Diese Spreizung ist bei der Bundestagswahl 2009 auf etwas höherem Niveau (Münster 77,7 Prozent, Oberhausen 69,9 Prozent) bestätigt worden.

¹⁰ Vgl. Armin Schäfer, *Kompensiert bürgerliches Engagement den Rückgang der Wahlbeteiligung?*, BBE-Newsletter, (2010) 4.

mentativen Verfahren bedarf. Hierzu zählen neben Zeit und einer zumindest rudimentären Sachkenntnis eben auch rhetorische Fähigkeiten und ein selbstbewusstes Auftreten. Gerade letztere sind in spätmodernen Gesellschaften jedoch ungleich verteilt. Daher ist es auch nicht verwunderlich, wenn diese neuen Formen vornehmlich von den gut ausgebildeten Mittelschichten dominiert werden.

An den neuen, unkonventionellen Beteiligungsformen am politischen Prozess partizipieren Ober- und Mittelschichtangehörige zu einem signifikant höheren Anteil als Angehörige der Unterschicht. Auch die Neigung, durch individuelles Konsumverhalten etwa auf die Energie- oder Lebensmittelpolitik einzuwirken, ist bei den höheren Einkommensschichten stärker ausgeprägt. Schließlich können wir auch bei Demonstrationen wie jenen gegen „Stuttgart 21“, gegen die Kernenergiepolitik der Bundesregierung und selbst bei denen gegen die „Hartz-Reformen“ beobachten, dass überwiegend die Angehörigen der gut ausgebildeten Mittelschichten ihren Protest auf die Straße tragen.¹¹

Politische Beteiligung, ob nun konventionell in Parteien und durch Wahlen oder auf neuen Wegen, droht mithin zu einer Spielweise der Modernisierungsgewinner zu verkommen. In diesem Milieu besitzt das Bewusstsein der demokratischen Pflicht des Wählens weiterhin seine Geltung. Insbesondere Akademiker begreifen es als einen nicht zuletzt moralisch gebotenen Akt, ihren politischen Willen in der Wahlkabine zum Ausdruck zu bringen. Auch gegenüber den unkonventionellen Formen der politischen Beteiligung zeigen sich die gebildeten und wohlhabenden Bevölkerungsschichten wesentlich aufgeschlossener als dies bei den Angehörigen der unteren Schichten der Fall ist.

Die zwei Versprechen der Demokratie

Aber warum ist aus demokratietheoretischer Perspektive dieser Rückzug der Unterschichten aus den Kanälen der politischen Beteiligung so problematisch? Einen ersten Hinweis liefert der Volksentscheid in Hamburg

zur Schulreform der schwarz-grünen Koalition. Ziel dieser Reform ist es gewesen, Kinder aus sogenannten bildungsfernen Schichten stärker zu fördern, unter anderem durch die Einführung einer sechsjährigen Primarschule, welche die vierjährige Grundschule ersetzen sollte. Gegen dieses Vorhaben haben Bürgerinnen und Bürger am 18. Juli 2010 mehrheitlich im Rahmen eines Volksentscheides gestimmt. Der Hamburger „Schulstreit“ hat von 1,3 Millionen Stimmberechtigten immerhin knapp 500 000 Bürgerinnen und Bürger an die Urne getrieben, womit das nötige Quorum überschritten war. Doch war diese Beteiligung ungleich verteilt; mobilisiert wurden vornehmlich die Bewohner der wohlhabenderen Stadtviertel, die der „Problemviertel“ blieben demgegenüber größtenteils der Urne fern.

Das Beispiel des Hamburger Schulstreites führt uns zurück zur Argumentation von Crouch. Denn der Bedeutungsverlust demokratischer Willensbildungsprozesse stellt nur die eine Seite der Postdemokratie dar. Deren andere Seite erblickt er im Niedergang egalitärer Kräfte. Namentlich bezieht er sich auf den Wandel sozialdemokratischer Parteien und deren Hinwendung zu einer „neuen Mitte“. Die Opfer dieser Entwicklung sind laut Crouch traditionelle Arbeitermilieus und jene größer werdende Gruppe der „Ausgeschlossenen“ (Heinz Bude). Postdemokratisch sind die gegenwärtigen Verhältnisse also nicht allein aufgrund des Gestaltwandels der Demokratie, sondern auch deshalb, weil moderne Gesellschaften das demokratische Versprechen der sozialen Inklusion zunehmend verletzen.

Mit dieser Diagnose verweist Crouch auf den engen Zusammenhang von zwei Erwartungen, die wir mit der Idee der Demokratie verbinden. Es handelt sich um zwei Versprechen der Demokratie, die sich zwar analytisch unterscheiden lassen, in der politischen Realität aber miteinander verschränkt sind, nämlich das prozedurale Versprechen der gleichen Teilhabe am politischen Prozess und das substanzielle Versprechen einer Angleichung der sozialen Lebensverhältnisse. Das Versprechen der demokratischen Gleichheit bezieht sich also nicht nur auf die politischen Beteiligungsrechte, sondern auch auf das Ziel einer größeren sozialen Egalität. Der Zusammenhang dieser beiden Versprechen ist ins-

¹¹ Vgl. Dieter Rucht/Mundo Yang, Wer demonstrierte gegen Hartz IV?, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, 17 (2004) 4, S. 21–27.

besondere von der europäischen Arbeiterbewegung etabliert worden. Deren Absage an revolutionäre Gewalt resultierte wesentlich aus der Erwartung, auf demokratisch-parlamentarischem Wege eine größere soziale Gleichheit zu verwirklichen.¹²

Wenn also in den neuen Formen der Bürgerbeteiligung sich überwiegend die Angehörigen der gut ausgebildeten Mittelschichten engagieren, dann droht der Zusammenhang von politischer und sozialer Gleichheit aufgelöst zu werden. Insofern nämlich die Interessen und Bedürfnisse der sogenannten bildungsfernen Schichten in den politischen Prozess nur noch unzureichend eingespeist werden, es auf deren Stimme kaum noch ankommt, erfolgt eine Verengung der politischen Willensbildung. Das Paradoxe an der gegenwärtigen Situation besteht darin, dass zwar auf der einen Seite durchaus eine lebendige demokratische Praxis zu beobachten ist, die nicht zuletzt in unkonventionellen Formen der Beteiligung zum Vorschein kommt. Auf der anderen Seite jedoch besitzt die soziale Basis dieser neuen Demokratie tendenziell oligarchische Züge, mit der Konsequenz eines Nachlassens egalitärer Politikinhalt.¹³

Es besteht also die Gefahr, dass sich durch die Einführung neuer argumentativer Verfahren, aber auch durch die Zunahme direktdemokratischer Mechanismen, der Trend zur Postdemokratie verstärkt. Zumindest dann, wenn mit der Rede von der Postdemokratie die Auflösung des Zusammenhanges beider zentraler Versprechen der Demokratie verbunden wird. Denn eine intensivere Partizipation der gut ausgebildeten Mittelschichten bei gleichzeitigem Rückzug der Modernisierungsverlierer von den Kanälen der politischen Willensbildung droht soziale Spaltungsprozesse zu beschleunigen.

Insofern ist vor allzu viel Optimismus mit Blick auf die gegenwärtigen Veränderungen demokratischer Beteiligungsformen zu warnen. Sie können gerade nicht zu einer höheren Demokratiezufriedenheit in der Gesamtbevöl-

¹² Vgl. Dirk Jörke, Die Versprechen der Demokratie und die Grenzen der Deliberation, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft (i. E.).

¹³ Vgl. Armin Schäfer, Die Folgen sozialer Ungleichheit für die Demokratie in Westeuropa, in: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft, 4 (2010) 1, S. 131–156.

kerung beitragen, sondern laufen Gefahr, die breit dokumentierten Phänomene wie Politik- und zunehmend auch Demokratieverdross auf Seiten der „neuen Unterschichten“ zu intensivieren. Kurzum: Die Forderung nach mehr direkter demokratischer Beteiligung stellt keinen Ausweg aus der Postdemokratie dar.

Demokratie als Protest gegen postdemokratische Verhältnisse

Die Rede von der „Postdemokratie“ ist ein Stachel in der politischen Kultur westlicher Gesellschaften. Der Begriff verweist darauf, dass die Erzählung von der Souveränität des Volkes nicht oder zumindest immer weniger mit der Realität eines politischen Systems übereinstimmt, welches sich vom „nationalstaatlichen Container“ (Ulrich Beck) zunehmend löst. Gleichwohl ist die Rede von postdemokratischen Verhältnissen auch Ausdruck einer neuen Unübersichtlichkeit. Postdemokratische Systeme zeichnen sich durch ein komplexes und widersprüchliches Nebeneinander von demokratischen und expertokratischen, von staatlichen und privaten, von nationalen und globalen Formen des Regierens aus. Damit ist diesen politischen Regimes eine grundlegende Ambivalenz eingeschrieben: Demokratische Beteiligungsformen werden einerseits eingefordert und in Wahlkämpfen, Volksentscheiden, Bürgerforen und nicht zuletzt Demonstrationen regelmäßig inszeniert, andererseits werden demokratische Hoffnungen frustriert, insofern der Umfang des demokratisch zu Entscheidenden schrumpft.

Zudem fällt es schwer, sich von den Versprechen der Demokratie zu lösen. Ein Umstand, der nicht zuletzt die Kritik am Begriff der Postdemokratie motiviert.¹⁴ Gerade weil demokratische Ideale in den politischen Praktiken von den Parlamentsdebatten bis hin zu Selbstverwaltungsgremien, aber auch in akademischen Diskursen immer wieder beschworen werden, sind wir ihnen so sehr verhaftet. Um dem Rechnung zu tragen, möchte ich vor-

¹⁴ Zur Kritik an der Rede von der Postdemokratie vgl. unter anderem Emanuel Richter, Das Analyse-muster der „Postdemokratie“. Konzeptionelle Probleme und strategische Funktionen, in: Forschungs-journal Neue Soziale Bewegungen, 19 (2006) 4, S. 23–37; Eike Hennig, Totgesagte leben lange. Zum Aussagewert postdemokratischer Theorien, in: Vorgänge, 49 (2010) 2, S. 26–34.

schlagen, zwar auf der einen Seite die Diagnose der Postdemokratie als Beschreibung der politischen Realität westlicher Gesellschaften zu akzeptieren. Auf der anderen Seite lässt sich der normative Gehalt des Demokratiebegriffes dadurch bewahren, dass nicht länger politische Systeme, sondern bestimmte politische Handlungsweisen als „demokratisch“ charakterisiert werden, und zwar jene, die sich gegen die Verletzungen der beiden Versprechen der Demokratie, also gegen die Etablierung postdemokratischer Verhältnisse richten.

Ein derartiger Protest kann auf vielfältige Weise erfolgen und er muss nicht immer den etablierten Kanälen liberal-demokratischer Regime entsprechen, darf, um als demokratisch zu gelten, aber die Grenzen eines zivilen Ungehorsams nicht überschreiten. Aus demokratietheoretischer Perspektive kommt es insbesondere darauf an, Formen der Mobilisierung zu entwickeln, die all jene wieder in den politischen Prozess einbeziehen, die sich in den vergangenen Jahren in Politik- und Demokratieverdruss geflüchtet haben. Dazu kann auch eine stärkere Emotionalisierung der politischen Auseinandersetzung beitragen, wie sie etwa Chantal Mouffe vorschlägt.¹⁵

Am Ende seines Buches erinnert Crouch an die Geschichte der Arbeiterbewegung, die wesentlich zur Einführung des allgemeinen Männerwahlrechts, aber auch sozialstaatlicher Errungenschaften beigetragen hat. Und dabei bediente sie sich Formen, die zunächst nicht den legitimierten Prozeduren der politischen Auseinandersetzung entsprachen. „Der soziale Kompromiß, der in der Mitte des 20. Jahrhunderts geschlossen wurde, sowie das damit verbundene wahrhaft demokratische Interregnum gelten zwar aus heutiger Sicht als Inbegriff des sozialen Friedens, doch sie wurden in einem Feuer geschmiedet, das auch von Unruhen genährt wurde.“¹⁶ Es war ein ebenso langwieriger wie wechselhafter politischer Kampf, der erst jene demokratischen Strukturen und Institutionen hervorbrachte, die heutzutage immer mehr an Bedeutung verlieren.

¹⁵ Vgl. den Beitrag von Chantal Mouffe in dieser Ausgabe. Vgl. auch dies., *Über das Politische*, Bonn 2010 (Schriftenreihe der bpb, Bd. 1039).

¹⁶ C. Crouch (Anm. 2), S. 156f.

Petra Böhnke

Ungleiche Verteilung politischer und zivilgesellschaftlicher Partizipation

Zivilgesellschaftliche und politische Partizipationschancen gehören zum normativen Grundgerüst demokratischer Gesellschaften. Eine breite und möglichst über alle gesellschaftlichen Schichten hinweg gleich verteilte Unterstützung des Gemeinwesens gilt als Qualitätsmerkmal einer Demokratie, eine lebendige Beteiligung am politischen Willensbildungsprozess als Ausdruck ihrer anerkannten Legitimität – mit anderen Worten: „Wer Demokratie sagt, meint Partizipation.“¹

Petra Böhnke

Dr. phil., geb. 1969; Soziologin, Leiterin der Schumpeter-Nachwuchsgruppe „Soziales Kapital im Lebensverlauf“ am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Reichpietschufer 50, 10785 Berlin. boehnke@wzb.eu

Politische Teilhabe beschränkt sich nicht auf den Wahlgang oder die Parteimitgliedschaft. Sie hat viele Gesichter – von der Unterschriftenaktion bis zur Demonstration, von punktuellen themenspezifischen Aktivitäten bis zur langjährigen Gewerkschaftsarbeit. Auch freiwilliges Engagement in Vereinen, Verbänden oder bei kirchlichen und sozialen Trägern gehört dazu und zählt zu den immer wichtiger werdenden Stützpfeilern eines demokratischen Gemeinwesens.

Damit verbindet sich die Vorstellung, dass eine am Allgemeinwohl ausgerichtete Bürgerarbeit soziale Integration und gesamtgesellschaftliche Stabilität fördere und stärke. Im Kleinen, so die Putnam'sche These in Anlehnung an Alexis de Tocqueville, würden hier demokratische Verhaltensweisen geübt und erlernt, Kooperation, Kompromissbereitschaft, gegenseitiges Vertrauen und Gemeinwohlorientierung quasi unbewusst verinnerlicht.²

Die ernüchternde Nachricht: Bis auf die Stimmabgabe bei Wahlen und die Beteiligung

an Unterschriftenaktionen ist politische Partizipation nicht weit verbreitet, im Gegenteil, nur sehr geringe Teile der Bevölkerung sind politisch aktiv. Zwar hat sich die Vielfalt der Beteiligungsformen erweitert, nicht – oder nicht wesentlich – aber ihr Nutzerkreis. Und trotz aller Bemühungen, freiwilliges Engagement zu fördern und mit einem positiven Image zu versehen, geht der regelmäßige und langfristige Einsatz für allgemeine Belange zugunsten kurzer Engagement-Perioden zurück.³

Drohender Verfall der gelebten Demokratie?

Der öffentliche Diskurs konzentriert sich deshalb auf Anzeichen eines drohenden Verfalls der gelebten Demokratie: Das Vereinswesen verliert an Attraktivität. Großorganisationen, ob Kirchen, Parteien oder Gewerkschaften, gehen die Milieubindungen und damit die Klientel verloren. Obwohl die Wahlbeteiligung als Akt politischer Partizipation weit verbreitet ist, geht sie kontinuierlich zurück. Insgesamt kann zwar die Demokratie als Idee, aber nicht als praktizierte Staatsform mehrheitliche Zustimmung und Zufriedenheit auf sich vereinen. Insbesondere wird ein Ansehensverlust der politisch Verantwortlichen beklagt sowie eine deutlichere Bürgerbezogenheit bei politischen Entscheidungen eingefordert. Daraus können, das lehrt die Auseinandersetzung um das Bauvorhaben des Stuttgarter Bahnhofs, durchaus wiederum Protestbewegungen erwachsen, die eine basisbezogeneren Vorstellung von Demokratie verwirklicht sehen wollen.

³ Jan W. van Deth, Politische Partizipation, in: Viktoria Kaina/Andrea Römmele (Hrsg.), Politische Soziologie, Wiesbaden 2009, S. 141.

⁴ Vgl. Robert D. Putnam, Bowling Alone. America's Declining Social Capital, in: Journal of Democracy, 6 (1995), S. 65–78. Allerdings gibt es auch Hinweise auf negative Begleiterscheinungen von Vereinsbindungen wie etwa Konformitätsdruck, soziale Schließung, Autonomieverlust. Vgl. Alejandro Portes, Social Capital. Its Origin and Application in Modern Sociology, in: Annual Review of Sociology, 24 (1998) 1, S. 1–24.

⁵ Vgl. Mareike Alscher/Dietmar Dathe/Eckhard Priller/Rudolph Speth, Bericht zur Lage und zu den Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend/Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin 2009.

Aber: Politische Beteiligung ist ungleich verteilt. Seit Jahrzehnten reproduzieren sich die Befunde stetig. Politische und zivilgesellschaftliche Partizipation hängt von individuellen sozio-ökonomischen Ressourcen ab: Bildungs- und einkommensstarke Bevölkerungsschichten beteiligen sich am häufigsten.⁴ Hier, und nicht bei sozial Benachteiligten, denen die Verbesserung ihrer Lage ein besonderes Anliegen sein müsste, findet Interessenvertretung statt. Diese Schiefelage verschärft sich durch den Anstieg unkonventioneller Beteiligungsformen, da diese eine höhere Hemmschwelle mit sich bringen und von sozial Schwachen noch seltener als konventionelle (wie zum Beispiel zur Wahl gehen) genutzt werden.⁵ Bestehende Ungleichheiten werden auch durch sinkende Wahlbeteiligung verstärkt, weil es in erster Linie sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen sind, die der Wahlurne fern bleiben.⁶

Gleichheits- und Gerechtigkeitsinteressen sind also im doppelten Sinne verletzt, wenn wenige Ressourcen mit wenig politischer Macht einhergehen. Die erfolgreichen Proteste gegen die Hamburger Schulreform sind ein aktuelles und eingängiges Beispiel dafür: Die Beteiligung am Bürgerentscheid war bei bildungsfernen Familien, die von der Reform profitiert hätten, unterdurchschnittlich, und die Kampagne selber wurde vom ressourcenstarken Bildungsbürgertum initiiert und getragen.⁷

⁴ Vgl. Seymour Martin Lipset, Political Man. The Social Basis of Politics, London 1960; Oscar W. Gabriel, Politische Partizipation, in: Jan W. van Deth (Hrsg.), Deutschland in Europa. Ergebnisse des European Social Survey 2002–2003, Wiesbaden 2004, S. 317–338; Henry E. Brady/Sidney Verba/Kay Lehman Schlozman, Beyond SES: A resource model of political participation, in: American Political Science Review, 89 (1995) 2, S. 271–294.

⁵ Vgl. Armin Schäfer, Die Folgen sozialer Ungleichheit für die Demokratie in Westeuropa, in: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft, 4 (2010), S. 131–156.

⁶ Vgl. Ulrich Kohler, Die soziale Ungleichheit der Wahlabstinenz in Europa, in: Jens Alber/Wolfgang Merkel (Hrsg.), Europas Osterweiterung: Das Ende der Vertiefung?, Berlin 2006, S. 159–182.

⁷ Vgl. Andrea Römmele/Henrik Schober, Warum die Primarschule in Hamburg gescheitert ist, in: Zeit online vom 19. Juli 2010, online: http://blog.zeit.de/politik-nach-zahlen/2010/07/19/warum-die-primarschule-in-hamburg-gescheitert-ist_2459 (6.1.2010).

Soziale Ungleichheit und Polarisierung von Lebenslagen

Diese Entwicklungen sind erklärungsbedürftig. Wenn demokratische Prozesse und Wahlentscheidungen verstärkt durch Lobbyismus und eine zunehmende Machtkonzentration bei kapitalkräftigen Meinungsmachern unterhöhlt werden,⁸ macht das eine zunehmende Politikverdrossenheit bei der breiten Masse der Bevölkerung mehr als verständlich. Einflussmöglichkeiten werden als gering eingeschätzt, wenn sich Macht und Meinungsherrschaft bei einigen wenigen konzentrieren. Bei sich ausdehnender sozialer Ungleichheit und einer verstärkten Polarisierung von Lebenslagen müsste sich das politische Engagement der Gesamtbevölkerung somit verringern. Der Teufelskreis ist dann schwer zu durchbrechen: Wenn benachteiligte Bevölkerungsgruppen seltener partizipieren und zur Wahl gehen, ist der Anreiz für Politiker gering, ihre Interessen zu vertreten. Umgekehrt ist der Anreiz zu wählen für Menschen gering, die ihre Interessen nicht vertreten sehen.⁹

Soziale Ungleichheit scheint in mehrfacher Hinsicht der Schlüssel für ein Verständnis des Problems zu sein: Neuere Beteiligungsformen setzen ein hohes Kompetenzniveau in Bezug auf Verhandlungsgeschick, strategisches Denken, Redegewandtheit, Selbstvertrauen voraus. Bildung bestimmt nicht umsonst dominant die politische und zivilgesellschaftliche Teilhabe.¹⁰ Aber die Determinanten gehen über die individuelle Ressourcenausstattung hinaus. Nicht nur der persönliche Lebensstandard ist entscheidend, sondern auch die Lebens- und Verwirklichungschancen, die eine Gesellschaft als Ganzes zur Verfü-

gung stellt – soziale Ungleichheit ist auch als Kontextfaktor relevant. Stark polarisierte Lebenslagen und ein weit verbreitetes Ungerechtigkeitsempfinden in einer Gesellschaft reduzieren das Vertrauen der Menschen untereinander, was zu einer geringeren Bereitschaft führt, sich für die Allgemeinheit zu engagieren.¹¹

Vergleichsweise egalitäre und sichere Nationen weisen höhere Beteiligungsraten auf: Wo Einkommensungleichheit als moderat empfunden wird und das soziale Sicherheitsnetz mehrheitlich zugänglich und großzügig ist, sind Demokratiezufriedenheit, Vertrauen in die Institutionen und Partizipationsraten höher. Auch im Hinblick auf die Wahlbeteiligung konnte im Ländervergleich festgestellt werden, dass universelle sozialstaatliche Programme zur politischen Integration der Wahlbevölkerung beitragen und schichtspezifische Ungleichheiten in Grenzen halten.¹² Dieser Zusammenhang besteht ungeachtet der materiellen Versorgung und sozialen Integration des Einzelnen.¹³

Aus Sicht der Konflikttheorie sind diese Zusammenhänge allerdings nicht zwingend: Sollte man nicht eher annehmen, dass eine Polarisierung der Lebenslagen Auseinandersetzungen um Verteilungsfragen und sozialpolitische Reformen anheizt und infolge dessen sowohl das Interesse an Politik als auch die politischen Beteiligungsquoten steigen müssten?¹⁴ Empirische Forschung bestätigt aber in erster Linie die ressourcentheoretischen Überlegungen: Politische Beteiligung steigt mit der Verfügbarkeit über

⁸ Vgl. Colin Crouch, *Post-Democracy*, Cambridge-Malden 2004.

⁹ Vgl. Frances Fox Piven/Richard A. Cloward, *Why Americans Don't Vote*, New York 1988; Robert Goodin/John Dryzek, *Rational participation: The politics of relative power*, in: *British Journal of Political Science*, 10 (1980), S. 273–292.

¹⁰ Vgl. Kay Lehman Schlozman/Benjamin I. Page/Sidney Verba/Morris P. Fiorina, *Inequalities of political voice*, in: Lawrence R. Jacobs/Theda Skocpol (eds.), *Inequality and American democracy. What we know and what we need to learn*, New York 2005, S. 19–87.

¹¹ Vgl. Eric M. Uslaner/Mitchell Brown, *Inequality, trust, and civic engagement*, in: *American Politics Research*, 33 (2005) 6, S. 868–894.

¹² Vgl. Jens Alber/Ulrich Kohler, *Die Ungleichheit der Wahlbeteiligung in Europa und den USA und die politische Integrationskraft des Sozialstaats*, in: *Leviathan*, 35 (2007) 4, S. 510–539.

¹³ Vgl. Frederick Solt, *Economic Inequality and Democratic Political Engagement*, in: *American Journal of Political Science*, 51 (2008) 1, S. 48–60.

¹⁴ Vgl. J. Eric Oliver, *Democracy in Suburbia*, Princeton/New Jersey 2001; Allan H. Meltzer/Scott F. Richard, *A Rational Theory of the Size of Government*, in: *Journal of Political Economy*, 89 (1981) 5, S. 914–924; Henry E. Brady, *An Analytical Perspective on Participatory Inequality and Income Inequality*, in: Kathryn M. Neckerman (ed.), *Social Inequality*, New York 2004, S. 667–702.

Bildung, Einkommen und Kompetenzen. Nicht Protest und Engagement, sondern Resignation und Apathie gehen mit prekären Lebenslagen einher, wenn diese dem individualisierten Zeitgeist entsprechend als Schicksalsschläge persönlich verantwortet werden und immer weniger einer gesellschaftlichen und politischen Gestaltung zugänglich erscheinen.¹⁵

Partizipation nach Einkommen und Erwerbsstatus

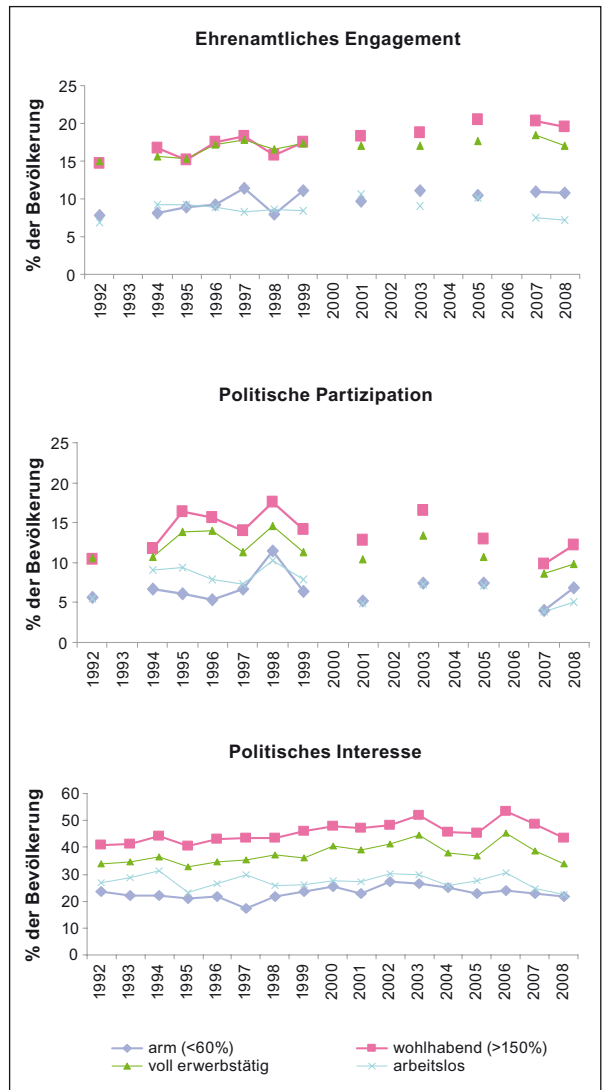
Einige dieser Zusammenhänge werden im Folgenden exemplarisch mit Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) aufgezeigt. Diese Umfrage hat den Vorteil, dass sie detaillierte Informationen zu Erwerbs- und Einkommensverläufen bereit stellt, und dieselben Personen in regelmäßigen Abständen die gleichen Fragen beantworten. Somit lassen sich Entwicklungen über die Zeit und im individuellen Lebensverlauf darstellen. Es gehen aber auch Beschränkungen damit einher, denn Fragen nach politischer und zivilgesellschaftlicher Partizipation werden im SOEP weniger detailliert und nicht jedes Jahr erhoben.

Ich möchte mich auf drei Indikatoren konzentrieren, die unterschiedliche Aspekte von Partizipation abdecken: politisches Interesse (*Wie stark interessieren Sie sich für Politik?*), freiwilliges Engagement (*ehrenamtliche Tätigkeiten in Vereinen, Verbänden oder sozialen Diensten*) und politische Partizipation (*Beteiligung in Bürgerinitiativen, in Parteien, in der Kommunalpolitik*). Es wird dargestellt, wie unterschiedlich stark diese Formen gesellschaftlicher Teilhabe in benachteiligten und privilegierten Bevölkerungsschichten vertreten sind und wie sich die Beteiligungsquoten seit dem Jahr 1992 entwickelt haben. Es werden jeweils zwei Gruppen gegenüber gestellt: arme und wohlhabende Menschen sowie Vollzeit-Erwerbstätige und Arbeitslose.

Abbildung 1 veranschaulicht die Entwicklung von 1992 bis 2008 in Gesamtdeutschland. Man erkennt eines deutlich: Arme und Arbeitslose haben vergleichsweise niedrige

¹⁵ Vgl. Petra Böhnke, Risiken sozialer Ausgrenzung, Opladen 2006, S. 151 ff.

Abbildung 1: Partizipationsquoten nach Bevölkerungsgruppen



Quelle: Eigene Berechnungen mit SOEP-Daten von 1992 bis 2008. Ehrenamtliches Engagement (wöchentlich/monatlich); politische Partizipation (wöchentlich/monatlich/seltener); politisches Interesse (stark/sehr stark); arm bedeutet weniger als 60 Prozent, wohlhabend bedeutet mehr als 150 Prozent des durchschnittlichen (Median) monatlichen Nettoäquivalenzeinkommens des jeweiligen Jahres.

Partizipationsraten, die weit unter den Quoten der wohlhabenden oder vollerwerbstätigen Personen liegen. Das gilt sowohl für ehrenamtliches Engagement und Aktivitäten in Parteien oder Bürgerinitiativen als auch für das politische Interesse im Allgemeinen. Die Aktivitätsraten der privilegierten Bevölkerungsgruppen sind im Schnitt nahezu dop-

pelt so hoch wie die von armen oder arbeitslosen Personen.

Zur Entwicklung im Zeitverlauf lässt sich zusammenfassend feststellen: Das politische Interesse ist bei allen betrachteten Gruppen in den 1990er Jahren angestiegen. Ab 2000 ist jedoch ein stagnierender und mitunter sinkender Trend sichtbar. Die Quoten für ehrenamtliches Engagement steigen ab Ende der 1990er Jahre an, etwas deutlicher bei der einkommensstarken Bevölkerungsgruppe. Im letzten kurzen Beobachtungsfenster sieht man eine rückläufige Bewegung beziehungsweise Stillstand. Der Trend für die Aktivität in Parteien, Bürgerinitiativen oder der Kommunalpolitik kann trotz einiger Schwankungen als Rückzug gedeutet werden. Allerdings ist hier in jüngster Zeit wiederum ein Anstieg zu verzeichnen, der von allen betrachteten Gruppen mit vollzogen wird. Die neueren Entwicklungen sind hier noch nicht abgebildet, so dass sich nicht sagen lässt, ob dies der Beginn eines neuen Mitwirkungsverständnisses ist.

Auch diese Befunde bestätigen den Zusammenhang zwischen einerseits geringen ökonomischen Ressourcen oder Arbeitslosigkeit als Merkmale sozialer Ungleichheit und niedriger Teilhabe am politischen und gesellschaftlichen Leben andererseits. In einem nächsten Schritt fragen wir nach der Entwicklung von politischer und zivilgesellschaftlicher Partizipation im individuellen Lebensverlauf. Wir wissen, dass politische Beteiligung und politisches Interesse mit dem Alter variiert. Es steigt mit dem Alter an, und geht im hohen Alter wieder zurück. Man weiß auch, dass Engagement von Gelegenheiten abhängig ist. So liegt es beispielsweise nahe, dass Eltern im sozialen Bereich der Betreuung und Pflege oder etwa auch ehrenamtlich bei der Gestaltung von Freizeitaktivitäten, beispielsweise im Sportverein, aktiver unterstützen. Wiederrum andere Engagementformen sind eng an Erwerbstätigkeit gebunden und treten deshalb entsprechend lebensphasen- und altersspezifisch auf.

Partizipation nach kritischen Lebensereignissen

Wenige Erkenntnisse gibt es bislang darüber, ob bestimmte Ereignisse im Verlaufe ei-

nes Lebens ausschlaggebend dafür sind, dass Engagement und politische Aktivität aufgegeben werden. Wenn Armut und Arbeitslosigkeit in enger Verbindung mit niedrigen Partizipationsraten stehen, muss man die Frage stellen, ob der Einkommens- oder Jobverlust unmittelbar mit dem Rückzug von Engagement und politischer Partizipation verbunden ist. Anomietheoretische Überlegungen, die von Entfremdung, Resignation und Ungerechtigkeitsempfinden in Folge sozialer Abstiege ausgehen, legen diesen Schluss nahe.¹⁶

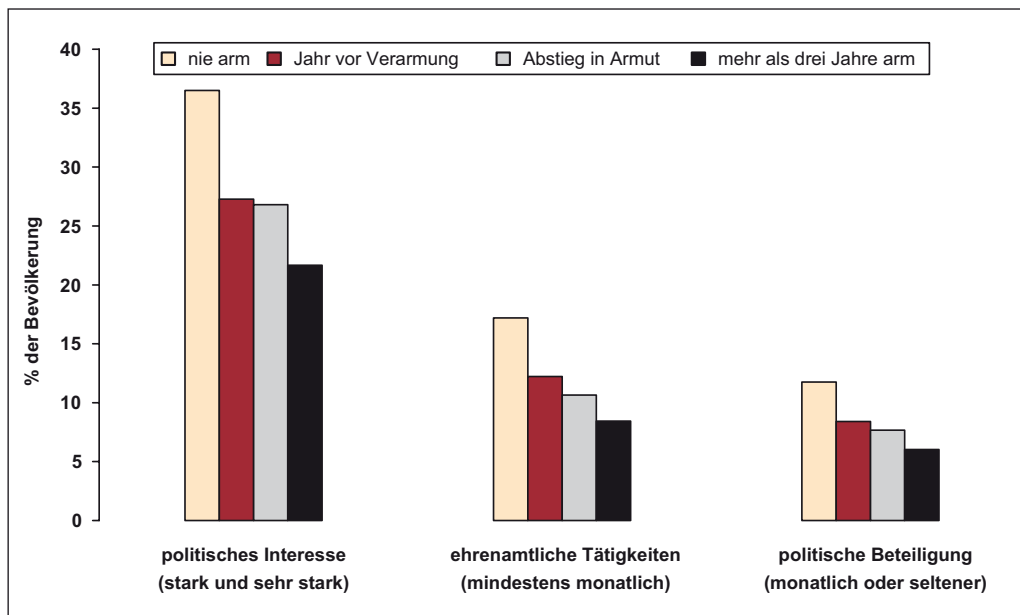
Die meisten Studien, die einen Zusammenhang zwischen diesen Lebensrisiken und Partizipationsquoten feststellen, beruhen aber auf Querschnittserhebungen – einmalig durchgeführte Umfragen, die eine Momentaufnahme, aber keine Entwicklungen aufzeigen können. Damit kann man letztlich nicht feststellen, was zuerst da war – niedrige Partizipation oder eine prekäre Lebenslage. Um einer Lösung dieser Kausalitätsproblematik näher zu kommen, brauchen wir Informationen über Teilhabeverhalten vor und nach kritischen Lebensereignissen. Für Arbeitslosigkeit liegen hier einige wenige Ergebnisse vor, die andeuten, dass das Ehrenamt in Deutschland mit dem Eintritt in die Arbeitslosigkeit überdurchschnittlich oft aufgegeben wird.¹⁷

Es erscheint plausibel, dass altruistische Motive in den Hintergrund treten, wenn plötzlich die eigene Existenzsicherung auf dem Spiel steht. Dies würde die Aufgabe ehrenamtlichen Engagements in einer prekären Lebenssituation verständlich machen. Auch Scham und Stigmatisierung können für einen Rückzug ausschlaggebend sein, wenn sowohl der Lebensstandard als auch die Lebenserfahrung von Freunden und Bekannten

¹⁶ Vgl. Emile Durkheim, *Der Selbstmord*, Neuwied-Berlin 1973 [1897]; Robert K. Merton, *Social Theory and Social Structure. Methods and Research*, Free Press 1968 [1938], S. 174–199.

¹⁷ Vgl. Marcel Erlinghagen, *Arbeitslosigkeit und ehrenamtliche Tätigkeit im Zeitverlauf. Eine Längsschnittanalyse der westdeutschen Stichprobe des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) für die Jahre 1992 und 1996*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 52 (2000), S. 291–310; Susanne Strauß, *Volunteering and Social Inclusion. Interrelations between Unemployment and Civic Engagement in Germany and Great Britain*, Wiesbaden 2007.

Abbildung 2: Partizipation nach Armutserfahrungen



Quelle: Eigene gewichtete Berechnungen (SOEP) mit einer Stichprobe über mindestens acht aufeinander folgende Wellen zwischen 1984 und 2007.

nicht mehr selbstverständlich geteilt werden können.

Es gibt aber auch in Ergänzung zu den oben bereits beschriebenen Überlegungen Argumente, die für die Beibehaltung oder sogar Hinwendung zu politischem und ehrenamtlichen Engagement sprechen. Lebensrisiken wie Armut und Arbeitslosigkeit können in ihren Auswirkungen variieren, je nach Lebensphase (Alter, Familienstand, Gesundheitszustand) und gesellschaftlichem Kontext (soziales Sicherungsnetz, Werthaltungen, Ideologie), in denen sie auftreten.

Für einen jungen Menschen in Ausbildung beispielsweise ist ein niedriger Lebensstandard akzeptabler, weil er als Übergangsphase gedeutet wird. Zudem entscheidet die individuelle Ressourcenausstattung sowie die Einbettung in unterstützende Netzwerke mit darüber, wie sich der Umgang mit schwierigen Lebensereignissen gestaltet: Ein hoher Bildungsabschluss beispielsweise macht es sehr wahrscheinlich, dass die Phase der Arbeitslosigkeit kurz bleibt. Und wenn Freunde und Bekannte stark engagiert sind, sich möglicherweise sogar ein großer Teil des sozialen Netzwerks über Teilhabeaktivitäten gebildet hat, ist das Beibehalten des Engagements sehr

wahrscheinlich, weil es zur Identitätsstabilisierung beiträgt.

Des Weiteren gibt es bislang wenige Erkenntnisse dazu, ob Partizipation und Solidarität Verhaltensweisen sind, die tatsächlich stark auf Situationsveränderungen reagieren und somit in erster Linie von sozialstrukturellen Rahmenbedingungen abhängig sind, oder ob sie nicht vielleicht eher auf stabilen Persönlichkeitsmerkmalen und individuellen psychischen Dispositionen beruhen.¹⁸

Abbildung 2 zeigt, wie stark die Partizipationsformen in unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen vertreten sind. Es wird unterschieden zwischen Personen, die im Beobachtungszeitraum nie arm waren, und Personen, die in diesem Zeitraum mindestens einmal arm wurden: Im Jahr vor der Verarmung und im Jahr, in dem der Abstieg in Armut erfolgt. Zusätzlich ausgewiesen sind

¹⁸ Vgl. Siegfried Schumann (Hrsg.) unter Mitarbeit von Harald Schön, *Persönlichkeit. Eine vergessene Größe der empirischen Sozialforschung*, Wiesbaden 2005; Beatrice Rammstedt, *Welche Vorhersagekraft hat die individuelle Persönlichkeit für inhaltliche sozialwissenschaftliche Variablen?*, Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) Arbeitsbericht, (2007) 1.

die Partizipationsquoten der Langzeitarmer (mehr als drei aufeinanderfolgende Jahre in Armut).

Man sieht auf den ersten Blick, dass Partizipationschancen mit zunehmender Armutsnähe und -dauer geringer werden. Menschen, die keinem Armutsrisiko ausgesetzt sind, sind politisch und ehrenamtlich aktiver. Vor allem Personen, deren Armutslage sich verfestigt hat, machen von ihren Teilhaberechten kaum mehr Gebrauch. Die größten Unterschiede zeigen sich zwischen Personen, die keinerlei Armutserfahrungen machen und solchen, die einem Armutsrisiko ausgesetzt sind (sich kurz vor dem Abstieg befinden oder bereits verarmt sind).

Aber: Mit dem Abstieg in Armut scheinen nur geringe Veränderungen der politischen und zivilgesellschaftlichen Teilhabe einher zu gehen. „Noch-Nicht-Arme“ unterscheiden sich im Hinblick auf ihre Partizipationsquoten nur geringfügig von den neu Verarmten. Und auch komplexere statistische Berechnungen, die dem Prozesscharakter der Daten gerecht werden und andere eintretende Ereignisse und Eigenschaften der Personen berücksichtigen, bestätigen nur einen mäßigen negativen Effekt der Verarmung auf Partizipation: Mit dem Unterschreiten der Armutsgrenze sinkt das Partizipationsverhalten nur geringfügig.

Zwei Erklärungen sind dafür plausibel. Zum einen muss eine (erst) kurze Armutsperiode nicht das Aufzehren aller materiellen Ressourcen bedeuten und sofort jeglichen Optimismus, sich aus dieser Lebenslage wieder zu befreien, untergraben. Kurze Armutsperioden sind darüber hinaus bei Personen häufiger, deren Qualifikationsniveau höher ist und entsprechend sind es auch die Chancen, aus einer Armutslage wieder heraus zu gelangen. Auswirkungen auf das Freizeit- und Teilhabeverhalten treten erst verzögert ein und sind an längere Armutsperioden geknüpft.

Zum anderen handelt es sich um einen Selektionseffekt. Arme rekrutieren sich mehrheitlich aus armutsnahen Schichten. Ein Großteil der Verarmenden kommt aus Einkommenslagen, die nur unwesentlich über der Armutsgrenze liegen, das heißt die Lebensqualität der Betroffenen einschließlich

ihrer Partizipationschancen sinken nicht auf ein wesentlich niedrigeres Niveau, weil sie sich auch schon vor dem Abstieg dort befunden haben.

Die entsprechenden Berechnungen für Arbeitslosigkeit sind hier nicht gesondert ausgewiesen, weil sie das eben beschriebene Muster reproduzieren. Negative Auswirkungen auf das Teilhabeverhalten, die mit dem Jobverlust einhergehen, sind gering. Zwar sind Arbeitslose nur in geringfügigem Maße am politischen und zivilgesellschaftlichen Leben beteiligt. Aber auch vor dem Jobverlust ist ihre Partizipationsquote nicht wesentlich höher, denn Arbeitslose kommen nicht aus allen Bevölkerungsschichten gleichermaßen, sondern weisen bestimmte Merkmale auf. Ausschlaggebend ist hier insbesondere mehrheitlich ein geringeres Bildungs- und Qualifikationsniveau, das sowohl eine erhöhte Wahrscheinlichkeit bedeutet, den Job zu verlieren, als auch eine größere Hürde für die Aufnahme von politischem und zivilgesellschaftlichem Engagement darstellt.

Politisches Interesse und Persönlichkeitsmerkmale

Am Beispiel des politischen Interesses soll einer weiteren Frage nachgegangen werden. Es hat sich gezeigt, dass das politische Interesse zwar schichtspezifisch verteilt ist, aber kaum direkt auf eintretende Armutserfahrungen reagiert. Dabei muss sicherlich in Rechnung gestellt werden, dass es sich bei politischem Interesse weniger um eine messbare Aktivität als um ein Einstellungsmerkmal handelt. Abschließend soll im Mittelpunkt stehen, welche Relevanz Persönlichkeitsmerkmale für die Ausprägung von politischem Interesse haben und in welchem Verhältnis sie dabei zu sozio-ökonomischen Merkmalen stehen. Eine Auswertung der SOEP-Daten aus dem Jahr 2005 erlaubt es, neben soziodemografischen (Alter, Geschlecht, Bildung, Familienstand) und ökonomischen Faktoren (Einkommen, Erwerbsstatus) auch persönlichkeitsbezogene Merkmale in die Analyse zu integrieren.¹⁹ Hierbei handelt es sich

¹⁹ Vgl. Petra Böhnke, Abwärtsmobilität und ihre Folgen: Die Entwicklung von Wohlbefinden und Partizipation nach Verarmung, WZB Discussion Paper, Oktober 2009.

Ungleiche Ressourcen – ungleiche Beteiligung – ungleiche Demokratie

um Ausprägungen wie Gewissenhaftigkeit (gründlich, effizient), Neurotizismus (nervös, gestresst, sorgenvoll), Extraversion (kommunikativ, gesellig), Offenheit für Erfahrungen (phantasievoll, originell) und Verträglichkeit (rücksichtsvoll, freundlich, empathisch) – Eigenschaften, die als *Big-Five-Faktoren* bekannt sind und ein integratives Modell zur Erfassung von Persönlichkeitsmerkmalen darstellen.¹²⁰

Bei den Berechnungen zeigt sich erneut, dass zwar Einkommensunterschiede, aber nicht die Verarmung als solche das politische Interesse maßgeblich prägen. Es ist in den höheren Einkommensgruppen stärker ausgeprägt als in den niedrigeren, aber der Unterschied zwischen der untersten und der darauffolgenden mittleren Einkommensgruppe ist minimal und im statistischen Sinne nicht signifikant: Mit einem Abstieg in Armut, der vornehmlich aus den armutsnahen unteren Einkommensgruppen erfolgt, wird sich also politisches Interesse nicht oder nur geringfügig verändern.

Insbesondere Bildungsunterschiede erweisen sich als starke Prädiktoren für politisches Interesse: Höhere Bildung geht mit stärkerem politischem Interesse einher. Darüber hinaus sind auch einige der einbezogenen Persönlichkeitsmerkmale entscheidend – Gewissenhaftigkeit, Offenheit für Erfahrungen und der Glaube an den Sinn von Einflussnahme und Gestaltbarkeit fördern das Interesse am politischen Geschehen. Dies ist so ungeachtet des Einkommensniveaus und gilt für Arme und Nicht-Arme gleichermaßen. Zusammen mit den einflussstarken Bildungs- und Altersunterschieden wird deutlich, dass politisches Interesse in hohem Maße auf gefestigten Einstellungen und sozialisations-spezifischen Prägungen basiert und eine nur auf lange Sicht veränderbare Eigenschaft ist. Es ist somit plausibel, dass es nicht auf Einkommenschwankungen reagiert, die zudem vornehmlich zwischen armutsnahen Lebenslagen und Armut stattfinden. Einmal mehr geraten damit die prägenden Sozialisationsinstanzen Familie, Schule und Freunde in den Fokus.

¹²⁰ Vgl. Jean-Yves Gerlitz/Jürgen Schupp, Zur Erhebung der Big Five basierten Persönlichkeitsmerkmale im SOEP, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Research Notes 2005-4, Berlin 2005.

Politische Beteiligung, zivilgesellschaftliches Engagement und politisches Interesse sind ungleich verteilt. Ohnehin benachteiligte Menschen, die beispielsweise arbeitslos sind oder unterhalb der Armutsgrenze leben müssen, partizipieren weniger und haben somit geringe Chancen, ihre Interessen zu vertreten. Dies ist seit langem bekannt. Gegenwärtig stellt sich die Frage, ob gesellschaftliche Entwicklungen zu benennen sind, die dieses Ungleichgewicht verstärken und welche Folgen dies für die Demokratie als Staatsform mit sich bringt.

So ist es beispielsweise nicht ausgemacht, ob prekäre Arbeits- und Lebensbedingungen, die auch mittlere Gesellschaftsschichten verunsichern und betreffen, dazu beitragen, dass auch hier, in der bislang sicheren Domäne politischer Beteiligung, Mitgestaltungschancen nicht mehr wahrgenommen werden. Dies würde die Bevölkerung im Hinblick auf politische Partizipation noch weiter polarisieren. Möglicherweise kann aber dank des durchschnittlich recht hohen Bildungsniveaus in diesen Bevölkerungsgruppen eine solche Entwicklung verhindert werden.

Ebenso wird abzuwarten sein, ob sich die verstärkten Bürgerproteste mit ihrer Forderung nach basisdemokratischer Ausrichtung der politischen Entscheidungsfindung auch vermehrt gesamtgesellschaftlich relevanten Themen zuwenden und weite Bevölkerungskreise mobilisieren können, oder ob sie sich letztlich mehrheitlich für eine dem Sankt-Florian-Prinzip verpflichtete Interessenvertretung für die eigene Klientel stark machen. Wer dauerhaft politisches Interesse und Partizipation bei breiten Bevölkerungsschichten wecken möchte – und hier sind Politik, Bildungsinstitutionen und Medien gleichermaßen gefragt – muss vertrauensvoll agieren, attraktive Angebote machen und nutzen, um politische Bildung selbstverständlich in den Alltag von Familien und Schulen zu integrieren.

Weitere bpb-Angebote zum Thema:



Wolfgang Benz
Auftrag Demokratie
Schriftenreihe, 2010
Bestell-Nr. 1079



Lothar F. Neumann/Klaus Schaper
**Die Sozialordnung der
Bundesrepublik Deutschland**
Schriftenreihe, 2010
Bestell-Nr. 1058



David S. Landes
**Wohlstand und Armut
der Nationen**
Schriftenreihe, 2010
Bestell-Nr. 1077



Ulrich von Alemann/
Philipp Erbentraut/Jens Walther
**Das Parteiensystem der
Bundesrepublik Deutschland**
Schriftenreihe, 2010
Bestell-Nr. 1100



Manfred G. Schmidt
Demokratiethorien
Schriftenreihe, 2010
Bestell-Nr. 1059



Thomas Ebert
Soziale Gerechtigkeit
Schriftenreihe, 2010
Bestell-Nr. 1088

 **bpb:**
Bundeszentrale für
politische Bildung

www.bpb.de



Informationsmedien in der Postdemokratie. Zur Bedeutung von Medienkompetenz für eine lebendige Demokratie

„Meinungsfreiheit ist eine Farce, wenn die Information über die Tatsachen nicht garantiert ist.“

Hannah Arendt

Wie der britische Politikwissenschaftler Colin Crouch betont, kann der Verfall demokratischer Prozesse mitsamt einer Stärkung strukturell privilegierter Eliten und der damit einhergehenden Reduktion egalitärer Auseinandersetzungen nicht allein den Massenmedien angelastet werden

Sabine Schiffer

Dr. phil., geb. 1966; Leiterin des Instituts für Medienverantwortung (IMV), Goethestraße 6, 91052 Erlangen. info@medienverantwortung.de

– wenn auch er durchaus der wachsenden Bedeutung von professioneller *Public Relations* (PR) eine wichtige Rolle beimisst.¹ Es gelinge der PR-gesteuerten Kommunikation immer besser, die Aufmerksamkeit auf Nebenschauplätze zu lenken und damit wichtige Herausforderungen und zentrale Probleme der Demokratie zu vertuschen.²

Natürlich ist es zunächst nicht den oft als „vierte Gewalt“ idealisierten Medien anzulasten, wenn sie als Vehikel von Lobbyisten, PR-Managern und *Spin Doctors* ausersehen und eingespannt werden.³ Dennoch scheint bei vielen im Journalismus Tätigen ein kritisches Bewusstsein für diese Problematik nicht vorhanden zu sein:⁴ Wenn ein wichtiges Element der parlamentarischen Demokratie – der Wahlkampf – von „konkurrierenden Teams professioneller PR-Experten“ bestritten wird, die eventuell noch charismatische Vertreter der „Elite“ aufbauen, macht das die Politik zu einem wenig gehaltvollen Spektakel, das von einer funktionierenden „vierten Gewalt“ eigentlich entlarvt und bloßgestellt werden müsste.⁵

Auch Journalistinnen und Journalisten kritisieren den Druck seitens Interessengruppen wie auch die Anpasstheit und Konformität in den eigenen Reihen: So beschreibt Andreas Zumach, Korrespondent für Printmedien und Hörfunk bei den Vereinten Nationen in Genf, in seinen Vorträgen regelmäßige Versuche der Einflussnahme auf Journalisten seitens politischer Institutionen. Gerade das Internet verführe dazu, eher sekundäre Medienrecherche im Netz statt Recherche vor Ort zu betreiben, ohne dies für die Rezipierenden transparent zu machen. Besonders stark davon betroffen sei die Berichterstattung über internationale Konflikte: „Die große Masse derjenigen, die überhaupt noch über diese Themen berichten, orientieren sich vorrangig oder ausschließlich an den für Krieg und den gewaltsamen Austrag von Konflikten verantwortlichen politischen EntscheidungsträgerInnen und den Militärs. Die meisten sind unkritische, oftmals überforderte MitläuferInnen mit mangelnder professioneller Distanz zu den Mächtigen.“⁶

Ulrich Tilgner, ehemaliger Leiter des ZDF-Büros in Teheran, verlängerte im Jahr 2008 seinen Vertrag mit dem ZDF nicht und führte als Begründung an, dass sich die Arbeit eines Korrespondenten deutlich verändert habe: „Vor sechs oder acht Jahren wollte man wissen: Was haben die Leute vor Ort zu sagen? Heute werden Beiträge nur zu oft in den Redaktionen zusammengebaut und der Sen-

¹ Vgl. Colin Crouch, *Postdemokratie*, Frankfurt/M. 2008, S. 13; Stephan Ruß-Mohl definiert PR als „zielgruppengerechte Fernsteuerung des Journalismus“, online: http://testfo-cms.fr-online.de/verlagsservice/ueber_die_fr/60_jahre_fränkfurter_rundschau/719997_Die-FR-im-Jahr-2020.html (24. 11. 2010).

² Vgl. auch Roman Berger, *Postdemokratie – Oder: Warum der Journalismus überleben muss*, in: Medienheft vom 22. 9. 2010.

³ Vgl. Thomas Leif/Rudolf Speth, *Die fünfte Gewalt. Lobbyismus in Deutschland*, Bonn 2006.

⁴ Vgl. Thomas Schnedler, *Getrennte Welten? Journalismus und PR in Deutschland*, Hamburg 2006, online: www.netzwerkrecherche.de/Publikationen/nr-Werkstatt/04-Journalismus-und-PR (22. 11. 2010).

⁵ Vgl. ebd.

⁶ Vgl. Rede von Andreas Zumach anlässlich der Verleihung des Göttinger Friedenspreises am 7. 3. 2009, online: www.wissenschaft-und-frieden.de/seite.php?artikelID=1546 (13. 12. 2010).

deablauf wird designed.“⁷ Walter van Rossum, freier Autor und Journalist, geht sogar soweit, die Funktion von Nachrichtenformaten im Fernsehen gänzlich neu zu definieren: nicht als Informationslieferanten und Welterklärer, sondern als reine Agendasetter mitsamt der Einführung einer Sprachregelung, wie über Themen gesprochen und gedacht werden soll.⁸ Ein weiteres Beispiel dafür, wie PR und Journalismus ineinander greifen können, bieten Jörg Becker und Mira Beham in ihrer Recherche zum Zusammenspiel von PR-Agenturen, Nichtregierungsorganisationen und Journalisten exemplarisch am Balkankrieg.⁹ Ihre These ist, dass bei entsprechender Interessenlage Regierungen über „bezahlte PR-Kampagnen“ Feindbilder aufbauen, Kriege vorbereiten oder Diktaturen beschönigen könnten.

Entwertung verantwortungsvoller Berichterstattung

Der spanische Journalist und Medienwissenschaftler Ignacio Ramonet zog bereits 2005 im Hinblick auf die Wirkungen von Medien folgende Bilanz: „In vielen Ländern sind die Medien, die lange als charakteristische Elemente der Demokratie – quasi als Barometer der Demokratie – angesehen wurden, selber zum Hauptproblem für die Demokratie geworden. Insbesondere das mediale Verhalten gegenüber der Information ist zum Problem geworden, und viele BürgerInnen sind daran, dies zu begreifen. (...) Heute haben die großen Medien diese Funktion [der „vierten Gewalt“] immer weniger. Warum? Die Dynamik der Globalisierung hat zu einem Zusammenschluss zwischen den Interessen der Medien, der Konzerne und der Politik geführt. (...) Sie verfolgen nur ein Ziel: die Rentabilität. Dabei haben sie ihren zivilen Auftrag vergessen, sie haben vergessen, dass sie die vierte Macht sein sollten. Die Information ist nur noch

eine Ware – eine Ware, die man immer häufiger gratis verkauft. (...) Die Information wird vereinfacht, damit möglichst viele Menschen sie verstehen. Zudem wird der Sensationsgehalt hervorgehoben.“¹⁰

Kritiker wie Ramonet oder auch Gesine Schwan weisen auf folgende Trends hin, welche eine fortschreitende Entwertung verantwortungsvoller Berichterstattung andeuten,¹¹ indem sie die öffentliche Aufklärungsfunktion der Medien als „vierte Gewalt“ zu unterlaufen drohen beziehungsweise sie bereits heute behindern:

- Die immer engere Verzahnung zwischen privaten Interessen und den Medien, welche durch eine fortschreitende Medienkonzentration begünstigt wird,
- die Durchkommerzialisierung und Ökonomisierung der Informationen sowie öffentlichen Aufklärung,
- die Reduktion der Komplexität und Vielschichtigkeit von Sachverhalten und gesellschaftlichen Problemlagen sowie
- der daraus folgende Negativismus und Effekthascherei statt Meinungsbildung.¹²

Laut Zumach kommen weitere politische und strukturelle Ursachen und Rahmenbedingungen hinzu, welche das journalistische Arbeiten erschweren, wie den „regierungs- und elitenfixierten Meutenjournalismus bei außen- und sicherheitspolitischen Themen“ im Sinne einer fehlenden Unabhängigkeit und professionellen Distanz, der sich vor allem dann durchsetze, wenn das eigene Land an einem internationalen Konflikt beteiligt ist; die „immer raffiniertere Kriegspropaganda sowie die Einbindung von JournalistInnen und Medien in Kriegsvorbereitung und Kriegsführung“; die „Diktatur der modernen Online-Kommu-

⁷ „Nicht nur die Folklore“, Interview mit Ulrich Tilgner, vom 12.2.2008, online: www.ulrich-tilgner.com/person/person4.htm (10.12.2010); vgl. auch Hans Leyendecker/Christopher Keil, Ulrich Tilgner im Konflikt mit dem ZDF. Wundgerieben, in: Süddeutsche Zeitung vom 30.1.2008, online: www.sueddeutsche.de/kultur/ulrich-tilgner-im-konflikt-mit-dem-zdf-wundgerieben-1.260493 (10.12.2010).

⁸ Vgl. Walter van Rossum, Die Tagesshow, Köln 2007.

⁹ Vgl. Jörg Becker/Mira Beham, Operation Balkan. Werbung für Krieg und Tod, Baden-Baden 2008.

¹⁰ „Die Krise der Medien und die fünfte Macht“, in: Wochenzeitung vom 2.6.2005.

¹¹ Vgl. auch Eckart Spoo et al., Keine Demokratie ohne Demokratisierung der Medien, Ossietzky, Sonderdruck, März 2008.

¹² Vgl. Gesine Schwan, Das aufgeklärte Publikum muss sich wehren, Rede auf der 60-Jahr-Feier der Frankfurter Rundschau, September 2005, online: http://testfo-cms.fr-online.de/verlagsservice/ueber_die_fr/60_jahre_frankfurter_rundschau/721237_Das-aufgeklaerte-Publikum-muss-sich-wehren.html (25.11.2010).

nikationstechnologien“, welche Recherchezeiten immer weiter einschränke, sowie die „Privatisierung der elektronischen Medien und Kostendruck“, welche den Konkurrenzdruck verschärfe und zu einer Abnahme der journalistischen Qualität geführt habe.¹³

Diskrepanz zwischen Demokratie- vermittlung und Wirtschaftlichkeit

Diese Grundproblematiken im Wirken der Medien wurden im Jahr 2005 durch die UNESCO (Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur) in ihrer Generalversammlung aufgegriffen. Sie schlug ein „Übereinkommen zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen“¹⁴ vor, in welcher auch den Medien eine tragende Rolle zukomme. In der Erklärung der Europäischen Union zu „Medienkonzentration und -pluralismus in der Europäischen Union“, die auf diese Vorarbeit der UNESCO Bezug nimmt, wird, davon ausgehend, „dass ein ausschließlich auf dem freien Marktwettbewerb beruhendes System allein den Medienpluralismus nicht gewährleisten kann“, die Forderung erhoben, dass Medien keine Handelswaren sein dürften, da der Markt keine Meinungsfreiheit, Medienvielfalt und unabhängige Information garantiere, weshalb die Anerkennung von Kultur und Medien als öffentliche Güter und deren Stärkung gegen die Macht der internationalen Kommunikations- und Unterhaltungsindustrie vorangetrieben werden müsse.¹⁵

Damit macht das EU-Parlament auf ein weiteres strukturelles Defizit in der gegenwärtigen Funktionsweise von Medien aufmerksam: Während Medien eine öffentliche Rolle im Sinne von Information, Meinungsbildung, Bürgerbeteiligung und Demokratievermittlung zugeschrieben wird, müssen sie vor allem wirtschaftlich reüssieren. Dies gilt für die öffentlich-rechtlichen Medienanstalten zwar nur eingeschränkt, dennoch kön-

¹³ Vgl. A. Zumach (Anm. 6).

¹⁴ Vgl. Webseite der Deutschen UNESCO-Kommission e.V., online: www.unesco.de/konvention_kulturelle_vielfalt.html (10.12.2010).

¹⁵ Vgl. Amtsblatt der EU C 8 E/85 vom 14.1.2010, das sich auf eine Entschließung des EU-Parlaments vom 25.9.2008 bezieht, online: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2010:008E:0085:0094:DE:PDF> (13.12.2010).

nen auch sie sich der Marktlogik nicht komplett entziehen. Die Diskrepanz zwischen Demokratievermittlung und Wirtschaftlichkeit wird in Zeiten zunehmender Konkurrenz und Sparzwängen wie auch kostenloser Informationsangebote (vor allem im Internet) immer offensichtlicher – ohne jedoch behaupten zu wollen, dass Medien zu Zeiten boomender Wachstumsphasen ihrer Kontrollfunktion besser nachgekommen wären.

Möglichkeiten des kritischen Journalismus

Angesichts der fortschreitenden Entwertung verantwortungsvoller Berichterstattung, der Kommerzialisierung und Medienkonzentration herrscht eine gewisse Ratlosigkeit im Hinblick auf die Umsetzungs- und Finanzierungsmöglichkeiten von kritischem Journalismus.¹⁶ Während der Verlust von Recherchezeiten mitsamt der Möglichkeit, eigenen Themen nachzugehen, beklagt werden muss, macht es auch das Fehlen einer genaueren Definition von Kriterien des Qualitätsjournalismus leichter, sich journalistisch zu betätigen.¹⁷ Zumeist wird hier nicht viel mehr als das Heranziehen mehrerer Quellen genannt, wobei mindestens noch die Selbstreflexion – also die eigenen Wahrnehmungsraster und subjektiven Verortungen – einbezogen werden müssten. Dies ließe dann Benennungspraktiken ebenso hinterfragen wie Kriterien der Themen- und Bildauswahl.

Etwas grundsätzlicher lassen sich die Forderungen von einigen im Mediensektor tätigen Akteuren und Institutionen lesen wie die Deutsche Journalisten-Union oder der Deutsche Journalisten-Verband. Um einer fortschreitenden Pressekonzentration und Monopolbildung, welche die journalistischen Arbeitsbedingungen zur Oberflächlichkeit

¹⁶ Vgl. Dieter Rucht, Ko-Leiter der Forschungsgruppe „Zivilgesellschaft, Citizenship und politische Mobilisierung in Europa“ am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), im Interview mit der Zeitung „Neues Deutschland“ vom 29.9.2010, online: www.neues-deutschland.de/artikel/180633.wir-sollten-uns-nicht-gewohnen.html?sstr=Rucht (25.11.2010).

¹⁷ Vgl. Stephan Ruf-Mohl, Qualitätsjournalismus definieren zu wollen gleicht dem Versuch, einen Pudding an die Wand zu nageln, vom 21.10.2010, online: www.theuropean.de/stephan-russ-mohl (24.11.2010).

verurteilen, entgegenzuwirken, brauche es eine stärkere Inpflichtnahme von Medieninhabern, da ihnen eine „enorme demokratische Verantwortung“ zukomme, eine „Renaissance“ des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und Fernsehens als Garantie für mehr „Unabhängigkeit, Qualität, Meinungsvielfalt und Offenheit für alle gesellschaftlichen Gruppen“, gleiche Zugangs- und Beteiligungschancen für möglichst alle gesellschaftlichen Gruppen, ein „freieres, zornigeres, couragierteres journalistisches Selbstverständnis“, das auch dafür Sorge trage, dass die mediale Überrepräsentation der Interessen der Mittelschicht¹⁸ nicht zu einer Verzerrung der Wahrnehmung von verschiedenen Lebenswirklichkeiten führe, sowie mehr Internet-Experimente wie Online-Magazine, -Foren und -Portale.¹⁹

Mehr Mitgestaltung durch neue Medien?

Wenn der politische Gestaltungswille der Bürgerinnen und Bürger nicht primär in Wahlbeteiligung gemessen würde, sondern beispielsweise anhand von Äußerungsplattformen im Internet, die das Schreiben des klassischen Leserbriefs ergänzen, dann ließe sich aus der rasanten Entwicklung der Akzeptanz des Internets auch bei älteren Semestern schließen, dass insgesamt mehr (Beteiligungs-)Wünsche als Möglichkeiten vorhanden sind. Ein Indikator sind Mikromedien im und außerhalb des Internets wie SMS-Abonnements, E-Mail und Twitter, die rege genutzt werden:²⁰ Man organisiert sich in verschiedenen Bereichen, und die Hürden werden niedriger, selbst zum medialen Akteur auch im politischen Bereich zu werden.

Die Angebote der neuen Medien verdrängen zwar nicht das Fernsehen oder andere

¹⁸ Vgl. hierzu die Beiträge von Dirk Jörke und Petra Böhnke in dieser Ausgabe.

¹⁹ Abschlusserklärung des Kongresses „Demokratie und Öffentlichkeit“, welcher im Oktober 2010 in Berlin stattfand, online: www.oeffentlichkeit-und-demokratie.de/kongress.html?start=info-abschluss (13.12.2010).

²⁰ Trotz steigender Nutzerzahlen darf nicht außer Acht gelassen werden, dass immerhin noch 56 Prozent der Bevölkerung in Deutschland als „digitale Außenseiter“ gelten, welche keinen Bezug zum Internet haben. Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 3.12.2010.

klassische Medien wie Tageszeitungen, die mittlerweile ebenfalls im Internet vertreten sind. Doch haben sie auch Nachteile. So übersehen die Nutzerinnen und Nutzer häufig die „Spuren“, die sie etwa im Internet hinterlassen: Viele Angebote sind nur vermeintlich kostenlos, sie (re-)finanzieren sich häufig über das Sammeln von Nutzerdaten²¹ und profitieren dabei vom Fehlen eines entsprechenden Bewusstseins in Bezug auf die informationelle Selbstbestimmung. Hinzu kommt, dass die Schnelligkeit und (mögliche) Anonymität von Blogs und Mikromedien nicht nur dem investigativen und kritischen Kopf Schutz bieten, sondern auch denjenigen, die antidemokratische und menschenfeindliche Inhalte verbreiten: Gerade die Schnelligkeit der neuen Medien verführt zur fehlenden Sorgfalt, und die Anonymität im Internet kann gar als Schutzraum zur Ausbreitung extremer Ansichten dienen, die sonst eher keinen Platz im breiteren öffentlichen Diskurs finden. Der Zeitaufwand, der nötig wäre, um die Spreu vom Weizen zu trennen beziehungsweise den Wahrheitsgehalt von vermeintlich kritischen Berichten zu überprüfen, mag daher abhalten, die Möglichkeiten der neuen Medien zu nutzen. Neben der Problematik von Missverständnissen und der Kontamination durch korrupte Inhalte, Personen oder Links spielt natürlich die Zeit- und Aufmerksamkeitsökonomie auch hier eine entscheidende Rolle, und die beobachtbare Fragmentierung des Informationsangebots – welche bereits spätestens durch die Privatisierung des Fernsehangebots in den 1980er Jahren eingeleitet wurde – nimmt durch die technische Vielfalt eher zu.

Hinzu kommt, dass die Fülle an medialen Ausdrucksformen bei den Nutzerinnen und Nutzern Illusionen einer Mitgestaltung, Mitsprache und Beteiligung nähren kann („Placebo-Debatten“) wie etwa bei Online-Petitionen, welche zur Einberufung einer öffentlichen Sitzung des Petitionsausschusses mindestens 50000 Unterstützer brauchen. Zwar kann in kurzer Zeit eine sichtbare Mas-

²¹ Vgl. bezüglich der Zusammenhänge zwischen effektivem Datenschutz, bürgerlicher Beteiligung und dem Schutz von Grundrechten das Informationsblatt des Deutschen Instituts für Menschenrechte in Berlin, online: www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/PDF-Dateien/Factsheets/factsheet_grundrecht_auf_datenschutz_07_05_2010.pdf (12.12.2010).

se von Menschen und Meinungen mobilisiert werden, es kann Druck aufgebaut werden, aber die in der Petition erhobenen Forderungen haben keinerlei legale Bindungskraft.¹² Kurzum: Auch wenn Diskussionen erwünscht sind, müssen die Ergebnisse nicht berücksichtigt werden.

„Demokratische Zensur“?

Es wäre kurzichtig, den neuen Formaten im Netz eine inhärente Fähigkeit zur Stärkung von Demokratie zuzusprechen. Die neuen Medien (vor allem das Internet) bieten in der Tat viele Potenziale zur breiteren Partizipation und Steigerung der Transparenz von Entscheidungs- und Diskussionsprozessen. Doch, ob und wie sie genutzt werden, steht auf einem anderen Blatt. Hinzu kommt, dass der Niedrigschwelligkeit, ein Angebot zu erstellen, die Schwierigkeit folgt, Aufmerksamkeit auf sein Angebot zu lenken. Der Aufmerksamkeitsökonomie kommt damit eine noch zentralere Bedeutung zu als bisher. Ignacio Ramonet spricht in dem Zusammenhang von einer „demokratischen Zensur“, die sich dadurch auszeichne, dass sich eine Fülle von Informationen über die Interessierten ergebe, deren Zeit aber begrenzt sei.

Ramonet schlägt vor, dass sich „diese anderen, die unabhängigen Medien, die Gegeninformation bringen, die eine wirklich demokratische Information verbreiten, alle diese Akteure (...) zusammenschließen, um eine fünfte Macht zu bilden. Die Qualität der Demokratie hängt von der Qualität der demo-

¹² Das Petitionsrecht kommt „dem gestiegenen Bedürfnis nach Mitsprache in öffentlichen Dingen entgegen und regt zur Mitverantwortung, Gestaltung und Fortentwicklung des politischen Lebens und Rechtssystems an“. Vgl. Einführung in das Petitionsrecht, online: www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/a02/petitionsrecht_einfuehrung.html (15.12.2010). Zwar soll „mit dieser Möglichkeit (...) ein öffentliches Forum zu einer sachlichen Diskussion wichtiger allgemeiner Anliegen geschaffen werden, in dem sich die Vielfalt unterschiedlicher Sichtweisen, Bewertungen und Erfahrungen darstellt.“ Doch „im Laufe des parlamentarischen Prüfverfahrens entscheidet der Ausschuss, ob eine öffentliche Beratung oder eine Anhörung von Petenten durchgeführt werden soll“. Vgl. Richtlinie für die Behandlung von öffentlichen Petitionen, online: www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/a02/rili.pdf (15.12.2010).

kritischen Debatte ab. Und die funktioniert nur, wenn unabhängige Medien, die vor ökonomischen Repressalien keine Angst haben, ihr eigenes Informationskonzept entwickeln können.“¹³ Während der Begriff der fünften Gewalt in den öffentlichen Debatten inzwischen mit der Macht der Lobbyisten assoziiert wird, meint Ramonet hier zunächst die Vernetzung verantwortungsbewusster Medienmacherinnen und Medienmacher.

Zweifelsohne ist es nötig, für eine unabhängige Aufgabenbewältigung auch finanzielle Unabhängigkeiten zu schaffen – dafür gibt es aber bisher keine Modelle, die nicht wiederum neue Abhängigkeiten kreieren. Möglichkeiten wie das Genossenschaftssystem der Tageszeitung (taz), Rechercheinstitutionen oder auch ein öffentlich-rechtliches System für Print- und Online-Journalismus könnten erfolgversprechend sein, da immer mehr Bürgerinnen und Bürger Missstände beklagen und bereit sind, sich für eine Verbesserung einzusetzen.¹⁴ Um den Fortbestand des Unabhängigkeitsgedankens zu garantieren, langfristig Pluralität und basisdemokratische Entscheidungen zu fördern, scheint es insgesamt sinnvoller zu sein, viele separate Mäzene zu haben statt ein zentrales System zu schaffen.

Verantwortung der Mediennutzer für eine lebendige Demokratie

Doch Medienschaffende tragen nicht alleine die Verantwortung für die medialen Erscheinungsbilder. Auch Mediennutzer tragen durch ihre Nachfrage und ihren Medienkonsum dazu bei, dass bestimmte Themen, Sichtweisen und Analyseraster dominieren, wodurch die Trends zur Ökonomisierung der öffentlichen Aufklärung und zur Vereinfachung komplizierter Zusammenhänge angetrieben werden. Ein Erklärungsfaktor dafür könnte eine unzureichende Medienkompetenz der Konsumentinnen und Konsumenten mitsamt einer unzureichenden Förderung der Reflexion von Meinungsbildungsprozessen sein. Dies allerdings setzt mindestens folgende Fähigkeiten voraus:

¹³ I. Ramonet (Anm. 10).

¹⁴ Vgl. D. Rucht (Anm. 16); vgl. auch die Webseite der Bewegungsstiftung: www.bewegungsstiftung.de (10.12.2010).

- Hintergrundwissen über das Wirken von Medienmachern sowie über die Auswahl und Bearbeitung von Medienmaterial,
- Sensibilität für metaphorische Konzepte zur Idealisierung oder Dämonisierung von Menschengruppen und Rollenstereotype,
- Fähigkeit zum Erkennen offener, aber noch mehr subtiler Werbung,
- Fähigkeit zur kritischen Quellenbewertung.²⁵

Der Bildungssektor scheint in der inhaltlichen Auseinandersetzung mit den hier aufgeworfenen Problematiken hinterher zu hinken. So stehen weder eine systematische Sprachreflexion noch eine echte Medienbildung oder Reflexion von Meinungsbildungsprozessen in den evaluierten Inhalten von Lehrplänen, obwohl immer mehr interpretative Dekonstruktionsleistungen erbracht werden müssen, um die öffentlich geäußerten Botschaften zu dechiffrieren.²⁶ Oftmals wird diese Aufgabe – ohne geprüftes didaktisches Material zur Verfügung zu stellen – dem persönlichen Engagement der Lehrkräfte überlassen.

Dagegen scheint sich in Hinblick auf die öffentlichen Diskussionen und Lehrinhalte an Schulen die „Heilsbotschaft der Technik“ durchzusetzen.²⁷ Der Begriff der Medienkompetenz wird auf technische Kompetenzen reduziert und droht zu verdrängen, dass auch in Bezug auf Buch, Zeitung und Fernsehen Dechiffrierungs- und Beurteilungskompetenzen für Quellen, Nachrichtenwege und ästhetische Kombinationstechniken erworben werden müssen, die bislang nur bedingt vermittelt werden.²⁸ Dabei ist davon auszugehen, dass mit entsprechender Bildung auch die Demokratie insgesamt lebendiger wäre.

²⁵ Vgl. hierzu die APuZ-Ausgabe „Jugend und Medien“, die am 17. Januar 2011 erscheint.

²⁶ Vgl. Stellungnahme des IMV, Medienkompetenz ist nicht genug. Bildungsbegriff wieder ernst nehmen, vom 3.12.2009, online: www.medienverantwortung.de/wp-content/uploads/2009/07/20091203_IMV-Schiffer_Medien-Wahrnehmung.pdf (23.11.2010)

²⁷ Vgl. Susanne Gaschke, Klick. Strategien gegen die digitale Verdummung, Freiburg–Basel–Wien 2009.

²⁸ Vgl. Jochen Krautz, Ware Bildung: Schule und Universität unter dem Diktat der Bildung, Kreuzlingen 2007.

Die Allgegenwart der „Androkratie“: feministische Anmerkungen zur „Postdemokratie“

Nicht nur Feministinnen beschleicht Unbehagen beim Betrachten des gegenwärtigen Zustands repräsentativer Demokratien. Die Bezeichnung „Postdemokratie“ – so der Begriff des französischen Philosophen Jacques Rancière,¹ den der britische Politikwissenschaftler Colin Crouch² als Zeitdiagnose popularisier-

Birgit Sauer

Dr. phil., geb. 1957; Professorin für Politikwissenschaft an der Universität Wien, Institut für Politikwissenschaft, Universitätsstraße 7, 1010 Wien/Österreich. birgit.sauer@univie.ac.at

te – trifft auch auf die Bundesrepublik zu: Die „nachdemokratische“ Konstellation wird von Crouch³ als eine entpolitisierte Situation beschrieben, in der es zwar konkurrierende Parteien und Verbände gibt, in der zwar noch Wahlen stattfinden, aber die Bürgerinnen und Bürger zu bloßen Konsumentinnen und Konsumenten eines politischen Angebots degradiert werden. Sie werden „zwangsweise“ zu „Passivbürgerinnen“ und „Passivbürgern“ gemacht, und Chancen zur Aktivbürgerinnenschaft sind kaum noch gegeben. Demokratische Institutionen sind bloße Verwaltungshüllen, und der sogenannte Sachzwang erzwingt vorgeblich Entscheidungen, doch in Wirklichkeit wurde die Entscheidungsmacht den „Lobbyisten der Wirtschaft“ übereignet.⁴

„Postdemokratische“ Konstellation und die Situation von Frauen

Der Raum des Politischen, das heißt der öffentlichen Debatte, der Partizipation und

¹ Vgl. Jacques Rancière, Demokratie und Postdemokratie, in: Alain Badiou et al. (Hrsg.), Politik der Wahrheit, Wien 1997, S. 94–122.

² Vgl. Colin Crouch, Postdemokratie, Frankfurt/M. 2008.

³ Vgl. ebd., S. 10, S. 13.

⁴ Vgl. ebd., S. 11.

des Mitentscheidens, wurde sukzessive verengt, so dass sich Bürgerinnen und Bürger durch die politische Elite nicht mehr vertreten fühlen. Dies zeitigt vielfältige Folgen. Im Jahr 2009 sank beispielsweise die Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen auf das historische Nachkriegstief von knapp über 70 Prozent der Wahlberechtigten – nur 71 Prozent der weiblichen und nur 71,8 Prozent der männlichen Wahlberechtigten gaben ihre Stimme ab.[¶] Auch Prozesse des *dealignment*, der Erosion der Parteiidentifikation, das Protestwählertum und die „Flucht“ zu populistischen Parteien sind Folgen der Transformation von Demokratie. Diese unter dem Schlagwort „Politikverdrossenheit“ zusammengefassten Phänomene sind individualisierte Reaktionen der Bürgerinnen und Bürger auf die postdemokratische, wenn nicht gar postpolitische Situation auf der Basis der Erfahrung, dass durch die Stimmabgabe, durch die Wahl von Volksvertreterinnen und Volksvertretern kaum noch politischer Einfluss ausgeübt werden kann. So sind die Proteste gegen „Stuttgart 21“ als ein gemeinsames Auflehnen gegen diese postdemokratische Entpolitisierung „von oben“ zu verstehen.

Doch, so lässt sich aus einer feministischen Perspektive fragen: Hat es jemals in der Bundesrepublik – wie auch in anderen liberalen Demokratien – ein „Davor“, hat es also eine Konstellation gegeben, welche die Bezeichnung Demokratie – im Sinne von Selbstherrschaft, Selbstbestimmung und Autonomie aller Bürgerinnen und Bürger – verdient hätte? Hat es also aus einer Geschlechterperspektive jenen „Augenblick der Demokratie“ gegeben, an dem Crouch seinen Befund des „Danach“[¶] festmacht? Kennzeichnet vielmehr die aktuelle „postdemokratische“ Konstellation nicht schon immer die Situation von Frauen in liberalen Demokratien? Und zeichnen sich repräsentative Demokratien nicht gerade durch die Kontinuität der Herrschaft über Frauen und ihres Ausschlusses aus politischen Institutionen sowie der Negierung ihrer Interessen – also durch Prädemokratie – aus?

¶ Vgl. Webseite des Bundeswahlleiters, online: www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/BTW_BUND_09/E2_BTW_2009__Ergebnisse_IVU_ueberarbeitet.pdf (24. 11. 2010).

¶ Vgl. C. Crouch (Anm. 2), S. 14ff.

Trotz formal gleicher politischer Rechte ist die Demokratie der Bundesrepublik Deutschland nach wie vor durch die quantitative und qualitative politische Unterrepräsentation von Frauen gekennzeichnet.[¶] Frauen haben in der bundesdeutschen Demokratie noch immer weniger politische „Stimme“ als Männer. Ohne Zweifel haben sie in den vergangenen 30 Jahren den repräsentativen Vorsprung von Männern aufgeholt und sind in der Politik „sichtbarer“ geworden. Die quantitative Repräsentation von Frauen in politischen Entscheidungsgremien stieg seither deutlich an: Der Frauenanteil im derzeitigen Deutschen Bundestag liegt bei 32,7 Prozent, ähnlich hoch ist der Frauenanteil an den Ministerposten. Es scheint, als ob eine „kritische Masse“ an Frauen in politischen Ämtern erreicht wäre.[¶]

Und mehr noch: Deutschland hat seit fünf Jahren eine Bundeskanzlerin. Frauen sind also nicht mehr ganz so fremd in der Politik, sondern Politik wurde auch für Frauen ein Beruf wie jeder andere „Karriereberuf“, allerdings mit ähnlichen Barrieren wie in anderen Berufsfeldern auch. Diese quantitativen Erfolge sind ohne Zweifel das Ergebnis der Quotenregelungen der Parteien, die sich im Rekrutierungsprozess aktiv um Frauen bemühen müssen. Vor allem die politische Mobilisierung von Frauen seit den 1970er Jahren schloss den *gender gap* in der politischen Beteiligung und weckte nicht nur das Interesse von Frauen an der Politik,[¶] sondern auch das Interesse von Parteien an Frauen als Wählerinnen.

¶ Hanna Fenichel Pitkin unterscheidet die *quantitative* Repräsentation, das „Stehen für“, von der *qualitativen* Repräsentation, das „Handeln für“. Vgl. Hanna Fenichel Pitkin, *The Concept of Representation*, Berkeley–Los Angeles–London 1967; Elke Biester/Barbara Holland-Cunz/Birgit Sauer (Hrsg.), *Demokratie oder Androkratie? Theorie und Praxis demokratischer Herrschaft in der feministischen Debatte*, Frankfurt/M.–New York 1994.

¶ Vgl. Drude Dahlerup, *From a Small to a Large Minority: Women in Scandinavian Politics*, in: *Scandinavian Political Studies*, 11 (1988) 4, S. 275–297.

¶ Vgl. Bettina Westle/Harald Schoen, *Ein neues Argument in einer alten Diskussion: „Politikverdrossenheit“ als Ursache des gender gap im politischen Interesse?*, in: Frank Brettschneider/Jan van Deth/Edeltraud Roller (Hrsg.), *Das Ende der politisierten Sozialstruktur?*, Opladen 2002, S. 215–244.

Im *Global Gender Gap Report 2010* des World Economic Forums in Genf rangiert Deutschland allerdings nur auf Platz 13 (von 134 Ländern) im Bereich *Political Empowerment*¹⁰ und ist in den vergangenen Jahren im Ranking sukzessive zurückgefallen. Offenbar ist der Frauenanteil im Deutschen Bundestag an eine „gläserne Decke“ gestoßen, denn er stagniert knapp um die Drittelmarke.

Zudem gibt es Indizien dafür, dass der gestiegenen quantitativen Repräsentation in politischen Institutionen eine Tendenz der Entmächtigung von Frauen, beispielsweise durch Sozialabbau und die Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen, wovon vor allem Frauen betroffen sind, gegenübersteht. So ist der *gender pay gap* in den vergangenen Jahren in der Bundesrepublik beispielsweise wieder gestiegen.¹¹ Trotz der erhöhten quantitativen Repräsentation von Frauen finden also die Interessen von Frauen in politischen Maßnahmen keine angemessene Berücksichtigung. Dies führten die Rettungsaktionen aus der Wirtschafts- und Finanzkrise deutlich vor Augen: Rettungsschirme wurden vor allem für Erwerbsschwerarbeiterinnen von Männern, weniger aber für jene Tätigkeiten aufgespannt, die im Rahmen der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung mehrheitlich von Frauen erbracht werden.

Die Stagnation beziehungsweise die Rückschläge in der Geschlechtergleichstellung möchte ich im Folgenden durch einen Blick auf die Geschlechtereffekte der Transformation von Demokratie im Kontext postdemokratischer Entwicklungen erklären.

„Feministisches Demokratieunbehagen“: geschlechtsspezifische Folgen des „Verhandlungsstaates“

Im Zuge der ökonomischen Globalisierung und politischen Internationalisierung ver-

¹⁰ Vgl. Ricardo Hausmann/Laura D. Tyson/Saadia Zahidi (eds.), *The Global Gender Gap Report 2010*, Genf 2010.

¹¹ Vgl. Europäische Kommission, *Der geschlechtsspezifische Verdienstabstand in Europa aus rechtlicher Sicht*, Brüssel 2010, S. 6.

änderten sich die Institutionen und Prozesse staatlicher Repräsentation und Entscheidung. Es gibt deutliche Indizien dafür, dass sich politische Entscheidungen zunehmend demokratisch legitimierten Gremien entziehen. Gesellschaftlich wichtige und verbindliche Entscheidungen werden in der Postdemokratie nicht mehr im Parlament, sondern vielmehr in der Lobby des Parlaments, in supranationalen Gremien wie der EU oder in Vorstandsetagen multinationaler Konzerne getroffen. Solche „Verhandlungsprozesse“ im vor- oder nichtparlamentarischen Raum zeichnen sich durch die dichte Knüpfung eines geschlossenen „Netzwerks“ politischer und privater, das heißt ökonomischer, teilweise auch zivilgesellschaftlicher Organisationen aus. Damit bergen diese Entscheidungsformen die Gefahr der *Informalisierung* von Politik in den Substrukturen von Verhandlungsrunden und -netzwerken, mit anderen Worten: der *Schließung* beziehungsweise *Entöfentlichung* politischer Entscheidungsräume.

Dies hat geschlechterpolitische Folgen: *Zum einen* sinken die Chancen zur Partizipation und zur egalitären *quantitativen* Repräsentation von Frauen. Denn die zunehmende Verlagerung politischer Entscheidungen in nicht einmal mehr durch den Wahlakt legitimierte „Verhandlungssysteme“ und „Politiknetzwerke“ schließt Frauen nachhaltig aus politischen Entscheidungsprozessen aus. Entöfentlichung, das heißt fehlende Öffentlichkeit und Kontrolle, ist – mit anderen Worten – ein Modus der „Maskulinisierung“ von politischen Entscheidungsprozessen und der Verstärkung „männerbündischer“ Strukturen. *Zum anderen* erschwert dieser Politikumbau das „Handeln für“ gleichstellungspolitische Belange, also auch die *qualitative* Repräsentation von Frauen und die Responsivität politischer Institutionen für Geschlechtergerechtigkeit.

Welche Mechanismen tragen dazu bei, dass Frauen in der Netzwerkdemokratie *quantitativ* unterrepräsentiert bleiben? *Erstens* erfolgt die Teilnahme an nichtöffentlichen Zirkeln nicht durch eine Wahl in solche Gremien, sondern durch Kooptation. Kooptationsverfahren neigen dazu, das „Ähnliche“ aufzunehmen – und dieses „Ähnliche“ ist oftmals das ähnliche Geschlecht. Alison Woodward hat diese männliche Selbstrekrutierung am

Beispiel der Bürokratie der EU-Kommission gezeigt.¹²

Zweitens werden durch die Informalisierung von Politik gerade jene Repräsentationsorgane geschwächt, in die sich Frauen mühsam den Zugang durch Quotenregelungen erkämpft haben. Die Hinterzimmer der „Verhandlungsdemokratie“ bleiben ihnen verschlossen. Ein solches Hinterzimmer sind die Beratungsgremien der Bundesregierung. Eine „Kleine Anfrage“ im Deutschen Bundestag hat jüngst zu Tage gebracht, dass in manchen dieser Beratungsgremien – wo nicht nur beraten, sondern auch (vor-)entschieden wird – der Frauenanteil teilweise bei mageren 7,7 Prozent liegt, so beispielsweise im wissenschaftlichen Beirat der Bundesanstalt für Straßenwege.¹³ Gerade bei Infrastrukturmaßnahmen geht es ohne Zweifel um nicht nur finanzpolitisch wichtige Entscheidungen.

Den Machtverlust von Frauen durch die Verlagerung von politischen Entscheidungen in neue Gremien macht auch die Studie von Benny Geys und Karsten Mause deutlich,¹⁴ welche die Nebentätigkeiten von Parlamentarierinnen und Parlamentariern im Deutschen Bundestag zwischen 2005 und 2007 untersuchten. Sie stellten fest, dass die Parlamentarierinnen (197 Befragte) weit seltener Nebenjobs in der Privatwirtschaft haben als Parlamentarier (417 Befragte). Dieses Ergebnis deutet darauf hin, dass die Netzwerke (und damit auch eine wichtige Machtressource) von Parlamentarierinnen schwächer sind als jene von Parlamentariern.

Zudem schlagen *drittens* Machtasymmetrien in solchen *Public-Private*-Netzwerken stärker zu Buche als im parlamentarischen Entscheidungsprozess, der durch Formen des Machtausgleichs gekennzeichnet ist. In

¹² Vgl. Alison E. Woodward, *Multinational Masculinities and European Bureaucracies*, in: David L. Collinson/Jeff Hearn (eds.), *Man as Managers – Managers as Men. Critical Perspectives on Men, Masculinities and Managements*, London 1996, S. 167–185.

¹³ Vgl. Vorabfassung der Antwort der Bundesregierung, online: http://dokumente.linksfraktion.de/drucksachen/18907_1703011.pdf (24. 11. 2010).

¹⁴ Vgl. Benny Geys/Karsten Mause, *Double Standards of Recruitment for Men and Women? Evidence from Moonlighting of German Parliamentarians*, August 2010, online: www.wzb.eu/mp/fff/people/publication_bg/Moonlighting_Gender.pdf (24. 11. 2010).

die Netzwerke des Verhandlungsstaates sind zwar gesellschaftliche Akteure wie Nichtregierungsorganisationen (NRO), also auch Frauengruppen, teilweise integriert, doch die Macht und Stärke von ökonomischen Interessengruppen ist weit größer als jene von NROs. Vor allem marginalisierte oder minorisierte Frauen wie Migrantinnen haben weit geringere Chancen, in informellen Gremien gehört zu werden, als Frauen mit hohem – zumindest symbolischem – Kapital. Also selbst jene für Frauen prinzipiell offeneren Verhandlungsstrukturen erweisen sich als ethnisch und klassenspezifisch ungleiche Politikformen, die nicht nur gut ausgebildete Männer, sondern auch Frauen privilegieren, und damit Ausschlüsse produzieren und legitimieren.

Diese intensivere Form der informellen Verflechtung zwischen Interessenverbänden, Bürokratie und privaten Akteurinnen und Akteuren verhindert schließlich auch die erfolgreiche Intervention institutioneller Frauen- und Gleichstellungspolitik. Die informellen Institutionen sind deshalb auch für geschlechtsspezifische Themen undurchlässig. Also auch die *qualitative Repräsentation* von Frauen, das „aktive Handeln“ für die Interessen und Bedürfnisse von Frauen, wird durch die Transformation von Demokratie beeinträchtigt, und der frauenpolitische Handlungsspielraum wird begrenzt. Dies zeigt sich in der jüngst bekannt gewordenen Kooperation zwischen dem Bundeswirtschaftsministerium und Rechtsanwaltskanzleien bei der Formulierung von Gesetzen in der Finanzmarktkrise: Das Prinzip des *Gender Mainstreamings*, also die Berücksichtigung der Geschlechtereffekte dieser Maßnahmen, fand keine Anwendung.

Chancen der Geschlechterdemokratisierung

Ist Geschlechterdemokratie also unmöglich geworden oder eröffnet die Transformation von Demokratie möglicherweise doch auch demokratiepolitische Chancen? Es folgen abschließend einige Bedingungen für eine geschlechtergerechte „Neuerfindung“ von Demokratie. Ist die quantitative Repräsentation von Frauen in der Politik eine Frage der Geschlechtergerechtigkeit und sind effektiv sanktionierbare Quotenregelungen deshalb nach wie vor wichtig, so kann aber frauen-

politisches Engagement von Politikerinnen nicht qua Geschlecht erwartet werden.

Vielmehr muss die Frage der Repräsentation von Frauen mit der Frage verknüpft werden, *wie* frauenpolitische Institutionen und Gesetze in ihrem Bestand gesichert und erweitert, wie der Zugang von frauenbewegten zivilgesellschaftlichen Gruppierungen garantiert werden kann, damit das „Handeln für Frauen“ in politischen Entscheidungsprozessen – und zwar nicht nur in Parlamenten und Parteien, sondern auch in Verhandlungsnetzwerken sowie bei der administrativen Umsetzung von Gesetzen – realisiert werden kann.

Neuere internationale Studien zeigen, dass es für die politische Durchsetzung der Interessen von Frauen, also für das *acting for*, mindestens *dreierlei* braucht: Zum ersten bedarf es öffentlicher Räume der Diskussion über „Fraueninteressen“. Es ist eine Binsenwahrheit, dass es „die“ Interessen aller Frauen nicht gibt, dass vielmehr die Interessen von Frauen vielfältig, ja dass sie auch antagonistisch sein können. Umso mehr kommt es darauf an, dass es Institutionen und Verfahren gibt, *wie* über solche Interessen gestritten werden kann. Diese Frauenöffentlichkeit kann nicht nur eine Parteienöffentlichkeit sein – traditionellerweise erfüllen die Parteien in westlichen Demokratien diese Funktion der Interessenbündelung und -artikulation. Vielmehr müssen frauenbewegte Gruppen aktiv in diesen Prozess der Interessenartikulation eingebunden werden und zwar in einem kritischen Prozess der öffentlichen Debatte ganz unterschiedlicher Gruppen von Frauen. Eine Möglichkeit wäre eine ständige „Frauenkonferenz“, an der möglichst viele unterschiedliche Frauengruppen beteiligt werden sollten.

Zum zweiten braucht es Institutionen der Vermittlung von frauenbewegten Öffentlichkeiten in das politische System hinein. Es braucht also nicht nur Frauen in repräsentativen Entscheidungsorganen oder in Ministerien, sondern es braucht vor allem solche Frauen – und selbstverständlich auch Männer –, die sich für Geschlechtergerechtigkeit in politischen Entscheidungsprozessen einsetzen. Diese *qualitative Repräsentation* von Frauen kann nur im Rahmen gleichstellungspolitischer Institutionen wie beispielsweise Gleichstellungsstellen und Frauenbüros sowie einem eigenen Ministerium, welches die

Gleichstellung nicht der Familienpolitik unterordnet, erfolgreich sein. Aktives Handeln für Frauen braucht zudem rechtlich gesicherte Instrumente einer Gleichstellungspolitik, also „bewehrte“ Gleichstellungsprogramme. Der Abbau solcher gleichstellungspolitischer Institutionen ist weit gefährlicher für Gleichstellungspolitik als das Sinken der Frauenanteile im Bundestag oder in den Landesparlamenten.¹⁵ Wie wichtig diese „Watchdog“-Position von gleichstellungspolitischen Institutionen ist, zeigte einmal mehr die unterlassene Gleichstellungsperspektive in der Finanz- und Wirtschaftskrise. Kurzum: Gleichstellungspolitik braucht engagierte Menschen, aber sie braucht vor allem dauerhafte und gut ausgestattete gleichstellungspolitische Institutionen.

Zum dritten darf Demokratie nicht nur als Verfahren der Mehrheitsfindung und Repräsentation verstanden werden. Demokratie hat vielmehr ganz unmittelbar mit den Lebensbedingungen unterschiedlicher Menschen zu tun. Ein „dünnere“ oder schwacher Begriff von Demokratie, der lediglich auf die Institutionen und Verfahren der Parteiendemokratie abzielt, ist angesichts der dramatischen Veränderungen westlicher Demokratien nicht mehr angemessen: *Citizenship*, das heißt aktive politische Teilnahme erfordert gleiche soziale Teilhabe. Mit anderen Worten: Nur die Ermächtigung von Frauen *zur* Politik – die Verfügung über Zeit und ökonomische Ressourcen im Sinne einer sozialen Gleichstellung – ermöglicht ihnen politische „Selbstbestimmung“ und „Souveränität“ – was den Gehalt des Begriffs „Demokratie“ ausmacht.

Geschlechterdemokratisierung muss daher an der Verteilung von Arbeit und Generativität und den damit verbundenen Ungleichheiten ansetzen. Ein schon vielfach eingeklagter „neuer“, demokratischer Geschlechtervertrag muss auf Gerechtigkeit bei der Verteilung von Arbeit, von gesellschaftlich notwendiger Fürsorge- und Pflegetarbeit und von Erwerbsarbeit zielen.

¹⁵ Vgl. Sabine Lang, *Gender Governance in Post-unification Germany: Between Institutionalization, Deregulation and Privatization*, in: Joyce Outshoorn/Johanna Kantola (eds.), *Changing State Feminism*, Houndsmill–Basingstoke 2007, S. 124–143.

Axel Honneth

Verwilderungen. Kampf um Anerkennung im frühen 21. Jahrhundert

In den Debatten über soziale Gerechtigkeit und gesellschaftliche Konflikte spielt die Kategorie der *Anerkennung* zumeist eine untergeordnete Rolle.

Axel Honneth

Dr. phil., geb. 1949; Professor und geschäftsführender Direktor des Instituts für Sozialforschung (IfS) an der Goethe-Universität in Frankfurt/M., Senckenberganlage 26, 60325 Frankfurt/M. honneth@em.uni-frankfurt.de

Im Anschluss an Georg Wilhelm Friedrich Hegel, George Herbert Mead und Talcott Parsons lässt sich die Etablierung moderner Gesellschaften jedoch als ein Prozess der Ausdifferenzierung von ver-

schiedenen *Sphären der wechselseitigen Anerkennung* beschreiben. Mit Hilfe des Begriffs der Anerkennung soll Aufschluss darüber gewonnen werden, welche Antriebe es sind, die die Gesellschaftsmitglieder zur Übernahme sozialer Verpflichtungen bewegen: Jeder Mensch ist, wie Parsons sagt, primär an der Wahrung einer Form von „Selbstachtung“ interessiert, die auf die Anerkennung durch ihrerseits anerkannte Interaktionspartner angewiesen ist. Insofern ist es „einer der schlimmsten Schläge“ für jeden Einzelnen, „die Achtung von Menschen zu verlieren, deren Achtung man erwartet“.¹ In dieser Perspektive wird davon ausgegangen, dass nicht nur die individuellen Mitglieder, sondern auch die wesentlichen Institutionen von Gesellschaften auf Praktiken und Ordnungen intersubjektiver Anerkennung angewiesen sind. Damit können soziale Sphären immer auch als Anerkennungsverhältnisse betrachtet werden, in denen wir uns nicht bewegen und verhalten können, ohne implizit auf das jeweils institutionalisierte Anerkennungsprinzip zurückzugreifen.

Diese Sicht auf die Architektur moderner Gesellschaften erzwingt folgenreiche Akzentverschiebungen gegenüber dem Gros so-

ziologischer und politikwissenschaftlicher Ansätze: Zum einen wandelt sich die Vorstellung über die Eigenart gesellschaftlicher Subsysteme und Institutionen – diese müssen als ausdifferenzierte, um Normen der reziproken Achtung kristallisierte Handlungssphären begriffen werden, weil die ihnen innewohnenden Pflichten und Verantwortlichkeiten vor allem aus dem Streben nach sozialer Anerkennung heraus erfüllt werden. Die Normen und Werte, die als moralische Integrationsquellen in diesen Sphären dienen, müssen zugleich Standards liefern, in deren Licht sich die Teilnehmer wechselseitig anerkennen können. Zum anderen erhält die Beschreibung sozialer Konflikte eine neue Gestalt: Diese können, in Anlehnung an eine Denkfigur Hegels, als ein „Kampf um Anerkennung“ begriffen werden, als das Ringen um eine Neubewertung, Neuinterpretation oder Neuformulierung der in den jeweiligen Sphären geltenden Normen der Anerkennung. Zu kurz greifen theoretische Versuche, soziale Kämpfe allein unter dem ökonomischen Paradigma der Umverteilung begreifen zu wollen – ihnen entgeht die tiefer liegende Schicht normativer Antriebe, die „moralische Grammatik sozialer Konflikte“.²

Im Folgenden soll nach der Klärung zentraler Elemente einer anerkennungstheoretischen Gesellschaftsanalyse einige der gesellschaftlichen Tendenzen herausgearbeitet werden, die im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts zu einer schleichenden Untergrabung maßgeblicher Anerkennungsnormen geführt haben. Das vorläufige Ergebnis dieser Auflösungserscheinungen soll im dritten Schritt vorgestellt werden. Die These lautet hier, dass von einer „Verwilderung“ des sozialen Konflikts gesprochen werden kann. Gemeint ist damit ein gesellschaftlicher Zustand, in dem die Bestrebungen nach sozialer Anerkennung ausufern, weil sie in den systemisch vorgese-

Ich bin Patrick Pilarek zu großem Dank verpflichtet, weil er es auf sich genommen hat, diesen für ganz andere Zwecke geschriebenen Text und mit Hilfe anderer meiner Arbeiten um die Bezüge zu erweitern, die ebenfalls verlorengegangen wären.

¹ Talcott Parsons, Die Motivierung des wirtschaftlichen Handelns, in: ders./Dietrich Rüschemeyer (Hrsg.), Beiträge zur soziologischen Theorie, Neuwied-Berlin 1964, S. 136–159, hier: S. 146; vgl. auch: ders., Ansatz zu einer analytischen Theorie der sozialen Schichtung, in: ebd., S. 180–205, hier: S. 184f.

² Vgl. Axel Honneth, Kampf um Anerkennung, Frankfurt/M. 1994.

henen Handlungssphären keine normativ gerechtfertigte Befriedigung mehr finden.

Begriff der Anerkennung

Im täglichen sozialen Austausch entfaltet sich bereits eine zwischenmenschliche Ebene der Anerkennung, auch wenn die volle Bedeutung des Konzepts dabei noch nicht zur Geltung kommt. Anerkennung bezeichnet in dieser gesellschaftlichen Praxis den Akt, in dem „zum Ausdruck kommt, daß die andere Person Geltung besitzen soll [und] die Quelle von legitimen Ansprüchen ist“.¹ Aufgrund ihres intersubjektiven Charakters ist in die alltäglichen Praktiken zwischenmenschlicher Anerkennung ein Zwang zur Reziprozität eingelassen: Die sich begegnenden Personen sind gewaltlos dazu genötigt, auch ihr soziales Gegenüber in einer bestimmten Weise anzuerkennen, um sich in dessen Reaktionen selbst anerkannt zu finden – die Anerkennung des Gegenübers wird zur Bedingung des eigenen Anerkannt-Seins. Es ist jedoch nicht nur die Anerkennung aus dem persönlichen Umfeld, sondern auch die „vonseiten unterschiedlich generalisierter Anderer“,² die für die Identität der Gesellschaftsmitglieder und die Funktionserfordernisse der Gemeinwesen zentral ist. Moderne Gesellschaften kommen dann als Zusammenhang ausdifferenzierter Anerkennungssphären in den Blick – als sozial etablierte Interaktionsmuster, in denen jeweils unterschiedliche Prinzipien der Anerkennung verankert sind.

Eine kritische Rekonstruktion und Aktualisierung der Hegelschen „Rechtsphilosophie“ lenkt die Aufmerksamkeit auf drei institutionelle Komplexe, also drei Sphären moderner Gesellschaftssysteme: die *Familie* bzw. Beziehungen auf Grundlage liebevoller Zuwendung, das *Recht* und die *Wirtschaft*. Diese Komplexe übernehmen jeweils die doppelte Funktion einer Erbringung systemerhaltender Leistungen und der normativ geregelten Befriedigung von Anerkennungserwartungen. Jede der genannten Institutionen

muss allgemein akzeptierte Werte in einer Weise verkörpern, die es den einzelnen Gesellschaftsmitgliedern erlaubt, die von ihnen arbeitsteilig erwarteten Aufgaben mit der normativ verbürgten Aussicht auf eine bestimmte, sphärenspezifische Form der Anerkennung zu verrichten. Die in diesen Sphären erfahrene Anerkennung, so lautet eine weitere Pointe bei Hegel, soll es den Individuen ermöglichen, positive Selbstbeziehungen zu entwickeln, sich quasi im Lichte gewonnener Anerkennung zu betrachten. Drei Komponenten an den institutionellen Ordnungen sind daher von besonderer Bedeutung: *Erstens* müssen diese auf Normen beruhen, die eine nachvollziehbare Verknüpfung zwischen individueller Rollenbefolgung und sozialer Anerkennung herstellen, *zweitens* müssen solche Verknüpfungen in einem generalisierten Anerkennungsmedium auf Dauer gestellt sein, und *drittens* sollte das entsprechende Medium nach Möglichkeit in einem deutlich erkennbaren, generalisierten Symbol zum Ausdruck gelangen.

Anerkennungssphäre der Liebe

Die Verwendung der Begriffe „Familie“ und „Liebe“ soll nicht die falsche Annahme hervorrufen, es handle sich um die romantische Verklärung der bürgerlichen Ehe. Gemeint ist ein besonderes Verhältnis der wechselseitigen Anerkennung: alle Primärbeziehungen, soweit sie nach dem Muster von erotischen Zweierbeziehungen, Freundschaften und Eltern-Kind-Beziehungen aus starken Gefühlsbindungen zwischen wenigen Personen bestehen. Von einer eigenständigen Sphäre, in der eine spezifische Form der Anerkennung zur Geltung kommt, kann nur unter zwei Voraussetzungen gesprochen werden, die typischerweise erst in modernen Gesellschaften vorliegen: *erstens* der institutionellen Herauslösung der Kindheit aus dem Lebensweg als besonders schutzbedürftiger Phase, *zweitens* dem Wegfall ökonomischen und ständischen Zwangs bei der Wahl von Lebenspartnern. Damit erst entstehen die Bedingungen einer Form von Anerkennung, die das mit besonderen emotionalen Bedürfnissen ausgestattete Individuum in den Vordergrund rückt.

Auf dieser ersten Ebene reziproker Anerkennung soll der Einzelne in einem von Sorge, Zuneigung und emotionaler Bindung gepräg-

¹ ders., Unsichtbarkeit. Stationen einer Theorie der Intersubjektivität, Frankfurt/M. 2003, S. 15, S. 22, S. 27.

² ders., Umverteilung als Anerkennung, in: ders./Nancy Fraser, Umverteilung oder Anerkennung?, Frankfurt/M. 2003, S. 204.

ten Umfeld sich selbst als Individuum erfahren lernen, das mit elementaren Bedürfnissen ausgestattet, aber auch auf andere und deren Zuwendung angewiesen ist, um ein intaktes Verhältnis zu sich selbst etablieren zu können. Die praktische Selbstbeziehung, die Menschen in dieser ersten Sphäre der Anerkennung entwickeln, ist die des Selbstvertrauens, eines elementaren Verständnisses der eigenen Bedürfnisnatur. Die Erfahrung dieser grundlegenden Form von Anerkennung erlaubt es, auch fremde Perspektiven als bedeutungsvoll zu erleben und so fundamentale Kompetenzen für die Partizipation am öffentlichen Leben zu entwickeln. Neben diesen *emotionalen* und *sozialisatorischen* Leistungen kommt der Anerkennungssphäre der Familie noch eine dritte Funktion zu: Für Anerkennungsverluste oder Missachtungserfahrungen, die Menschen in anderen Gesellschaftssphären erleben, soll ihnen im Nahbereich der Fürsorge- und Zuneigungsbeziehungen eine *kompensatorische* Form der Anerkennung zukommen können.

Anerkennungssphäre des Rechts

Als weitere Sphäre der Anerkennung in modernen Gesellschaften können wir die des Rechts betrachten. Auch dieser Gedanke findet sein Vorbild in der „Rechtsphilosophie“ Hegels, wo bereits die unhintergehbare Prämisse dieser Sphäre anklingt: Die Mitglieder des Gemeinwesens erkennen sich als gleichwertige Rechtspersonen an. In der Rechtsgemeinschaft „wird der Mensch als vernünftiges Wesen, als frei, als Person anerkannt und behandelt; und der Einzelne seinerseits macht sich dieser Anerkennung dadurch würdig, daß er (...) gegen andere sich auf eine allgemein gültige Weise benimmt, sie als das anerkennt, wofür er selber gelten will – als frei, als Person“.¹⁵ Die moralische Legitimität des modernen Rechts hängt von der Zustimmungsfähigkeit derjenigen ab, die in seinem Geltungsbereich leben, was wiederum voraussetzt, dass die Mitglieder des Gemeinwesens als moralisch urteilsfähige Menschen angesehen werden – „wenn eine Rechtsordnung nur in dem Maße als gerechtfertigt gelten und mithin auf individuelle Folgebereitschaft

rechnen kann, in dem sie sich im Prinzip auf die freie Zustimmung aller in sie einbezogenen Individuen zu berufen vermag, dann muß diesen Rechtssubjekten zumindest die Fähigkeit unterstellt werden können, in individueller Autonomie über moralische Fragen vernünftig zu entscheiden. Insofern ist jede moderne Rechtsgemeinschaft (...) in der Annahme der moralischen Zurechnungsfähigkeit all ihrer Mitglieder gegründet.“¹⁶

Das moderne Recht fußt mithin auf einem moralischen Gleichheitsversprechen für alle Gesellschaftsmitglieder, weshalb die hier normativ ermöglichte Reziprozität der Anerkennung strikt symmetrisch oder egalitär ist, also eine Abstufung sozialer Ränge gar nicht erst erlaubt ist. Konflikte oder Spannungen können sich nur dort entwickeln, wo Inklusionen verweigert oder Benachteiligungen als solche nicht erkannt werden, also Individuen oder Gruppen der gleiche Zugang zum Rechtssystem nicht eröffnet wird. Von dieser normativen Voraussetzung des modernen Rechts lässt sich auf die Form der Selbstbeziehung schließen, die in dieser Anerkennungssphäre entstehen soll: Das positive Selbstverhältnis, das dem Individuum aus der Anerkennung in der Rechtssphäre erwachsen soll, ist das der Selbstachtung, die daraus hervorgeht, das eigene Handeln als Ausdruck individueller Autonomie verstehen zu können. Insofern liegt der ethische Wert der Anerkennung hier, in dieser zweiten Sphäre, im Selbstverständnis aller Beteiligten, sich als „Rechtsträger mit moralischer Urteilskraft“¹⁷ verstehen zu können.

Allerdings ist modernen Rechtssystemen aufgrund ihres eigenen Prinzips ein Moment historischer Dynamik eigen, das in Form sozialer Kämpfe zum Tragen kommt: Das ihnen innewohnende Versprechen des moralischen Universalismus wird von den Beteiligten immer wieder mobilisiert, um eine weitere Verallgemeinerung und Konkretisierung des Staatsbürgerstatus einzuklagen. Ist eine bislang ausgeschlossene Gruppe einmal in das positive, staatlich verbürgte Rechtsverhältnis einbezogen, so können in dieser Sphäre mit glaubwürdigem Legitimitätsanspruch wech-

¹⁵ Georg Wilhelm Friedrich Hegel [1830], Enzyklopädie der philosophischen Wissenschaften im Grundrisse. Werke 10, Frankfurt/M. 1970, Zusatz zu §423, S. 221 f.

¹⁶ A. Honneth (Anm. 2), S. 184.

¹⁷ Diese Formulierung verdanke ich Patrick Pilarek, Dimensionen der Anerkennung, Freiburg 2007, S. 43, online: www.freidok.uni-freiburg.de/volltexte/7552 (21. 12. 2010).

selseitige Beziehungen gleicher Achtung genießen, die überdies in der Zuerkennung subjektiver Rechte über ein markantes symbolisches Ausdrucksmittel verfügen.

Anerkennungssphäre der Wirtschaft

Anders verhält es sich jedoch in einem weiteren entscheidenden Institutionengefüge der modernen Gesellschaft: Auch im kapitalistischen Wirtschaftssystem ist die Erfüllung funktional erforderlicher Aufgaben an den Erwerb sozialer Anerkennung gebunden. Während in der Anerkennungssphäre des Rechts das generelle menschliche Vernunftpotenzial anerkannt wird, so sind es im Gegensatz dazu die besonderen, individuellen Merkmale und Talente eines Menschen, die in dieser dritten, im kapitalistischen System der Wirtschaft angesiedelten Sphäre Achtung einbringen sollen. Als Anerkennungsnorm, anhand derer das Maß an legitimerweise zu erwartender Anerkennung bestimmt wird, dient in bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften das Leistungsprinzip. Historische Voraussetzung dafür, dass das Leistungsprinzip in Geltung treten kann, ist der Durchbruch von der feudalen zur bürgerlichen Gesellschaftsordnung, denn erst unter diesen Bedingungen löst sich die Vergabe sozialer Achtung von vorgegebenen Kategorien wie Stand und Herkunft, um auf die Anerkennung individueller Beiträge überzugehen. Mit der Ablösung der feudalen durch die bürgerliche Gesellschaft wird das Leistungsprinzip „neben den Menschenrechten und der Anerkennung der Bedürftigkeit (...) eine dritte Fundamentalnorm im Selbstverständnis moderner Gesellschaften“; damit einher geht der Anspruch, „Einkünfte, Zugänge, Ränge und Ämter allein nach den Maßstäben von Wissen und Können zu vergeben“.¹⁸

Offensichtlich übernimmt das Leistungsprinzip, anders als der moralische Universalismus der Rechtssphäre, keine egalisierende Funktion. Vielmehr stellt es eine normative Rechtfertigungsgrundlage für soziale Ungleichheit, für abgestufte Teilhabe am wirtschaftlichen Reichtum dar. Diese Anerken-

nungssphäre ist – allein schon wegen der ungleichen Chancen auf Zugang zum Bildungssystem – einem dauerhaften Konflikt um die Auslegung des Leistungsprinzips und um die Interpretation von Beiträgen unterworfen, für die soziale Gruppen oder Individuen Achtung einfordern. Auch die wachsende Komplexität und Differenzierung der ökonomischen Sphäre vernebelt den Zusammenhang von individuell erbrachter Leistung und erfahrener Anerkennung immer stärker. Im Unterschied zum Rechtssystem besteht also sowohl eine intrinsische Unsicherheit über das zugrundeliegende Anerkennungsmedium als auch eine Abstufung der Achtung infolge seiner Anwendung – und beides führt zu einer strukturellen Anfälligkeit dieser Institution für soziale Konflikte und Spannungen.

Ein Kampf um Anerkennung findet nicht nur, aber aus den genannten Gründen doch am augenfälligsten im Institutionengefüge des modernen Wirtschaftssystems statt. Die Münze, in der sich die im Wirtschaftssystem gewährte Achtung für den Einzelnen auszahlen soll, besteht, so lassen sich auch die Ausführungen Parsons interpretieren, in der Zurechnung eines bestimmten, vor allem durch die Höhe des Einkommens festgelegten Status; daher übernimmt das „Geld“ hier die sphärenspezifische Rolle eines symbolischen Mittels der öffentlichen Veranschaulichung erworbener Anerkennung.¹⁹

Zu den positiven Selbstverhältnissen des Selbstvertrauens und der Selbstachtung, die durch Anerkennung in den Sphären der Liebe und des Rechts gewonnen werden, tritt nun ein weiterer Persönlichkeitsaspekt hinzu: Mit der Erfahrung, für individuelle Talente und Fähigkeiten anerkannt zu werden, erwächst das praktische Selbstverhältnis der Selbstschätzung. Es sind diese drei positiven Selbstverhältnisse, die es Individuen erlauben, sich als bedürftige, vernünftige und wertvolle Personen zu begreifen. Die Möglichkeit, diese aus Anerkennung hervorgehenden Persönlichkeitsaspekte zu etablieren, ist eine normative Voraussetzung dafür, die Einrichtung einer Gesellschaft als gerecht bezeichnen zu können. Die Gewährleistung und Institutionalisierung dieser

¹⁸ Sighard Neckel/Kai Dröge, Die Verdienste und ihr Preis: Leistung in der Marktgesellschaft, in: Axel Honneth (Hrsg.), Befreiung aus der Mündigkeit. Paradoxien des gegenwärtigen Kapitalismus, Frankfurt/M.–New York 2002, S. 93–116, hier: S. 94.

¹⁹ Vgl. zur symbolischen Rolle des Geldes: Talcott Parsons, Ansatz zu einer analytischen Theorie der sozialen Schichtung, a. a. O., S. 200f.

Tendenzen seit dem späten 20. Jahrhundert

Anerkennungsprinzipien ist demnach entscheidend für die gesellschaftliche Integration und Stabilität, denn die Unterstützung der sozialen und politischen Ordnung durch die Gesellschaftsmitglieder hängt, ebenso wie die Erbringung funktional erforderlicher Leistungen, von der Aussicht auf reziproke Anerkennung ab.

Bevor nun einige folgenreiche, ja dramatische Verschiebungen in der Architektur der damit umrissenen Anerkennungsordnung im Laufe der vergangenen Jahre und Jahrzehnte thematisiert werden sollen, kann ein Zwischenfazit an dieser Stelle noch einmal das bisher Gesagte verdeutlichen: Der Durchbruch zur bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft wird hier als das Resultat einer Ausdifferenzierung von drei Anerkennungsformen verstanden. All den damit sich entwickelnden Sphären liegt insofern ein jeweils besonderes Anerkennungsprinzip zugrunde, in dessen Licht die Beteiligten unter glücklichen Umständen einen für sie bedeutenden Aspekt ihrer Person bestätigt finden können: in der Sphäre der persönlichen Beziehungen die fürsorgende Wertschätzung der unantastbaren, leiblichen Integrität eines jeden Menschen, in der des Rechts die Achtung als Vernunftperson mit moralischen Kapazitäten und in der Sphäre des marktwirtschaftlichen Handelns schließlich die Anerkennung sozial wertvoller Eigenschaften und Fähigkeiten.

Die Gewährleistung dieser Anerkennungsarchitektur ist elementar für die individuellen Entwicklungschancen und die Stabilität der politischen Ordnung – die Mitglieder einer Gesellschaft bringen nur dann die Motive zur Erfüllung sozial erforderlicher Aufgaben und Verantwortlichkeiten auf, wenn ihnen die Befolgung der entsprechenden Handlungsnormen zugleich eine Befriedigung ihrer Selbstachtung in Aussicht stellt. Ein Anlass für gesellschaftliche Konflikte ergibt sich immer dann, wenn soziale Gruppen oder Schichten Gründe für die Vermutung erkennen, dass die normativen, regulierenden Standards ihre eigenen Beiträge benachteiligen oder ihnen überhaupt keine Chance zum Achtungserwerb vermitteln, dass dem entsprechenden Handlungssystem innewohnende Anerkennungsversprechen also gesellschaftlich verletzt wurde.¹⁰

¹⁰ Vgl. T. Parsons (Anm. 1), S. 144.

Die politischen, kulturellen und ökonomischen Umbrüche im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts haben dem gesamten Netzwerk institutionalisierter Anerkennungsbeziehungen eine neue Gestalt verliehen. Die empirischen Voraussetzungen, unter denen noch Parsons seine Überlegungen anstellte, beschreiben nur noch sehr eingeschränkt die soziale Realität der Gegenwart. Verschoben haben sich auch die normativen Deutungen, die in den drei institutionellen Komplexen der Familie, des Rechts und der Wirtschaft den konstitutiven Prinzipien jeweils ihren aktuellen, anwendungsrelevanten Sinn verleihen.

... im Hinblick auf Familie

Sinnfällig sind die Veränderungen, die in den vergangenen Jahrzehnten zu einem Gestaltwandel in der Institution der Familie geführt haben. Angestoßen durch die überfällige Emanzipation der Frauen ist mittlerweile der enge, sittlich gestützte Motivationszusammenhang, der noch vor fünfzig Jahren zwischen sexueller Zuneigung und Ehe, Ehe und Zusammenleben, Zusammenleben und Kinderzeugung bestanden hatte, in seine einzelnen Bestandteile zerbrochen, so dass von einer „postmodernen“ Vervielfältigung der Familienformen gesprochen werden kann.¹¹ In diesem Prozess der „Deinstitutionalisierung der Kleinfamilie“ (Hartmut Tyrell) ist auf der Strecke geblieben, was etwa Parsons in seinen Analysen noch als den institutionellen Kern ihrer Verankerung in der Gesellschaft angesehen hat: die „symbolische“ Funktion des Vaters nämlich, dem unabhängig von seinem jeweils spezifischen Auftreten und Verhalten die objektive Aufgabe zufallen sollte, die außerhäuslichen Wertprinzipien innerhalb der Familie zu repräsentieren und durchzusetzen. Auch wenn es dabei geblieben sein sollte, wie immer wieder behauptet wird, dass eine derartige autoritative Vermittlungsleistung für die kindli-

¹¹ Vgl. Kurt Lüscher/Franz Schultheis/Michael Wehrspau (Hrsg.), Die „postmoderne“ Familie. Familiäre Strategien und Familienpolitik in einer Übergangszeit, Konstanz 1990; vgl. auch den Überblick, den ich zu geben versucht habe: Axel Honneth, Strukturwandel der Familie, in: ders., Desintegration. Bruchstücke einer soziologischen Zeitdiagnose, Frankfurt/M. 1994, S. 90–99.

che Sozialisation unverzichtbar bleibt, so wird sie heute doch längst nicht mehr ausschließlich von Männern, sondern in zunehmendem Maße auch von Frauen erbracht. Damit aber hat sich das Autoritätsgefälle zwischen den Geschlechtern innerhalb des symmetrischen Anerkennungsverhältnisses der Familie, von dem Parsons gesprochen hatte, endgültig aufgelöst und an seine Stelle ist die prinzipielle Norm einer durchgängigen Gleichbehandlung getreten.

Die Folge dieser Machtverschiebungen für die kompensatorische Funktion, welche die Familie doch auch in Hinblick auf die Versagungen und Kränkungen in der Arbeitswelt übernehmen sollte, sind unübersehbar: Die Männer könnten heute für ihre Vaterrolle zu Hause nicht mehr auf das Mehr an Wertschätzung und Respekt rechnen, welches sie für all die Anerkennungsverluste entschädigen sollte, die sie in den Ungerechtigkeiten des Leistungswettbewerbs haben erdulden müssen. Das feinmaschige Ausgleichssystem sozialer Anerkennung, das noch vor fünfzig Jahren durch Benachteiligung der Frauen gegeben war, ist an dieser Stelle zerrissen: Mit der Entkoppelung des „Vatersymbols“ vom männlichen Geschlecht haben die Männer die Chance verloren, innerhalb ihrer Familien das Übermaß an intersubjektiver Anerkennung zu erwerben, durch das sie bislang ihre Missachtungserfahrungen in der Wirtschaftssphäre zu kompensieren vermochten.

... im Hinblick auf Recht

Wie ist es dagegen um die Anerkennungsordnung in der Sphäre des Rechts bestellt, dessen moralischer Universalismus für alle Gesellschaftsmitglieder eine Quelle der Selbstachtung darstellen soll? Das egalisierende Gleichheitsversprechen der Rechtssphäre müsste für eine qualitative Ausweitung seiner Geltung sorgen; soziale Gruppen, die sich von der jeweils aktuellen Auslegung des Gleichheitspostulats ausgeschlossen oder benachteiligt fühlen, können mit Verweis auf die Bedingungen vollwertiger Mitgliedschaft im politischen Gemeinwesen ihre umfassende Anerkennung beanspruchen. Für so gut wie alle erwachsenen Mitglieder der modernen Gesellschaften müsste es auf diesem Weg allmählich möglich sein, sich im Spiegel der ihnen zuerkannten Freiheits-, Teilhabe- und Teilnahmerechte einer Selbstachtung zu er-

freuen, die im Bewusstsein der wechselseitig eingeräumten, staatlich geschützten Privatautonomie begründet ist.

Zwei intervenierende Entwicklungen jedoch lassen es heute weitaus schwieriger erscheinen, das egalitär angelegte Rechtsverhältnis als ungehindert sprudelnde Quelle der Selbstachtung aller Staatsbürgerinnen und Staatsbürger zu begreifen: Zum einen hat sich gerade infolge der siegreichen Kämpfe kultureller Minderheiten um rechtliche Gleichstellung die aktive, ermächtigende Bedeutung der Bürgerrechte weitgehend abgenutzt, so dass sie häufig nicht länger als symbolische Zeichen einer wechselseitigen Achtung, sondern privatistisch als Instrumente der individuellen Leistungsabsicherung gedeutet werden. Zum anderen ist in den vergangenen zwei Jahrzehnten der Kreis derjenigen kontinuierlich gewachsen, die an den inneren und äußeren Rändern der europäischen und nordamerikanischen Rechtsgemeinschaften als Immigranten, Asylsuchende oder „illegale“ Einwanderer um rechtliche Aufnahme kämpfen, ohne über einen hinreichend geschützten Rechtsstatus zu verfügen. Je deutlicher die Hilfsbedürftigkeit solcher exkludierten Gruppen den Einwohnern wohlhabender, grundrechtlich gesicherter Gesellschaften zu Bewusstsein kommt, je weniger sie ihre Augen vor deren Notlage verschließen können, desto stärker scheinen sie heute das, was ihnen einmal vielleicht als eine Quelle der Anerkennung dienen konnte, in ein bloßes Mittel zur Abwehr von als unzumutbar empfundenen Ansprüchen Dritter umzudeuten.

Das Rechtssystem in den hochentwickelten Gesellschaften des Westens bietet daher heute ein höchst befremdliches Bild: Ein dessen Zentrum besetzt haltender, großer Kreis von rechtlich gut bis zufriedenstellend abgesicherten Bürgerinnen und Bürgern, die ein Bewusstsein ihrer sozialen Einbeziehung aber immer weniger aus den ihnen gewährten Rechten beziehen, steht einem anwachsenden Kreis von Ausgeschlossenen gegenüber, die nichts stärker ersehnen und zu erkämpfen versuchen als überhaupt nur die Aufnahme in dieses Verhältnis rechtlicher Anerkennung. Während die einen die Bedingungen ihrer Selbstachtung zunehmend außerhalb der Rechtssphäre zu suchen scheinen, die ihnen doch eigentlich eine elementare Form sozialer Anerkennung gewähren sollte, bemühen

sich die anderen mit wachsender Verzweiflung darum, überhaupt erst in jene Sphäre einbezogen zu werden.

... im Hinblick auf Wirtschaft

Jeder optimistischen Prognose am größten zu widersprechen scheinen die Entwicklungen im Wirtschaftssystem, in dem ein leistungsbezogener Wettbewerb die Chance eröffnen soll, sich im Lichte einer Anerkennung selbst wertzuschätzen, die durch Fähigkeiten und Talente verdient wird. Eine Reihe aktueller Tendenzen lässt es inzwischen fragwürdig erscheinen, in der Sphäre wirtschaftlichen Handelns überhaupt noch genügend Raum für die Gewinnung individueller Selbstschätzung zu vermuten. Das Leistungsprinzip, als Anerkennungsmedium in der Wirtschaftssphäre weithin akzeptiert, ist durch Usurpationen von Seiten kurzfristig auf dem kapitalistischen Markt erfolgreicher Schichten bis zur Unkenntlichkeit ideologisch überformt worden. Die gesellschaftliche Arbeit selbst hat in den wenig qualifizierten Bereichen infolge von Prozessen der Deregulierung und Entberuflichung ihren Charakter als vertraglich abgesicherte, verlässliche Einkommensquelle weitgehend verloren. Die Zahl der dauerhaft Arbeitslosen scheint nach jeder konjunkturellen Entspannung der ökonomischen Lage auf ein noch höheres Niveau anzuwachsen, so dass der Kreis derer, die überhaupt an einem normativ geordneten Leistungswettbewerb partizipieren können, immer schmaler wird. Weil aber keine dieser Entwicklungen dazu geführt hat, den Wunsch nach sozialer Anerkennung durch eine gesellschaftlich wertgeschätzte Arbeit geringer werden zu lassen, steht ein ständig wachsendes Heer von Gesellschaftsmitgliedern inzwischen vor der alltäglichen Herausforderung, überhaupt erst Zugang zu geregelten Chancen einer solchen Selbstschätzung zu finden. Der Kampf um berufliches Ansehen und leistungsvermittelte Anerkennung findet weitgehend nicht mehr innerhalb der Wirtschaftssphäre selbst statt, sondern in ganz anderen Formen vor ihren zunehmend verschlossenen Toren.

Um den neuen Zustand der Anerkennungsordnung zu beschreiben, wäre von einem Prozess der wachsenden Exklusion aus den

Anerkennungssystemen bei einem gleichzeitigen Bedeutungsverlust ihrer tragenden Prinzipien zu sprechen: Im Kapitalismus der Gegenwart scheint ein wachsender Teil der Bevölkerung von jeder Möglichkeit abgeschnitten, überhaupt nur Zugang zu den achtungssichernden Sphären der Erwerbswirtschaft und des Rechtssystems zu gewinnen, während der andere, sich darin befindende Teil aus den hier gewährten Entlohnungen in immer geringerem Maße soziale Anerkennung zu schöpfen vermag, weil sich die zugrunde liegenden Prinzipien verunklart oder verdunkelt haben. Dieses grobe Bild wird vervollständigt durch das Schwinden der Möglichkeit eines Anerkennungstransfers zwischen Familie und Wirtschaftssphäre: Anerkennungsverluste im Leistungswettbewerb können immer weniger durch ein Surplus an Wertschätzung innerhalb der Familien ausgeglichen werden. Welche Konsequenzen ergeben sich aus diesen Veränderungen für den Zustand des sozialen Konflikts in der Gegenwart?

Verwilderung

Unter sozialen Konflikten soll an dieser Stelle mehr verstanden werden als Auseinandersetzungen, die sich innerhalb der politischen Öffentlichkeit in Form von thematisch fokussierten Debatten und Kontroversen abspielen. In solchen Streitigkeiten mag sich zwar widerspiegeln, was die Gesellschaftsmitglieder moralisch bewegt und aufbringt, aber eine sichere Auskunft über die tatsächlichen Kampfplätze und Frontlinien liefern sie aufgrund ihrer vielfältigen Beschränkungen nur selten. Soziale Konflikte entstehen vielmehr dort, wo Menschen glauben, in Ansprüchen benachteiligt oder beschnitten zu werden, die sie im Lichte von allgemein akzeptierten Prinzipien für gerechtfertigt halten. Auf der Grundlage ihrer eigenen normativen Prinzipien kann so in der Gesellschaft eine soziale Dynamik entfacht werden, die auf die Verwirklichung eines in ihr selbst angelegten Potenzials auf moralischen Fortschritt drängt. In Anlehnung an Hegel können wir hier von „Kämpfen um Anerkennung“ sprechen. Ihr Spektrum reicht von Mikrokonfrontationen im Alltag, in denen eine Person gegenüber einer anderen auf uneingelöste Ansprüche in ihrer wechselseitig verpflichtenden Sozialbeziehung besteht,

bis hin zum militanten Aufbegehren ganzer Kollektive, die sich um Rechte betrogen fühlen, welche ihnen aufgrund implizit geltender Normen zustehen müssten. Das Gemeinsame an diesen verschiedenen Formen des sozialen Konflikts ist jeweils der Ausgang von einer moralischen Empörung, die aus der Erfahrung stammt, nicht in der Weise anerkannt zu werden, wie es die institutionell verankerten Prinzipien nach eigener Auffassung gerechtfertigt erscheinen lassen. Daher vollzieht sich der Kampf um Anerkennung gewöhnlich in Form von Auseinandersetzungen um die Interpretation und Durchsetzung eines historisch noch uneingelösten Anerkennungsversprechens. Nicht beliebige Ansprüche werden geltend gemacht, nicht irgendwelche Forderungen nach Anerkennung erhoben, sondern nur solche, die im Lichte gemeinsam geteilter Überzeugungen und Normen als intersubjektiv begründungsfähig gelten können.

Von einer Situation, in der eine „Grundversorgung“ größter Teile der Bevölkerung mit institutionell vermittelter Anerkennung aus den Quellen persönlicher Fürsorge, rechtlicher Bestätigung und leistungsbezogener Achtung als gesichert angesehen werden könnte, hat sich die spätkapitalistische Gesellschaft denkbar weit entfernt: Ein wachsender Kreis von Personen hat als „Unterklasse“, bestehend aus Unterbeschäftigten, Schulabbrechern und „illegalen“ Ausländern, überhaupt keinen Zugang zum Rechtssystem oder zur Wirtschaftssphäre, im schlimmsten Fall sind beide Anerkennungssphären gleichzeitig verschlossen. Eine andere, ebenfalls wachsende Gruppe von Gesellschaftsmitgliedern, bestehend vor allem aus prekariert Beschäftigten und alleinerziehenden Müttern, verfügt zwar über Teilnahmekancen an allen drei Sphären der Anerkennung, kann aber aus dieser Teilnahme kaum mehr irgendeine stabile Form von Selbstachtung beziehen, weil die Beschäftigungsverhältnisse zu durchlöchert und fragmentiert, die Familienverhältnisse zu zerrüttet oder beziehungsarm sind. Nur ein dritter, immer geringer werdender Kreis von Personen kann unbeschränkt an den Teilsystemen der Familie, des Rechts und der Wirtschaft partizipieren, ohne die dadurch erhaltene Anerkennung allerdings noch als eine Einbeziehung in die Gesellschaft zu verstehen, weil die entsprechenden

Statusmittel verstärkt zur Befestigung von gegen die anderen Gruppen gerichteten Barrieren genutzt werden.¹² Aber trotz dieser tiefgreifenden Veränderungen, durch welche die etablierten Sphären wechselseitiger Anerkennung an ihren Rändern extrem porös geworden sind und immer mehr Menschen von gesellschaftlich begründeter Selbstachtung ausschließen, blieb die moralische Empörung bislang weitgehend aus. Für einen Anstieg öffentlichen Aufruhrs gibt es nur wenige Anzeichen. Der Kampf um Anerkennung scheint sich eher in das Innere der Subjekte verlagert zu haben, sei es in Form von gestiegenen Versagensängsten, sei es in Formen von kalter, ohnmächtiger Wut. Was also ist inmitten all dieses beklemmenden, nur an der publizistischen Oberfläche gelegentlich unterbrochenen Schweigens aus den Konflikten um soziale Selbstachtung geworden, welche Formen hat der Kampf um Anerkennung inzwischen angenommen?

Ausdrucksformen des sozialen Konflikts

Das Streben nach Selbstachtung durch die Gesellschaft stirbt ja nicht einfach ab, sobald einmal keine normativ regulierten Sphären für seine verlässliche Befriedigung vorhanden sind, aber es kann sich an kein legitimierendes Prinzip anlehnen, wird also eigentümlich ortlos und begibt sich auf die Suche nach alternativen Formen der Entäußerung. Wir können diese gesellschaftliche Lage als eine soziale Pathologie bezeichnen: Für diejenigen, die vom Zugang zu den etablierten Anerkennungssphären abgeschnitten sind, bedeutet eine derartige Situation, über keine Wege mehr zu verfügen, um Selbstachtung aus der Partizipation am gesellschaftlichen Leben zu schöpfen. Ein Teil des Kampfes um Anerkennung, nämlich derjenige, der von unten, von den Mitgliedern der sogenannten „Unterklasse“, geführt wird, findet daher heute in der verwilderten Form eines bloßen Erkämpfens von öffentlicher Sicht-

¹² Zu dieser Dreiteilung zwischen „Gewinnern“, „Verlierern“ und „Nicht-Teilnahmeberechtigten“ vgl. den vorzüglichen Aufsatz von Claus Offe, *Moderne „Barbarei“: Der Naturzustand im Kleinformat?*, in: Max Miller/Hans-Georg Soeffner (Hrsg.), *Modernität und Barbarei. Soziologische Zeitdiagnose am Ende des 20. Jahrhunderts*, Frankfurt/M. 1996, S. 258–289.

barkeit oder kompensatorischem Respekt statt: Weil man in die gesellschaftlich sanktionierten Arenen des Achtungserwerbs nicht mehr einbezogen ist, gilt es, vor deren Pforten mit nicht-normierten Mitteln soziale Anerkennung zu erstreiten. Jeder sozialen Rechtfertigbarkeit verlustig gegangen, jeder geteilten Symbolisierung entkleidet, nehmen solche Formen des Kampfes um Anerkennung häufig die bizarrsten Gestalten an. Sie finden sich in den heute massenhaft unternommenen Versuchen, die eigene Unsichtbarkeit in Augenblicken einer obszönen Präsenz in den Medien abzustreifen, verkörpern sich in Gegenkulturen des Respekts, in denen gesellschaftlich abgekoppelte Anerkennungsregeln herrschen, und sind selbst dort noch zu vermuten, wo Jugendliche in den Banlieus durch gewaltförmige Aktionen soziale Aufmerksamkeit erregen wollen.

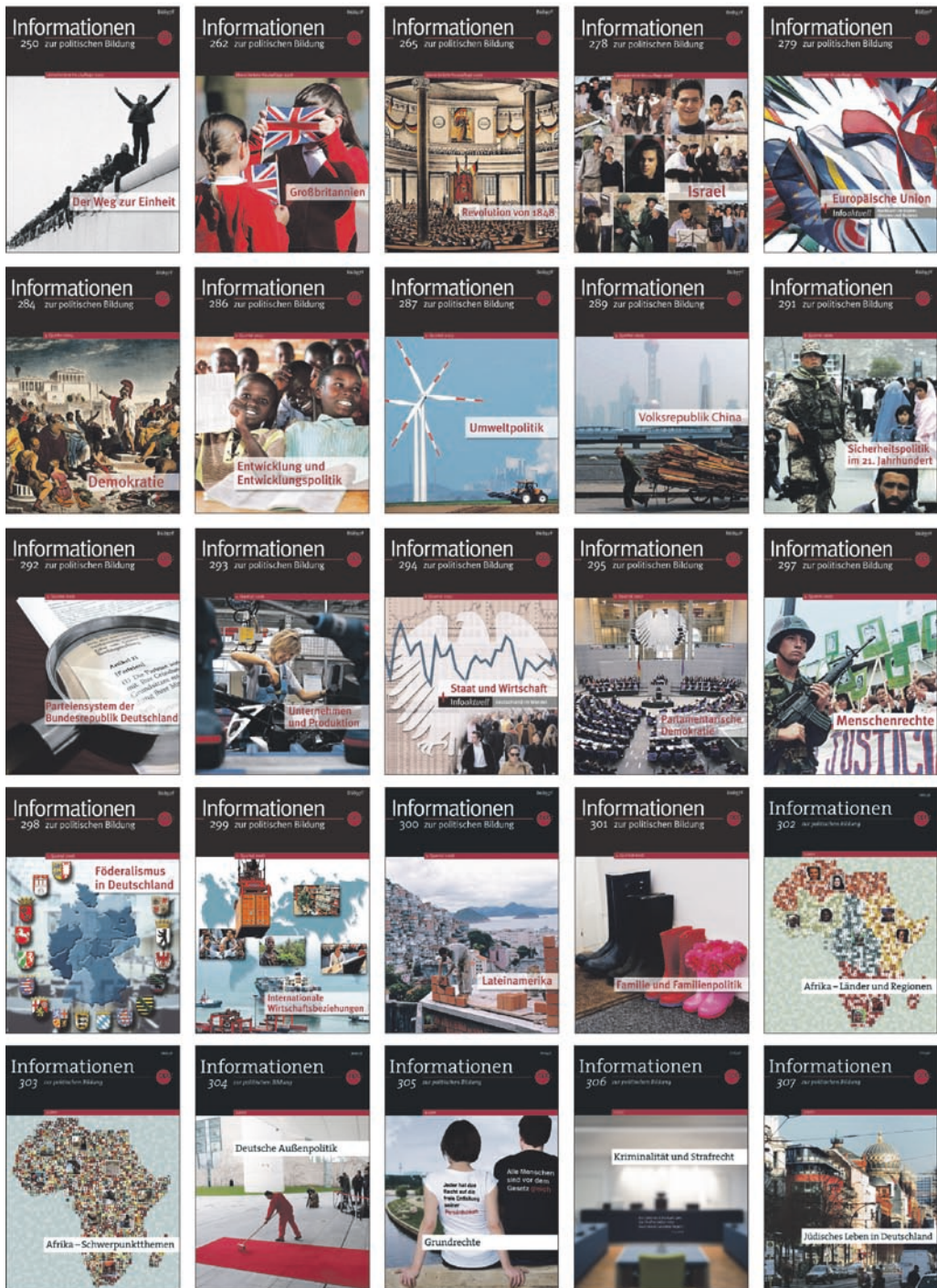
Aber nicht nur in den Schichten der „Überflüssigen“ und Ausgeschlossenen haben sich die Ausdrucksformen des sozialen Konflikts erheblich verändert. Auch in den beiden Großgruppen, die in die sozial etablierten Anerkennungssphären heute noch integriert sind, herrschen inzwischen gewisse Tendenzen einer Verwilderung des Kampfes um Anerkennung vor. Die „Gewinner“ des neoliberalen Strukturwandels des Kapitalismus haben es in den letzten Jahrzehnten erfolgreich vermocht, die zentralen Standards der Sphären des Rechts und der Wirtschaft semantisch so umzudeuten, dass sie in ihrer normativen Lesart beinahe ausschließlich auf die jeweils eigenen Erwerbchancen zugeschnitten sind. Das Prinzip der subjektiven Rechte hat auf diesem Weg seinen einbeziehenden Sinn verloren und ist weitgehend zu einem Instrument der Abwehr von statusbedrohenden Ansprüchen geworden. Über Rechte zu verfügen bedeutet immer weniger, sich einer wechselseitig eingeräumten Ermächtigung zur individuellen Freiheit zu erfreuen, sondern beinhaltet vor allem, die Begrenztheiten anderer mit legitimen Mitteln zurückweisen zu können.

Ähnlich ist es dem Leistungsprinzip ergangen: Einst von bürgerlichen Schichten als moralisches Bollwerk gegen das unverdiente, leistungslos erworbene Vermögen der Aristokratie aus der Taufe gehoben, ist dieses Anerkennungsprinzip mittels ideologischer

Kampagnen so uminterpretiert worden, dass es nicht mehr Fähigkeiten und tatsächlichen Aufwand, sondern nur noch den monetären Berufserfolg und die faktische Einkommenshöhe zu honorieren scheint. Auch hier hat mithin der tragende Grundsatz in zwischen jede Bedeutung einer moralischen Regel verloren, ist nicht mehr gesellschaftlicher Garant eines prinzipiellen Anspruchs auf Anerkennung der eigenen Leistung, sondern Stützpunkt eines Abwehrkampfes gegenüber Forderungen von unten. Ein trauriges Zeugnis dieser Entwicklung legen auch die Kampagnen gegen die „Nutzlosen“ und „Faulen“ ab, mit denen in jüngster Zeit versucht wurde, jede gesellschaftliche Verantwortung für das massenhafte Scheitern in der Sphäre der Wirtschaft abzuweisen. Für diejenigen, die zwar über alle Bürgerrechte verfügen, deren Erwerbspositionen aber mittlerweile prekär geworden sind, bedeuten diese semantischen Entleerungen der institutionell verankerten Anerkennungsprinzipien, dass sie keine Chance mehr besitzen, Statusansprüche unter Rückgriff auf gemeinsam akzeptierte Normen geltend zu machen. Sie haben unter den Bedingungen einseitig verzerrter Anerkennungsnormen keine legitimen Mittel mehr an der Hand, diese in öffentlich einklagbare Ansprüche umzumünzen.

Welche Sektoren des gesellschaftlichen Lebens wir auch immer zur Kenntnis nehmen, überall beginnen sich Tendenzen einer Verwilderung des sozialen Konflikts breit zu machen. Die institutionalisierten Sphären der wechselseitigen Anerkennung scheinen an ihren Rändern wie zugemauert und in ihrem Inneren jedes allgemeinen, achtungssichernden Prinzips beraubt. Immer mehr Gesellschaftsmitglieder sind auf kompensatorische, nicht-öffentliche Wege des Erwerbs der Selbstachtung angewiesen. Verwildert ist heute der soziale Konflikt demnach, weil der Kampf um Anerkennung in den vergangenen Jahrzehnten seiner moralischen Grundlagen so stark verlustig gegangen ist, dass er sich in einen Schauplatz unkontrolliert wuchernder Selbstbehauptung verwandelt hat.

... besser, man hat sie alle!



Unsere Antwort auf Wissenslücken: Die Informationen zur politischen Bildung.
 Recherchieren und bestellen: www.bpb.de/publikationen

APuZ

Nächste Ausgabe

3/2011 · 17. Januar 2011

Jugend und Medien

Uwe Hasebrink · Claudia Lampert

Kinder und Jugendliche im Web 2.0

Christian Stöcker

Doppelinterview mit Stefan Aufenanger und Christian Pfeiffer

Ingrid Möller

Gewaltmedien und Aggression

Helga Theunert

Aktuelle Herausforderungen für die Medienpädagogik

Arne Busse et al.

Mit „Ballerspielen“ gegen pädagogische „No-Go-Areas“?

Margreth Lünenborg · Claudia Töpfer

Gezielte Grenzverletzungen – Castingshows und Werteempfinden

Joachim Weiner

„Medienkompetenz“ – Chimäre oder Universalkompetenz?

Herausgegeben von
der Bundeszentrale
für politische Bildung
Adenauerallee 86
53113 Bonn



Redaktion

Dr. Hans-Georg Golz
Dr. Asiye Öztürk
(verantwortlich für diese Ausgabe)
Johannes Piepenbrink
Anne Seibring (Volontärin)
Telefon: (02 28) 9 95 15-0
www.bpb.de/apuz
apuz@bpb.de

Redaktionsschluss dieses Heftes:
23. Dezember 2010

Druck

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main

Satz

le-tex publishing services GmbH
Weißenfelder Straße 84
04229 Leipzig

Abonnementservice

Aus Politik und Zeitgeschichte wird
mit der Wochenzeitung **Das Parlament**
ausgeliefert.
Jahresabonnement 34,90 Euro; für Schüle-
rinnen und Schüler, Studierende, Auszubil-
dende (Nachweis erforderlich) 19,00 Euro.
Im Ausland zzgl. Versandkosten.

Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Vertriebsabteilung **Das Parlament**
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (069) 7501 4253
Telefax (069) 7501 4502
parlament@fsd.de

Nachbestellungen

IBRo
Kastanienweg 1
18184 Roggentin
Telefax (038204) 66 273
bpb@ibro.de
Nachbestellungen werden bis 20 kg mit
4,60 Euro berechnet.

Die Veröffentlichungen
in **Aus Politik und Zeitgeschichte**
stellen keine Meinungsäußerung
der Herausgeberin dar; sie dienen
der Unterrichtung und Urteilsbildung.

ISSN 0479-611 X

Postdemokratie?

APuZ 1–2/2011

- Chantal Mouffe*
3–5 **„Postdemokratie“ und die zunehmende Entpolitisierung**
Aufgrund der Wahrnehmung, dass es keine Alternative zur herrschenden Ordnung gebe, haben die Parteien links der Mitte der zunehmenden Verwischung der Grenzen zwischen der politischen Linken und Rechten beigetragen.
- Paul Nolte*
5–12 **Von der repräsentativen zur multiplen Demokratie**
Ein Blick in die jüngere Geschichte der Demokratie zeigt, dass sie im vergangenen Jahrhundert in eine dynamische Phase der Erweiterung getreten ist. Repräsentative Formen sind durch partizipative Muster ergänzt worden.
- Dirk Jörke*
13–18 **Bürgerbeteiligung in der Postdemokratie**
Der Beitrag beschäftigt sich mit Formen des Bürgerengagements. Neue und unkonventionelle Formen der politischen Beteiligung laufen Gefahr, den Trend zur Postdemokratie zu verstärken statt ihm entgegenzuwirken.
- Petra Böhnke*
18–25 **Ungleiche Verteilung politischer Partizipation**
Sozial benachteiligte Menschen nehmen seltener am politischen Geschehen teil und sind weniger ehrenamtlich tätig als der Bevölkerungsdurchschnitt. Defizite bei der Interessenvertretung gehen mit einer dauerhaft schlechten Lebenslage einher.
- Sabine Schiffer*
27–32 **Informationsmedien in der Postdemokratie**
Demokratie ist ohne funktionierende Medien nicht möglich. Gegen Tendenzen postdemokratischer Entwertung wie die Zunahme an Konzentration und Konformismus regt sich Widerstand, der konstruktive Entwicklungspotenziale aufzeigt.
- Birgit Sauer*
32–36 **Feministische Anmerkungen zur „Postdemokratie“**
Es herrscht eine Unterrepräsentation von Frauen in den politischen Strukturen. Geschlechterdemokratisierung erfordert Institutionen, die an der Verteilung von Arbeit und Generativität und den damit verbundenen Ungleichheiten ansetzen.
- Axel Honneth*
37–45 **Kampf um Anerkennung im frühen 21. Jahrhundert**
Gesellschaftliche Konflikte ergeben sich dann, wenn das Anerkennungsversprechen verletzt wird. Verwildert ist heute der soziale Konflikt, weil der Kampf um Anerkennung seiner moralischen Grundlagen stark verlustig gegangen ist.